

Hakennuss und Zirbelkreuz Rechtsextremismus in Augsburg (1945 – 2000)

**Nach einer Facharbeit aus
dem Fach Geschichte/Sozialkunde 1999
am Holbein-Gymnasium/Augsburg**

...

**Von
Gabriel Wetters
Tobias Lotter**

Mit der Reihe Neue Kritik aus Schule und Hochschule bietet der Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung in Bayern e.V. eine Möglichkeit, Arbeiten zu veröffentlichen, die im Zusammenhang der Schul-, Studien- oder Berufsausbildung, in der Gewerkschaftsjugend oder einem selbstorganisierten Arbeitskreis entstanden sind. Die bearbeiteten Themen sollten allgemein interessante Probleme behandeln, die im weiten Sinn politische Relevanz besitzen.

Mit der Veröffentlichung in dieser Reihe erhalten die Autorinnen und Autoren die Chance, ihre oft aufwendig recherchierten Positionen einem breiteren Kreis vorzulegen. Für die Leserinnen und Leser werden kritische Anstrengungen, die sich für emanzipative Ziele einsetzen, nutzbar gemacht.

So verschwinden Arbeiten nicht einfach in der Schublade, sondern erfahren die Kritik und Würdigung von Interessierten, die im Ausbildungsbetrieb leider nicht immer selbstverständlich ist.

Heft Nr. 2, August 2001, Hakenmuss und Zirkelkreuz – Rechtsextremismus in Augsburg. Von Tobias Lotter und Gabriel Wetters.

Herausgegeben vom Kurt Eisner Verein für politische Bildung in Bayern e.V. in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V. Copyright bei den Autoren. Erscheint im GNN Verlag Süd GmbH, Stuttgart und München.

Bezug:
Kurt Eisner Verein für politische Bildung in Bayern e.V.; Judengasse 56, 96540 Coburg.
 Tel: 09561/511294, Fax: 09561/511222
 eMail: kev@kurt-eisner-verein.de
GNN-Verlag Büro München; Schwanthalerstraße 139 Rgb, 80339 München; Tel./Fax: 089/5028112.

Schutzgebühr: **DM 2,20** (1,10 €) in Briefmarken beilegen. Ab 10 Stück DM 1,80 (0,90 €) pro Exemplar gegen Rechnung.

Inhalt:

Vorwort	3
1. Die Welt durch das rechte Auge – Versuch einer Definition anhand der ideologischen Grundlagen des Rechtsextremismus	5
2. In Augsburg aktive rechte Parteien/Organisationen	14
3. Der „Schwarze Sonne-Versand“	27
4. Exkurs: „Blood and Honour“	28
5. Wahlanalyse	29
6. Chronologie	40
7. Schwarz-braun ist die Zirkelnuss Augsburger Rechtsextremismus im Spiegel der (Nachkriegs)zeit	58
Schluss	63

Vorwort

So in etwa 10 Stunden sind es noch bis zum Abgabetermin in der Schule. Gabriel und ich sitzen in dem viel zu kleinen Arbeitszimmer, der Computer rattert unaufhörlich, die ganzen letzten Tage schon. Hinter uns liegt ein Monat, in dem wir in Archiven und Büchern durch die letzten 54 Jahre Regionalgeschichte getaucht sind und uns in einem Schnellkurs zu Spezialisten der rechten Szene vor Ort gemacht haben. Gabriel sitzt irgendwo auf den im Zimmer verstreuten Akten und schaut mich aus übermüdeten Augen an. Nun gilt es aus unseren Schreibergüssen 2 Facharbeiten zu zaubern. Die Kapitel werden auseinandergerissen, für jeden ein wenig Theorie, ein wenig Praktisches. Letztendlich entscheidet die Münze, wer welche Facharbeit bekommt. Ein ganzes Kapitel ist noch zu schreiben. Das klingt nach einer Nacht mit wenig Schlaf. Eine weitere wie die Nächte davor auch schon. Da ist es wieder dieses Gefühl, das mir sagt, du Esel hättest du dir eines dieser völlig langweiligen Standard-Schulthemen für deine Facharbeit ausgesucht, längst wärest du fertig: Aber nein, du musst dich natürlich in ein Thema stürzen, von dem du den Anspruch hast, ein halbwegs passables Ergebnis abzuliefern. Aber die Mühe lohnt sich, die Arbeit ist nach einer durchgemachten Nacht 1 ganze Stunde vor Abgabetermin fertig. 1 ½ Jahre sind seither vergangen.

Vorsicht, lieber Leser, dies ist eine sogenannte „wissenschaftliche Arbeit“. Und als solche natürlich auch mit allen Vorzügen wie Tücken einer wissenschaftlichen Arbeit ausgestattet. Es soll ja manchmal schwerer sein, solche Arbeiten zu lesen als sie zu schreiben. Und zugegeben, wir hatten unseren Spaß, als wir uns eines schönen Nachmittags vor das dickste philosophische Wörterbuch setzten, das aufzutreiben war und nach möglichst kompliziert klingenden Vokabeln gefischt haben, um in der Arbeit auch schön fachsimpeln zu können. Aber dennoch soll das nicht heißen, dass es nicht auch Spaß machen kann, diese unsere Arbeit durchzulesen, zumal zu diesem Thema meines Wissens bisher auch noch keine vergleichbaren Forschungen existieren. Und hier gleich noch die nächste Warnung mit auf den Weg: diese Arbeit erhebt weder den Anspruch die absolute Wahrheit zu verkünden, noch den der 100%igen Objektivität und Neutralität. Jede wissenschaftliche Arbeit, die das von sich behauptet, gaukelt dem Leser etwas vor. Auch sie stellt lediglich Forschungsergebnisse der zwei Autoren vor, zu welchen diese nach intensiver Auseinandersetzung mit dem Thema gelangt sind. Die Herangehensweise und die Art der Betrachtung bleiben individuell. Das heißt Augen auf auch beim Lesen. Was wir bei dieser Arbeit allerdings unbedingt vermeiden wollten, ist, uns einzureihen in den allgemeinen Klagegesang und das verständnislose Kopfschütteln, das in Bezug auf das Thema Rechtsextremismus ja vielerorts vorherrscht: „Warum ist der Mensch

nur so schlecht?“ Ohne Frage, Rechtsextremismus ist gefährlich, um nicht zu sagen eine der gefährlichsten Erscheinungen moderner Zeit. Dass dem so ist, das beweisen uns die Rechtsextremen, ihre Ideologie und ihre Taten selbst jeden Tag besser als tausend ritualisierte Betroffenheitsbekundungen. Zumal ja die Rechten ihre Ideologie auf Ängsten und Vorurteilen aufbauen, die in dieser Gesellschaft weit verbreitet sind und dort oft weit verheerende Auswirkungen haben.

Was ihr hier vor euch habt, entspricht weitgehend dem Original jener 1 ½ Jahre alten Facharbeiten, wieder zu einer Arbeit zusammengefügt. Lediglich ergänzt um ein paar aktuelle Einträge und ohne einige kleinere Fehler, welche sich beim wissenschaftlichen Arbeiten unvermeidlich aber genauso klammheimlich einschleichen.

Da aber weder die Zeit noch das Geschehen stehen bleiben, soll es in Zukunft auch eine Internetseite geben, auf welcher die Ergebnisse der Arbeit weiterhin aktuell ergänzt werden.

*Viel Spass
Tobias
Gabriel*

1. Die Welt durch das rechte Auge – Versuch einer Definition anhand der ideologischen Grundlagen des Rechtsextremismus

Sobald der Begriff „rechtsextrem“ durch die Medienlandschaft geistert, erregt dies gesteigertes öffentliches Interesse. Angesichts der komplexen Erscheinung des Sammelbegriffes „Rechtsextremismus“ ist es von wissenschaftlichem Interesse, in einer Definition dieser Erscheinung den ideologischen Grundkonsens DER Rechtsextremen darzulegen. Wo liegen die Gemeinsamkeiten im Denkmuster des Nazi-Skins, der versucht das Asylbewerberheim in Aichach anzuzünden, mit dem festen Vorsatz, die darin lebenden Flüchtlinge zu töten, und dem Augsburgsburger Kreisvorstandsmitglied der Partei Die Republikaner, Siegfried Winkler, der erklärt, es finde einfach „ein Zuviel an Vergangenheitsbewältigung“¹ statt. Aufgrund der stigmatischen Behaftung des Rechtsextremismus-Begriffes wäre es aus wissenschaftlicher Sicht sinnvoll, eine genaue Ein- und vor allem Abgrenzung vorzunehmen. Diese Grenzziehung gestaltet sich aber schwierig bis unmöglich, was schon durch die Beobachtung haptisch wird, wie kompatibel Siegfried Winklers Aussage auch für bürgerlich-konservative Kreise erscheint. Gerade aber die Probleme bei der Grenzziehung zeigen, wie wichtig ein sorgfältiger Umgang mit dem Stigma „Rechtsextremismus“ ist. Kaum einen brauchbaren Beitrag zur Begriffserklärung liefert dabei die Extremismustheorie, die von einer Einteilung des Politischen in eine „demokratische Mitte“ auf der einen, und DEN „Extremisten“ auf der anderen Seite ausgeht. Abgesehen davon, dass hier eine Freund-Feind-Unterteilung vorgenommen wird, welche durchaus auch ein Bestandteil rechtsextremer Ideologien ist, hat sie keinen wirklich wissenschaftlichen Nutzen, da sie erstens die Unterschiede linksextremer und rechtsextremer Meinung vernachlässigt, sowie zweitens die große Grauzone zwischen jener „demokratischen Mitte“ und den Rechts- wie Linksextremen übersieht.

1.1 Charakteristika²

1.1.1 Menschenbild

Das rechtsextreme Menschenbild ist von Grund auf pessimistisch. Das gesellschaftliche Leben gestaltet sich, gemäß sozialdarwinistischer Auffassung, als ständi-

¹ Siegfried Winkler (REP), Augsburgsburger Allgemeine Zeitung (AZ) 3.11.1987

² vgl. Markus Birzer, Helmut Fröchling, S. 72-124, Handbuch deutscher Rechtsextremismus, (Hsg.) Jens Mecklenburg, Elefant Press Verlag GmbH, Berlin, 1996;

ger Kampf „Jeder gegen Jeden“, aus dem nur der Stärkere als Sieger hervorgehen kann. Menschlichkeit wird damit zu unnötiger Gefühlsduselei. In solch einer Umwelt permanenten Widerstreits kommt der Freund-Feind-Unterscheidung eine zentrale Bedeutung zu. Sie geschieht über die, aus rechtsextremer Sicht, natürlich gewachsenen Organismen Familie, Volk, Nation und bei einem geringeren Teil rechter Ideologien auch über die Religion.

Da der einzelne Mensch über diese Mikro- und Makroebenen und nicht als Individuum definiert wird, steht das rechtsextreme Menschenbild in krassem Gegensatz zum demokratischen und sozialistischen Postulat des Gleichwertigkeitsprinzips aller Menschen. Der einzelne Mensch unterliegt der Bewertung nach Volks- (bzw. Religions-)zugehörigkeit. Auffällig dabei ist, dass meistens die eigene Gruppe als die Hochwertigste gilt. Da also die jeweiligen Volksangehörigen unterschiedlich verlangt und vor allem unterschiedlich viel wert sind, werden allgemein gültige Menschenrechte auch strikt abgelehnt. Des Weiteren ist ein ausgeprägter Anti-Individualismus als eminentes Merkmal des rechtsextremen Grundkonsenses zu beobachten. Statt einem selbstbestimmten Leben zu fröhnen, hat der Einzelne das Wohl seines Volkes, bzw. seiner Religion, über das persönliche Wohlergehen zu stellen. Dabei werden Männern und Frauen in ihrer Pflicht gegenüber der „Volksgemeinschaft“ zumeist unterschiedliche Aufgaben zugewiesen. So bleibt dem Mann das Feld der Politik vorbehalten, während der Frau in der Rolle der hegenden und pflegenden Mutter durchaus auch Achtung entgegengebracht wird. Rechte Aktivistinnen agieren eigentlich allein schon durch ihre politische Partizipation oft in diametralem Widerspruch zu ihrer eigenen Ideologie.

Um der Gemeinschaft sinnvoll dienen zu können, bedarf es bestimmter Leitwerte, die dem Einzelnen den Weg weisen. Zentral sind hierbei Werte wie Nationalstolz, Tapferkeit, Überlegenheit über Gefühle, Würde, Eidtreue, Härte gegenüber dem Feind und der Anspruch, nationale Ehre über die persönliche Sicherheit zu stellen. Idealvorstellung des rechtsextremen Menschenbildes ist der Soldat.

Doch ein alleiniges Patent auf diese ideologischen Grundrisse besitzen die Rechtsextremen nicht. Sowohl die Vorstellung der unterschiedlichen Wertigkeit der Menschen, als auch die Überstilisierung eines Wertekodexes sind auch bis weit hinein in militärische, konservative und bürgerliche Kreise anzutreffen.

1.1.2 Nationalismus

Nachdem nun feststeht, dass der Einzelne nichts, sein Volk hingegen alles ist, muss jetzt geklärt werden, wer oder was sich hinter der Bezeichnung Volk denn überhaupt verbirgt. Hierbei scheiden sich die rechtsextremen Geister, wenn auch nur geringfügig. Ein kleinerer Teil Rechtsextremer macht das Kriterium der Volkszugehörigkeit schlicht und einfach am Pass des Betroffenen fest. Die Meisten halten

aber an der Vorstellung einer Nation oder „Rasse“ als natürlich gewachsener Einheit fest. Für die Anhänger des Kulturalismus definiert sich ein Volk als Kulturnation mit gemeinschaftlichem Paideuma, aus Sprache und Geschichte, sowie Sitten und Brauchtum. Eine Assimilation „artfremder“ Elemente wird zwar als schwierig angesehen, gilt aber in Einzelfällen durchaus als möglich. Von der völkischen und rassistischen Seite wird dies hingegen gänzlich abgelehnt. Hier gilt der Mensch durch seine Abstammung als quasi genetisch-biologisch festgelegt, womit die Möglichkeit einer Assimilation von vorn herein schon entfällt. Schlussfolgernd sind jegliche Integrationsmaßnahmen strikt abzulehnen, zumal andere Völker generell als dem eigenen unterlegen gelten und eine Eingliederung gleichbedeutend mit einer Verwässerung des Volkscharakters ist. In dieser Ecke rechtsextremer Vorstellungen kommt auch der ansonsten meist latente, aber durchaus vorhandene Antisemitismus zu voller Entfaltung.

Wendet man die Lehre des Sozialdarwinismus global an, so stehen sich in sich homogene Gebilde feindlich gegenüber: Land steht gegen Land; Volk gegen Volk. Der klassischen Vorstellung folgend haben nun, aufgrund differierender Wertigkeiten der einzelnen Völker, die Starken ein Recht auf expansive Außenpolitik. Rückblickend betrachtet wird die Geschichte in einen ständigen Streit zwischen den unterschiedlichen Völkern umgedeutet. Die eigene Landesgeschichte muss dabei zwangsläufig zur Erfolgsgeschichte umgeschrieben werden, um den Vormachtsanspruch des eigenen Landes rechtfertigen zu können. Nun taucht allerdings ein logisches Problem auf. Denn Deutschland hat im letzten großen „Völkerstreit“ verloren und in seinem Verlauf einen Teil seiner ehemaligen Gebiete eingebüßt. Jenem ideologischen Widerspruch wird von rechtsextremer Seite (wenn überhaupt) oft folgendermaßen begegnet: Das Ergebnis des 2. Weltkrieges wird auf einen unrechtmäßigen Eingriff in das natürliche Wechselspiel der Völker (Krieg!) durch nicht näher bestimmte, aber in jedem Fall antideutsche Hintergrundmächte zurückgeführt, das heißt, eigentlich hätte Deutschland von Rechts wegen der Sieg des 2. Weltkrieges zugestanden. Die darin verlorenen Gebiete werden mit der Begründung, zu einem „natürlich gewachsenen“, starken deutschen Volk gehöre auch sein „natürlich gewachsenes“ deutsches Stammland zurückgefordert.

Seit den 70ern rückte an die Stelle des aggressiven Ethnozentrismus immer mehr das Postulat eines „Europas der Vaterländer“, in dem die einzelnen Länder selbstbestimmt in einem Zustand des ausgewogenen Äquilibrium nebeneinander existieren sollen. Forderungen nach Revision der deutschen Ostgrenzen bleiben allerdings auch im ethnopluralistischen Konzept weitgehend erhalten.

Obwohl ihre Ansichten über den Volkscharakter und dessen außenpolitische Deutung variieren, bleibt allen Rechtsextremen eine Verherrlichung des eigenen Volkes, sowie die generelle Ablehnung der multikulturellen Gesellschaft gemein.

1.1.3 Feindbilder

Die Vorstellung der Freund-Feind Konstellation zwischen den Völkern auf übernationaler Ebene findet ihre innenpolitische Adaption in Xenophobie und Minderheitenfeindlichkeit. Jeder Fremde gilt als Eindringling in die auf sich abgestimmte Volksgemeinschaft. Jeder Einfluss fremder Kulturen stellt eine Bedrohung für die Homogenität des natürlichen Organismus Volk dar. Kann es solche Einflüsse nicht erfolgreich abwehren, so fällt das Volk zwangsweise dem Degenerierungsprozess anheim. Als großes Negativbeispiel gilt der „Schmelztigel“ Amerika. Um „amerikanische Verhältnisse“ hierzulande zu verhindern, müssen neue „artfremde“ Einflüsse abgewehrt und bereits bestehende aus dem Volk getilgt werden. „Wo Homogenität das Leitbild ist, gerinnt Gesellschaft zur formierten Gemeinschaft, deren Gemeinwohl bereits a priori feststeht. Unterschiedliche Interessen, freie Meinungsäußerung, freie politische Betätigung, das Recht auf Opposition und Regierungswechsel, das freie Spiel der Kräfte, aus dem sich erst a posteriori das Gemeinwohl ergibt – das alles wird von rechtsextremer Ideologie folglich als ein die notwendige Geschlossenheit der Volksgemeinschaft bedrohendes Chaos wahrgenommen.“³ So ist es nicht verwunderlich, dass in dieser Gemeinschaft auch kein Platz für Organisationen und Personen ist, die sich, auch über nationale Grenzen hinweg, für die rechtliche oder soziale Gleichstellung anderer Menschen aussprechen. Liberale, Sozialdemokraten, Gewerkschaftler, Sozialisten, Kommunisten und Anarchisten werden als unliebsame Störfaktoren begriffen, die dem ohnehin schon stetig fortschreitenden Degenerationsprozess des Volkes auch noch Öl ins Feuer gießen. Es gilt, ihnen die Grundlagen politischer Handlungsfähigkeit zu entziehen.

1.1.4 Führerstaat

Am günstigsten gestalten sich die Bedingungen für eine „gesunde Volksgemeinschaft“ in einem Staatssystem autoritärer Prägung. Ausgehend vom Prinzip von Befehl und Gehorsam besitzt dieser einen hierarchischen Aufbau, im Idealfall mit einem Führer, dessen Wille mit dem nationalen „Volkswillen“ gleichgesetzt wird. Die Hierarchiestruktur leiten die Rechtsextremen, wie so vieles, wiederum aus jener unverrückbaren „naturgegebenen Ordnung“ des Volkskollektivs ab. Ziel ist ein meist zentralistischer, starker Staat, der seine Bürger durch schlagkräftige ordnungspolitische Institutionen, wie eine gut ausgerüstete Polizei und eine starke Armee, die die Ordnung aufrecht erhalten, beschützen kann. Das Prinzip der Gewaltenteilung entfällt, da diese die Durchsetzungsfähigkeit des Systems schwächen würde. Aus den gleichen Gründen darf es in solch einem politischen System keine Opposition geben. Um die absolute Staatsautorität garantieren zu können, werden Einschrän-

3 S. 90, Handbuch deutscher Rechtsextremismus

kungen der persönlichen Grundrechte und verschärfte Strafmaßnahmen, wie die Wiedereinführung der Todesstrafe, propagiert.

Wie dieser autoritäre Staat in Sachen politischer Organisation nun letztendlich aussehen soll, ist unklar. Die unterschiedlichen Meinungen reichen vom faschistischen „stato totalitario“ bis zu Korporativismus-Modellen. Mittlerweile finden sich immer mehr Rechtsextreme mit dem bestehenden System der parlamentarischen Demokratie ab und versuchen dieses innerhalb des Verfassungsrahmens nach ihren Vorstellungen zu gestalten.

Ein weiteres Aporem stellt die Wirtschaftsordnung dar. Zwar soll diese generell im Dienste des nationalen Wohles stehen, in der Frage konkreter ökonomischer Organisation zeigt sich allerdings ein breites Meinungsspektrum, angefangen bei einem Sozialismus nationaler Prägung bis hin zur Propagierung der Beibehaltung kapitalistischer Strukturen.

1.1.5 Kulturkritik

Ein zentraler Punkt rechtsextremer Ideologie ist die Auseinandersetzung mit einer bestimmten Epoche der deutschen Geschichte. Jener Epoche nämlich, in der Rechtsextreme schon einmal an der Spitze des deutschen Staates standen. Die Auseinandersetzung mit der Regierungszeit der rechtsextremen Nationalsozialisten spielt sich bei ihren heutigen Kollegen natürlich im Rahmen deren eigener Geschichtsauffassung ab. Die Ansicht, die Geschichte einer Nation sei als Kette ethnischer Auseinandersetzung quasi biologisch vorbestimmt, lädt dazu ein, Ereignisse der nationalen Geschichte so zu interpretieren und umzudeuten, dass diese als „success story“⁴ deutbar ist. Die Zeit des Nationalsozialismus muss damit entweder verharmlost oder aber verherrlicht werden. Das Anliegen der Geschichtsrevision reicht dabei vom Bild des anständigen Wehrmachtssoldaten über den Versuch, die Nazi-Verbrechen durch Vergleiche mit anderen politischen Verbrechen, vor allem die der UdSSR, zu relativieren, bis zur Konstruktion der Auschwitz-Lüge.

In „diese doch etwas gewaltsame Lesart der Weltgeschichte“⁵ passt auch das generelle „Sich-Berufen“ Rechtsextremer sämtlicher Couleure auf eine Zeit in der Vergangenheit, in der „alles besser war“. Oft wird dabei offen oder versteckt auf das Dritte Reich verwiesen, oder aber sowohl die exakte zeitliche Einordnung jenes Geschichtsabschnittes, so wie eine diffizile Beschreibung jener besseren Verhältnisse bleiben im Vagen. Fest steht in jedem Fall, dass es an einem Zeitpunkt in der Vergangenheit eine Hochphase sowohl innerer Stärke, wie auch moralischer Tugend

4 S. 102, Handbuch deutscher Rechtsextremismus

5 S. 101, Handbuch deutscher Rechtsextremismus

gegeben hat, doch der multikulturelle Einfluss, das Zusammenwachsen der Welt, habe letztendlich zu einem nationalen Sittenverfall geführt.

Ein weiterer Makel, den Rechtsextreme nicht müde werden zu beklagen, ist ein „Zuwenig an innerer Sicherheit und Ordnung“. Bei ihrer Argumentation gegen die angebliche Bedrohung der staatlichen Ordnung durch „zu viele Ausländer“ und den damit einhergehenden steten „Wertevefall“ bauen sie auf Vorurteile und diffuse Ängste in der „Normalbevölkerung“. Dies wird auch immer mehr von den großen, bürgerlichen Parteien und deren Politikern aufgegriffen, was in den letzten Jahren zur vermehrten Aufnahme rechtsextremer Themen und Thesen in den öffentlichen politischen Diskurs geführt hat. Ursprünglich rechte Vokabeln wie die der „innere Sicherheit“ oder der „Überfremdung“ gehören mittlerweile zum Standard-Wortschatz aktueller politischer Diskussionen. Dieser Prozess ist dementsprechend einem Abbau jener Ängste alles andere als förderlich. So dass die Rechte auch weiterhin auf derartige Vorurteile, vor allem gegenüber Ausländern, bauen kann. Für die daraus resultierenden Konflikte bieten Rechtsextreme mit ihrem Gut-Böse-Schema einfache Lösungen und eindeutige Sündenböcke, auch für Leute, denen ein ausformuliertes ideologisches Programm fehlt, an. Der zunehmenden Indolenz der modernen Welt stellen sie ein irrationales, emotionales Weltbild, das auf ehernen „Naturgesetzen“ beruht, entgegen.

Rechtsextreme Weltanschauungen und Ideologien sind auf jeden Fall mehr, als bloßes Organon zur „Begeisterung der Massen“ und der Machtmehrung rechter Kader und Vordenker. Nichtsdestotrotz ist es oftmals schwierig, aus der Melange von politischer Propaganda, Anlehnung an das bestehende System aus Verbotsangst und gegenseitiger Verleumdungen, aufgrund interner wie externer Machtkämpfe, die wahren Ziele der einzelnen Gruppen herauszufiltern. Voraussetzung hierfür ist natürlich, den einzelnen Akteuren selbst sind diese voll und ganz bewusst, denn es hat ja nicht jeder Rechtsextreme gleich automatisch ein vollständiges ideologisches Reißbrett im Kopf.

1.1.6 Rechtsextreme Strömungen

Rechtsextremismus ist auch weit mehr, als auf die Spitze getriebene konservative Ansichten. Das rechtsextreme Sammelsurium an teilweise konkurrierenden Zielvorstellungen lässt folgende Hauptströmungen erkennen, die diesen facettenreichen Bereich allerdings bei weitem nicht vollständig abdecken:

Die *autoritär-konservative* Richtung, zu welcher die Republikaner zu zählen sind, rücken die ordnungspolitischen Vorstellungen in den Vordergrund. Eine zentrale Aufgabe kommt dabei der Vermittlung traditioneller Werte zu. Dem setzt das *national-revolutionäre* Spektrum die romantisch verklärte Vorstellung einer gruppen-

internen und nationalen „Kampfgemeinschaft“ entgegen. Wie bei der NPD in jüngster Zeit, wird hier versucht, die Bevölkerung z.B. durch die Besetzung sozialer Themen anzusprechen.

Während *Neofaschisten* und *Neonazisten* versuchen die Grundelemente faschistischer bzw. nationalsozialistischer Wirklichkeitsvorstellungen auf die heutige Welt zu transferieren, sehnen sich die „Altnazis“ des *nostalgisch-revisionistischen* Lagers (GDO, DVU, NPD in den 60ern, HIAG) ihren Erinnerungen an die „gute alte Zeit“ folgend „heim ins Reich“. Das Hauptziel *völkisch-rassistischer* Gruppen ist die „Blutreinheit“ des Deutschen Volkes. Kennzeichnend ist, wie bei der HIAG, ein sozialdarwinistisches Weltbild und ein, mehr oder weniger, auftretender Antisemitismus. Seine esoterische Spielart hat der Rechtsextremismus im *Ökofaschismus*, der die das Bewußtsein übersteigenden faschistischen Vorstellungen aufgreift und so eine Welt kreiert, in der Gewalt als Exzess verstanden wird und Menschlichkeit den Tod bringt. Hier werden auch vermehrt umweltpolitische Themen aufgegriffen. In diesem Bereich treten sowohl eine christliche als auch eine neoheidnisch geprägte Glaubensrichtung auf.

Die *national-liberale* Fraktion definiert Freiheit als Selbstbestimmtheit und Stärke des Staates nach außen, was in der logischen Konsequenz die Einschränkung individueller Rechte in Kauf nimmt. Ihre (Augsburger) Vertreter saßen und sitzen unter anderem in der „Deutschen Union“ (DU) oder dem „Bund Freier Bürger“ (BFB).

Die Einordnung der Gruppen in die jeweiligen Kategorien geschieht hier immer unter Vorbehalten, da diese einerseits gegenseitigem Influxus und Austausch unterliegen, und sich andererseits teilweise ergänzen und bedingen. Deshalb verschwimmen auch oftmals die *Differentiae specifica* selbst. Andere Wechselwirkungen ergeben sich aus Kontakten ins konservative und bürgerliche, aber auch ins ökologisch-politische und linke Lager, obwohl auf der anderen Seite Anhänger dieser Richtungen teilweise mit mehr als nur Worten bekämpft werden.

Da sich hinter der Türe mit der Aufschrift „Rechtsextremismus“ im Endeffekt auch „nur“ Menschen verbergen, ist dieser selbst kein feststehender Monolith, dem es gelingt, soziale und politische Veränderungen auf regionaler wie überregionaler Ebene unberührt zu überdauern.

Natürlich ist vor allem der Rechtsextremismus in Deutschland durch die deutsche Geschichte, sprich den Nationalsozialismus, geprägt. Dennoch wäre es nachlässig, ihn aus dem internationalen Kontext zu streichen und als spezifisch deutsches Phänomen anzusehen. Auf der anderen Seite soll dies aber nicht dazu führen, Rechtsextremismus zur allgemeinen Kollateralerscheinung, die man in westlichen (wie östlichen) Industriestaaten wohl oder übel in Kauf nehmen muss, herunterzuspielen.

1.2 Exkurs: „Die neue Rechte“

Neben der klassischen Rechtsextremismusdefinition ist es notwendig, diesen Begriff zu spezifizieren und näher zu erläutern, weil der klassische Rechtsextremismusbegriff zu eng geworden scheint, da sich nicht alle Gruppen dieses Spektrums ohne weiteres unter ihn subsummieren lassen.

Der folgende Text soll die ideologische Basis der sog. „*Neuen Rechten*“ erläutern, ihre Stoßrichtung aufzeigen und die Einordnung einzelner Gruppen erleichtern.

Der Bezug zu Augsburg ist vorhanden: In Friedberg wohnte lange Zeit der ehem. NHB⁶-Vorsitzende bzw. stellvertretende Bundesvorsitzende der *JN*, *Alexander von Webenau*, welcher einer der führenden Ideologen der jüngsten Generation ist, und spätestens mit dem Einzug der *Republikaner* in den *Augsburger Stadtrat* 1990 und ihren Erfolgen bei der *Europawahl 1989* ist die gesamtgesellschaftliche Bedeutung der „*Neuen Rechten*“ durchaus gegeben. Der *NPD/JN* gelingt es inzwischen sogar, Aufmärsche mit bis zu 8.000 Teilnehmern zu organisieren.

Der Begriff der „*Neuen Rechten*“ kommt hauptsächlich von den sich in *Paris* um 1968 gegründeten Studiengruppen *GRECE (Groupement de recherche et d'étude pour la civilisation européenne)*, dem *Club de l'Horloge* und anderen intellektuellen Zirkeln. Führende Ideologen und Initiatoren erstgenannter Gruppe waren *A. de Benoist*, *Jean Mabire* und *Jean-Claude Valla*. Diese neue Strömung verstand sich als Gegenpol zu der Studentenbewegung von 1968.

Die Theoretiker der „*nouvelle droite*“ beziehen sich originellerweise auf das Konzept eines ihrer erklärten Gegner, des italienischen Kommunisten *A. Gramsci*, in dessen Mittelpunkt die Erringung der „*kulturellen Hegemonie*“ steht. An diesem Punkt zeigt sich die Abkehr vom Konservativismus oder klar nationalsozialistisch bzw. faschistisch ausgerichteten Ideologien. In *Augsburg* lässt sich diese Idee an der geplanten Eröffnung eines Ladens durch die *NPD* im Rahmen des Konzeptes der „*Befreiten Zonen*“ nachvollziehen.

Neben einem ausgeprägten Antisozialismus bzw. –marxismus und Antiliberalismus spielt auch ein Antichristentum, das als „*Neopaganismus*“ bezeichnet wird, eine Rolle.

Aus „*neurechter*“ Perspektive kann es keinen einheitlichen Menschen, keine allen Menschen gemeinsame Wesenhaftigkeit geben. Alle Übel besäßen die eine Wurzel, „dass der Mensch den Menschen nicht so nehme wie er sei, sondern wie er ihn gerne aufgrund seiner universalistischen Menschenrechtsvorstellung hätte, was letztendlich dazu führe, dass die ganze Welt nach einem einheitlichen Muster geordnet,

die „*Eine Welt*“ der Einheitskultur ohne biologische Grundlage geschaffen werde.“⁸ Ein weiterer ideologischer Grundbaustein ist der sog. „*Biologismus*“, der in der Ausrichtung mit dem Ebengenannten übereinstimmt. Demzufolge geht die „*Neue Rechte*“ von der erblichen Bedingtheit des Verhaltens aus. Kombiniert mit dem weiteren Schlagwort „*Ethnopluralismus*“ ergibt sich dadurch die erblich bedingte Verschiedenheit unterschiedlicher (Volks-)Gruppen, somit auch die implizierte Rechtfertigung eines aggressiven Nationalismus.

Wie man somit erkennen kann, sind durchaus ideologische Parallelen zum deutschen Faschismus gegeben: Die „*Neue Rechte*“ nimmt nicht direkt Bezug auf das Dritte Reich, sondern sieht diesen Teil der Geschichte als „*abgehakt*“, teilweise sogar als „*anschlussfähig*“. In den Theoremen des Biologismus bzw. des Ethnopluralismus lassen sich eindeutig die Rassenlehre bzw. der „*Volk braucht Raum*“-Gedanke aus der Zeit des deutschen Nationalsozialismus erkennen.

Die „*Neue Rechte*“, die für heutige Verhältnisse im realpolitischen, seriösen Gewand auftritt, hat ihr Sprachrohr in Deutschland in der Zeitung „*Junge Freiheit*“ gefunden, die eigentlich an fast jedem Bahnhofskiosk zu bekommen ist. Die Zeitung wurde 1986 als Schülerzeitschrift gegründet, wurde schließlich 1995 von einer Monats- zu einer Wochenzeitung und stellt ein Gemeinschaftsprojekt neurechter Intellektueller der jungen Generation dar. Sie verstehen sich selbst als „*Ferment für eine ganz neue Synthese aus rechtskonservativen und rechtsextremen Kräften*“, was zur Folge hat, dass Heinrich Lummer, CDU, häufiger Autor ist.

Abschließend bliebe zu sagen, dass die „*Neue Rechte*“ trotz, oder vielleicht wegen ihrer enormen inneren Divergenz, die von der neuheidnischen Sekte bis zur *NPD/JN* reicht, ein enormes Subkulturpotential inne hat. Jugendkulturell betrachtet bekommt z.B. das Skinhead-Outfit einen immer größeren Stellenwert, Black Metal, Wave und Rechtsrock-CDs (mit Einschränkungen) mit eindeutigem Inhalt kann man heute in jedem Plattenladen kaufen. Ein gutes Beispiel, solche Kleidung und solche CDs in Augsburg zu bekommen, ist der *American Store*, ein eigentlich rein kommerziell ausgerichteter Laden, was nur zeigt, inwieweit diese Subkulturform trotz ihrer verhältnismäßig geringen Breite schon assimiliert ist.

8 S. 10, Materialien zum Rechtsextremismus – Band 1, herausgegeben von der Informations- und Dokumentationsstelle gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in Nordrhein-Westfalen

6 Nationaldemokratischer Hochschulbund

7 Junge Nationaldemokraten

2. In Augsburg aktive rechte Parteien/ Organisationen

2.1 Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e.V. Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit (HIAG)

<i>Gründung:</i>	<i>1951, Auflösung des Bundesvorstandes 1992</i>
<i>Sitz:</i>	<i>Hamburg</i>
<i>Mitgliederzahl:</i>	<i>20.000-40.000</i>
<i>Dachverband:</i>	<i>Verband deutscher Soldaten (VdS)</i>

Anfang 1949 gründete sich die erste HIAG Gruppe in Hamburg. Augsburg folgt noch im selbem Jahr. Am 10. September 51 wurde die HIAG nach dem ersten bundesweiten Suchdiensttreffen offiziell gegründet, im April 49 der „Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e.V.“. Als Periodika erschienen „Der Wiking Ruf“ (WR) und „Der Freiwillige“ (DF). 1958 ging der „Wiking Ruf“ im „Freiwillige(n)“ auf. Dieser erreichte zu guten Zeiten eine Auflagenzahl von bis zu 12.000 Stück.

Ihr erstes Betätigungsfeld fand die HIAG in den 50ern vor allem in Suchdiensttreffen mit 4.000 bis 16.000 Teilnehmern. Auch das Suchdiensttreffen in Augsburg 1960 erregt großes öffentliches Aufsehen. Auf diesen Treffen wurde in „echter Frontkameradschaft“⁹ nach dem Schicksal vermisster SS-Angehöriger geforscht. Im Dezember 59 trat die HIAG dem „Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge“ und 1962 dem Dachverband „Verband deutscher Soldaten“ (VdS) bei. In den 80ern und 90ern war die HIAG an der Organisation mehrerer Kameradschaftstreffen ehemaliger SS-Verbände beteiligt. 1983 erklärte das Innenministerium, dass die HIAG nicht mehr als rechtsextrem eingestuft werden soll. Am 31. Dezember 1992 löste sich der HIAG Bundesverband, einem Bundesversammlungsbeschluss von 1991 folgend, auf.

Neben der Wahrung der „Frontkameradschaft“ sah die HIAG ihre Aufgabe darin, die rechtliche Gleichstellung der ehemaligen Waffen-SSler mit den Wehrmachtssoldaten zu erreichen, und somit die Waffen-SS zu rehabilitieren. „Wir wollen über die Vordertreppe in diesen Staat.[...] Wir sind Deutsche, wir sind loyale Bürger, das ist unser Staat und unser Vaterland – und ein Lump derjenige, der sich nicht zu diesem Rest-Deutschland bekennt! Wir haben nichts zu verbergen. Wir haben jetzt zu fordern, dass endlich die Demokratie ihre Thesen wahrmacht, damit

wir endlich auch an die Demokratie glauben können! Wer uns verfolgt, handelt aus Selbstzweck oder im östlichen Auftrag. Ich glaube an diesen Rechtsstaat. ...Wir versprechen dieser Demokratie, dass wir ihren Feinden auf die Füße treten!“¹⁰. Weiterhin erstrebte sie eine umfassende Revision der Geschichte, wobei das sozialdarwinistische Weltbild der SS aufrecht erhalten blieb. „Das Leben ist Kampf, Kampf jeder Art und die Welt ist unbarmherzig genug über jeden hinwegzugehen, der nicht bereit und gewillt ist dieses Lebensgesetz anzuerkennen.“¹¹

Die HIAG war ein sehr bedeutender Faktor im Netzwerk der militärischen Traditionsverbände. Wichtige Bündnispartner in Kampagnen oder ähnlichem waren vor allem die Verbände des VdS, wie die „Kameradschaft der Legion Condor e. V.“, die „Traditionsgemeinschaft Panzerkorps Großdeutschland“ und die „Truppenkameradschaft 3. SS-Panzerdivision Totenkopf“.

Bis in die 60er waren ihre Interessenvertreter in allen maßgeblichen Parteien. Wichtige fördernde Faktoren für die steigende Einflussnahme der HIAG waren der Kalte Krieg, die neugegründete Bundeswehr, mit Bedarf an militärischem Führungspersonal und ein Wählerpotential von 900.000 ehemaligen SS-Soldaten. Erst in den 80er Jahren (zur selben Zeit etwa, seit der die HIAG offiziell nicht mehr als rechtsextrem gilt) beendeten CDU/CSU-Abgeordnete ihre Tätigkeit bei der HIAG, die SPD fällte einen Unvereinbarkeitsbeschluss. Daraufhin verlor die Organisation an Einfluss, blieb jedoch über ihre Regionalstrukturen auch nach Auflösung des Bundesverbandes 1992 in das Netzwerk der militärischen Traditionsverbände integriert.¹²

2.2 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

<i>Gründung:</i>	<i>November 1964</i>
<i>Sitz:</i>	<i>Stuttgart</i>
<i>Mitgliederzahl:</i>	<i>2800 (Eigenangabe 1996)</i>

Unter dem Vorsitzenden Friedrich Thielen wurde die NPD Ende 64 gegründet. Ab März 65 gab es sie auch in Augsburg. In den Jahren 66-69 zog die NPD mit Prozentanteilen zwischen 5,8 und 9,8 in 7 Landesparlamente ein. 1969 scheiterten sie unter Vorsitz Adolf von Thaddens mit 4,3% knapp an der 5%-Hürde für den Bun-

10 Kurt Mayer auf dem Jahrestreffen der HIAG Augsburg 1959; zitiert nach der „Schwäbischen Landeszeitung“ vom 03.08.59

11 „Der Freiwillige“ Mai 59; zitiert nach S.112; Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik; P. Dudek, H-G Jaschke; Opladen; 1984

12 vgl. S.336/337, Handbuch deutscher Rechtsextremismus; (Hsg.) Jens Mecklenburg; Elefanten Press Verlag GmbH; Berlin; 1996

9 HIAG-Einladung zum Suchdiensttreffen in Augsburg 1960

destag. In den 70ern und 80ern nahm die NPD regelmäßig an Oberbürgermeisterwahlen in Augsburg, mit Ergebnissen zwischen 1 und 3%, teil. Anfang der 70er Jahre unterstützte die NPD Augsburg zusammen mit Vertriebenenverbänden die „Aktion Widerstand“ gegen die Verzichtserklärung Willy Brands.

Die „Aktion Widerstand“ war von der NPD mit dem Hintergedanken, den nach der Bundestagswahl 1969 eintretenden Zerfallsprozess innerhalb der Partei zu stoppen, initiiert worden. Weitere, an der „Aktion Widerstand“ beteiligte Organisationen waren der „Arbeitskreis volkstreuere Verbände“, der „Freundeskreis der CSU“, der „Witikobund“, die „Aktion Oder Neiße“, der „Bund heimattreuer Jugend“ und die Gruppe „Nation Europa“. Allerdings löst die „Aktion Widerstand“ Kontroversen innerhalb der NPD aus, worauf sich ein militantes Umfeld um die Partei bildet, welches diese als zu legalistisch und systemkonform betrachtet. Gerhard Frey, der den Niedergang der „Aktion Widerstand“ ahnte, rief 1971 die DVU als Sammelbecken ins Leben.

Die Folgen des internen Streits ließen nicht lange auf sich warten. Von Thaddens bezeichnete seine Partei als unführbar und trat zurück. Neuer Vorsitzender wurde Martin Mußnug. Unter dem Einfluss Günther Deckerts, der sich 1975 als stellvertretender Bundesvorsitzender gegen Gerhard Frey durchsetzen konnte, kam es zu verstärkter Hetze gegen Ausländer. Erfolge von 0,8% bei der Europawahl 1984, machten die NPD für Freys DVU wieder interessant. Es kam zur Gründung der Wahlgemeinschaft DVU-Liste D. Nachdem Versuche misslangen, mit der Ex-DDR Partei NDPD (National Demokratische Partei Deutschlands) zusammenzuarbeiten, entstanden Landesverbände in allen neuen Bundesländern. Nach Streitigkeiten auf dem Bundesparteitag im Juli 91 um den Beitritt der NPD zur „Deutschen Allianz/Vereinigte Rechte“ (später: „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ DLVH) trat ein Grüppchen NPDler um den ehemaligen Vorsitzenden Mußnug direkt der DLVH bei. Ab Anfang der 90er wandelte sich die NPD von einer rechtskonservativen zu einer nationalistisch-revolutionären Partei und beteiligte sich verstärkt an Veranstaltungen militanter Neofaschisten. Erneute Streitereien, die der Amtsenthebung des Vorsitzenden Deckerts folgen, führten fast zur Spaltung der Partei. Aus einer Stichwahl am 23.6.96 gegen den mittlerweile inhaftierten Deckert geht Udo Voigt aus Bayern als neuer Vorsitzender hervor.

Im Rahmen des Konzepts der „Befreiten Zone“ war 1998 in Augsburg die Eröffnung eines Ladenprojekts unter selbigem Namen geplant. Unter dieser Bezeichnung tummelten sich zu der Zeit bereits einige andere Cafés und Läden in der Bundesrepublik. Bekannte Beispiele sind das „Café Germania“ in Berlin oder das Hehls World in Ludwigsburg. Beide Läden mussten allerdings um die Jahrtausendwende wieder schließen. Nichtsdestotrotz werden mittlerweile schon ganze Städte vor allem in den neuen Bundesländern (Magdeburg, Würzen), aber auch in Bayern

(Schwabach, Herzogenaurach), zu „national befreiten Zonen“ deklariert. Dort wird versucht, über ein Netzwerk von Läden und Cafés, aber auch durch Terror auf der Straße, kulturelle Hegemonie herzustellen und nicht ins Weltbild passende Personen, wie zum Beispiel Ausländer, aus dem Stadtbild zu tilgen.

Nachdem Mitte 2000 der Rechtsextremismus und mit ihm die NPD wieder ins Schussfeld der Öffentlichkeit geraten sind, reicht die Bundesregierung am 1.3.2001 einen Verbandsantrag gegen die NPD beim Bundesverfassungsgericht ein.

Als Parteiorgan besitzt die NPD die monatlich vom Parteivorstand herausgegebene „Deutsche Stimme“. Sie findet seit 1992 auch über eine Nürnberger BTX-Nachrichtenagentur Verbreitung. Des weiteren existieren mehrere Periodika der Regional- und Landesverbände. In Augsburg ist das der „Aufbruch“, der 1995 zur Internetseite umfunktioniert wurde. NPD-Kreisvorstandssitzungen finden jeden ersten und dritten Freitag im Monat in der Gaststätte „Paradiesgarten“ beim Zoo statt.

Seit November 1987 hat die NPD ein neues Programm. Auffallend daran ist die Ausrichtung auf nationalrevolutionäre Ideen wie Blockfreiheit und Neutralität, sowie eines „dritten Weges zwischen Kapitalismus und Sozialismus“ und ein „Ethnopluralismus“. Unter Einfluss von Deckerts „Ausländer raus“-Kampagnen und die Relativierungsversuche nationalsozialistischer Verbrechen bekam die NPD einen neuen programmatischen Schwerpunkt. In jüngster Zeit werden vermehrt soziale Themen aufgegriffen, sowie ein „vorwärts gewandter Nationalismus“ propagiert. Wichtig ist außerdem ihr 1997 beschlossenes „Drei-Säulen Konzept“: der „Kampf um die Köpfe“, der „Kampf um die Straße“ und der „Kampf um die Parlamente“.

Die NPD hatte stets gute Kontakte zu anderen Gruppen aus dem rechten Lager, u.a. sind zwei ehemalige Wiking Jugend-Kader Mitglied im Vorstand (Nahrath, Schunk). Zusätzlich bildeten sich mehrere formal unabhängige Organisationen im Umfeld der NPD heraus, wie z.B. die „Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA)“, die „Hamburger Liste für Ausländerstopp (HLA)“, die „Hessenliste für Ausländerstopp“ und die „Münchener Initiative für Ausländerstopp (MIA)“. Des weiteren nahmen einzelne NPD-Mitglieder 1995 an den „Runden Tischen“ des rechten Spektrums teil.

Gegründet wurde die NPD faktisch als Nachfolgeorganisation der „Deutschen Reichspartei“, um ehemaligen Mitgliedern eine nationalsozialistisch-unverdächtige Plattform für weitere politische Aktivitäten zu geben. Die Krise Ende der 60er bzw. Anfang der 70er führte zur Bildung militanter Flügel. Diese Entwicklung beruhigte sich in den 80ern etwas, Anfang der 90er brachten Übertritte zu den REP bzw. zur DVU herbe Mitgliederverluste.

Seit der Verbotswelle dient die NPD als Sammelbecken für rechtsextreme Kräfte. Selbst sieht sie sich gerne als NAPO (Nationale APO).¹³

2.2.1 Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB)

Gründung: 1967
Sitz: Nürnberg
Mitgliederzahl: 40

1966 entstanden die ersten Gruppen des NHB, die formale Gründung erfolgte ein Jahr später. Zu dieser Zeit, parallel zur Entwicklung der Mutterpartei NPD, hatte der NHB seinen größten Zulauf: es bestehen 17 Hochschulgruppen mit ca. 250 Mitgliedern. Zwischen 1970 und 1973 versuchte Lutz Kuche, ein Stasi-Mitarbeiter, den NHB zur Kaderorganisation umzustrukturieren. Dieser Versuch scheiterte jedoch und der NHB geriet in Vergessenheit. Ende der 70er plante Thor von Waldstein, dem NHB eine neue Struktur zu geben. Dies wollte er durch die Gründung einiger Vorfelddorganisationen erreichen. Einige davon waren Amnestie national, Kultur alternativ und der Arbeitskreis nationaldemokratischer Akademiker. Auch dieser Versuch scheiterte und der NHB blieb bedeutungslos bis er nach einem Wandel zur nationalrevolutionären Kaderorganisation 1990 mit der Strategiezeitschrift „Vorderste Front (VF)“ wieder an die Öffentlichkeit trat. Diese „Zeitschrift für politische Theorie und Strategie“ erscheint in jährlichem Turnus, 1993 zweimal. Verantwortlich ist Martin Laus aus München, der seit 1991 NHB-Vorsitzender war. Sein Nachfolger ist von 1997 bis 1999 Alexander von Webenau aus Friedberg.¹⁴ In den 80er Jahren bis 1986 erschien der „NHB-Report“ mit einer Auflage zwischen 1000 und 2000. Dieser entstand unter Federführung von Peter Marx und Karl-Heinz Sendbühler.

Der ideologische Wandel vollzog sich parallel zur Mutterpartei und beeinflusste logischerweise auch die JN. Ende der 80er Jahre hatte der NHB einen neuen nationalrevolutionären Charakter bekommen mit dem Ziel, eine „revolutionäre Alternative zum Angriff des Weltkapitals auf die Völker der Erde“ zu bilden. Nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus wurde der Liberalismus zum „Hauptfeind“ erklärt.

Der NHB ist eng mit der JN verflochten und arbeitet mit anderen rechten Hochschulbünden zusammen. Anfang der 90er zog der NHB mit der „Organisation Sache des Volkes“ und dem „Politisch-Kulturellen Arbeitskreis Oberland“ eine Ver-

anstaltungsreihe zum Thema „Nationalismus heute“ auf. Bis Anfang der 80er Jahre hatte der NHB eine aktive und ideologiebildende Funktion in der NPD. Er diente vor allem der Rekrutierung von Mitgliedern aus akademischen Kreisen. Mit der Besinnung auf nationalrevolutionäre Ideen wurde vom NHB jedoch ein parteiunabhängiges „rechtes Einheitsfrontprinzip“ vertreten. Heute spielt der NHB keine Rolle mehr.

2.2.2 Junge Nationaldemokraten (JN)

Gründung: 1967
Sitz: Stolberg
Mitgliederzahl: ca. 300

1967 gründete sich die JN und war zu diesem Zeitpunkt mit 1.100 Mitgliedern die größte rechtsextreme Jugendorganisation in der BRD. Sie war und ist die Jugendorganisation der NPD und durchlief somit alle Höhen und Tiefen der Mutterpartei. Die bekanntesten Kader des BRD-Neofaschismus begannen hier ihre Karriere, so z.B. Michael Kühnen, Michael Swierczek (NO) und Günter Deckert. Anfang der 90er schloss die JN inaktive Mitglieder aus und schrumpfte sich so von 1.200 auf 150 Aktivisten „gesund“. Zu deren Schulung wurden „Regionale Arbeitsgruppen (RAG)“ gegründet, die einem „Leitenden Gremium (LG)“ unterstellt sind. Dieses initiiert und koordiniert geplante Aktionen. Die LG bestehen aus bereits bewährten Kadern. Da diese Konzeption bei der Mutterpartei auf Ablehnung stößt, ist es wahrscheinlich, dass die JN offiziell an ihrer Gliederung in Landesverbände und Bundesverband festhalten wird, intern jedoch die Konzeption der RAG und LG praktiziert. Am 10. Dezember 1994 organisierte die JN den „1. Europäischen Kongress der Jugend“, an dem viele neofaschistische Gruppen aus dem Ausland teilnahmen. Mit einer Propagandaaktion unter dem Motto „Niederlage statt Befreiung“ setzte die JN ihren thematischen Schwerpunkt 1995 gegen das Gedenkjahr zur 50-jährigen Niederlage des Nationalsozialismus. 1996 koordinierte sie die Aktionen zum Todestag von Rudolf Hess.

Die JN verfügt über drei Periodika: Die offizielle JN-Zeitschrift „Einheit und Kampf“, die 1990 aus „der“ JN-Publikation „Junge Stimme“ entstand, Herausgeber¹⁵ ist seit 1995 Holger Apfel, der gleichzeitig auch Bundesvorsitzender war. „Der Aktivist“, ursprünglich ein Mitteilungsblatt der JN Franken und das Theorieorgan VF des NHB und der JN. Die zweite Publikation schließt die publizistische Lücke zwischen dem eher populistisch aufgemachten Blatt „Einheit und Kampf“ und dem

¹³ S. 282–286, Handbuch deutscher Rechtsextremismus

¹⁴ S. 333/334, Handbuch deutscher Rechtsextremismus

¹⁵ vgl. Artikel zu NHB

intellektuellen Strategieblatt „Vorderste Front (VF). „Der Aktivist“ erscheint seit 1994 unregelmäßig mit einer Auflage um die 200 Stück. Des weiteren erscheint die fraktionsübergreifende, jedoch JN-dominierte Theorieschrift „Die Saufeder“ mit einer Auflage zwischen 200 und 300. Herausgeber war bis 1993 Rainer Hatz, sein Nachfolger war Thomas Hatzler.

Die JN versucht sich ideologisch vom Hitlerfaschismus zu verabschieden. Wie auch die NPD und der NHB setzen sie dabei auf einen „Dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus mit dem Ziel, „die jahrhundertealten Widersprüche zwischen Klassen und Völkern“ zu überwinden. Ausgangspunkt ist ein völkischer Nationalismus, nach dem jedes Individuum Teil eines Kollektivs, d.h. „dem Stamm und dem Volk und schließlich der Rasse“ sei. Hauptfeind ist – wie immer – der Liberalismus.

Neben der vielfältigen Zusammenarbeit auf bundesweiter Ebene pflegt die JN auch Kontakte zu anderen sich als nationalrevolutionär verstehenden Gruppen des Auslands, wie z.B. der Front Européen de Liberation (FEL) und der Synergies Européennes von Robert Steuckers. Der Organisationssitz befindet sich auf dem Anwesen von Wolfgang Nahrath (Wiking Jugend). Engste Verbindungen bestehen zum NHB.

Die JN versteht sich als Sammelbecken für die Mitglieder verbotener Organisationen. Dies lässt sich am Übertritt von Mitgliedern der „Nationalistischen Front“ (NF) zur JN nachvollziehen. Ferner versucht diese einen eigenständigen Kurs gegenüber der Mutterpartei zu vertreten. Sie sieht ihre Zukunft in einer straffen Kaderorganisation, was bei der NPD wohl eher aus politischen Überlegungen heraus auf wenig Gegenliebe stößt.

Im Zuge des JN-Bundeskongresses, der am 10./11.1.1999 in Klingenberg stattfand, wurde Sascha Roßmüller zum Nachfolger von Holger Apfel im Amt des Bundesvorsitzenden und Alexander von Webenau aus Friedberg als dessen Stellvertreter gewählt.

Die rechte Augsburger Skinhead-Szene war in Teilen im FVB (Freiheitlicher Volksblock) organisiert, trat Mitte der 90er jedoch geschlossen zur JN über. Mit denen, die bereits vorher Mitglied waren, und denen, die auf „normalem“ Wege zur JN kamen, dürfte nun auch in Augsburg ein nicht zu unterschätzendes Potential vorhanden sein.¹⁶

16 S. 279-281, Handbuch deutscher Rechtsextremismus

2.3 Deutsche Volksunion (DVU)

<i>Gründung:</i>	16.01.1971
<i>Sitz:</i>	München
<i>Mitgliederzahl:</i>	25.000

Gegründet wurde die DVU als Verein unter maßgeblichem Einfluss von Gerhard Frey, einem Münchner Multimillionär und rechten Medienmogul. Daraufhin organisierte die DVU mehrere Initiativen und Sammlungsbewegungen, sowie Kampagnen zur Rehabilitierung des Nationalsozialismus, unter anderem Veranstaltungen mit David Irving. 1986 initiierte sie gemeinsam mit der NPD die „Deutsche Volksliste“, die ein Jahr später in „DVU- Liste D“ umbenannt wurde. Das Bündnis wurde bereits 1990 von der DVU aufgrund schlechter Wahlergebnisse der NPD wieder aufgekündigt. 1990 wurden Landesverbände in den neuen Bundesländern gegründet.

Neben Verbindungen zu allen rechtsgerichteten Kräften der BRD, vor allem der Wehrsportgruppe Hoffmann in den 70ern, verfügte und verfügt Frey über gute Kontakte ins Ausland, wie der Auftritt Schirinowskis auf der jährlichen DVU Veranstaltung in Passau 93 beweist. Streitigkeiten mit Franz Schönhuber legte Frey im August 1994 zugunsten einer „rechten Abwehrkraft gegen die deutsche Volksfront“ öffentlich bei, was diesen kurz darauf den Parteivorsitz der Republikaner kostete. Ausgezeichnete Beziehungen zu Einzelpersonen der konservativen Parteien führten sogar soweit, dass der ehem. bayerische Innenminister und Verfassungsschutzchef Alfred Seidl (CSU) unter einem Pseudonym für Freys Nationalzeitung schrieb.

Die DVU besitzt Landesverbände in allen Bundesländern, sowie einige Verbindungen, deren Mitglieder automatisch (gleichzeitig) auch DVU-Mitglieder sind, so zum Beispiel die „Aktion Oder-Neiße“ (AKON), die „Aktion deutsches Radio und Fernsehen“ (ARFS), den „Deutschen Schutzbund für Volk und Kultur“ (DSVK), den „Ehrenbund Rudel – Gemeinschaft zum Schutz der Frontsoldaten“ (ER), die „Initiative für Ausländerbegrenzung“ (IFA) und die „Volksbewegung für Generalamnestie“ (VOGA).

Neben der DVU-Mitgliederzeitung existieren die Blätter des Frey Verlages „Deutsche National-Zeitung“ und „Deutsche Wochenzeitung“, die zumeist allesamt inhaltsgleich sind.

Der Ortsverband Augsburg ist genauso wie alle Orts- und Landesverbände hierarchisch den Weisungen Dr. Freys unterstellt. Der DVU-Vorsitzende des KV-Augsburg namens Walter Baur wohnt in Diedorf. Dieser war bereits bei der JU und NPD aktiv. Er verbrachte unter anderem wegen des Absingens von Naziliedern über ein Jahr im Gefängnis. Nachdem er aus der Haft entlassen wurde, wandte er

sich der DVU zu. Heute arbeitet er direkt bei Frey in München und organisiert des öfteren DVU-Veranstaltungen im Raum Augsburg.

Die DVU ist ein Sammlungsbecken für rechtsextremes Gedankengut. Hauptbildungsziele für die Jugend sind die „Nationale Liebe“ und „Liebe zum deutschen Volk und der Heimat“. Unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen wird das Bild der Nation als Interessengemeinschaft entgegengesetzt. Die Europäische Union wird abgelehnt, da eine Unterordnung der Wirtschaft unter das „nationale Interesse“ gefordert wird. (Eine Organisation der europäischen Länder wird generell als Untergrabung des nationalen Interesses gesehen.) Weiterhin richtet sich die DVU gegen die „Vermischung der Völker“ und fordert die „Säuberung der deutschen Kultur von ausländischen und antideutschen Einflüssen“.

Die DVU hat sich mit dem Staat in der heute bestehenden Form „abgefunden“ und bekennt sich auch zu ihm. Bei den letzten bayerischen Landtagswahlen 1998 trat sie unter dem Argument „Die CSU erfüllt eigentlich alle unsere Forderungen, wir sehen keinen Grund hier anzutreten“ nicht an, was ihr seitens der NPD viel Spott und Kritik einbrachte.

Des weiteren arbeitet die DVU mit anderen rechtsgerichteten, neofaschistischen und konservativen Vereinen zusammen. Beispiele hierfür sind: die „Aktionsgemeinschaft 17. Juni“, der „Arbeitskreis Volkstreuer Verbände“, der „Deutsche Block“, der „Jugendverband Adler“, der „Freiheitliche Rat“ und das „Freiheitliche Sozialwerk“, „Die Nationalen“, REP, „Der Stahlhelm“ und die „Wiking-Jugend“.

Die DVU ist ein Projekt von Gerhard Frey, wobei seine Zeitungen als inoffizielle DVU-Organen dienen. Trotz einiger Wahlerfolge (Bremen, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt) ist es aufgrund der Ausrichtung auf NS-Nostalgiker, die Umstrittenheit der Person Gerhard Frey und der Inaktivität der Mitglieder unwahrscheinlich, dass die DVU eine Führungsrolle im deutschen Rechtsextremismus übernimmt. Weiterhin wichtig bleibt die DVU als Rekrutierungsfeld für radikalere Gruppen, auch aufgrund der finanziellen Stärke des Hauses Frey und dessen Propagandamaschinerie.¹⁷

2.4 Gemeinschaft Deutscher Osten (GDO) Vereinigte Länder des Deutschen Ostens im Deutschen Reich (VLDO)

Gründung: 1981 (VLDO)

Sitz: Augsburg

Gegründet wurde die GDO von einer Gruppe zumeist ostvertriebener Revanchisten. Sie versteht sich als „staatstragender Zusammenschluss volks- und reichstreuer Deutscher“. Der von der Organisation getragene „Staat“ bekam den Namen „Vereinigte Länder des Deutschen Ostens im Deutschen Reich“. Seine „Notverfassung“ wurde am 23. Mai des Jahres 1981 auf der 5. ordentlichen Tagung der gruppeninternen „Nationalversammlung des Deutschen Ostens“ (NDO) verabschiedet. Nebenbei erhielt der „Exilstaat“ auch gleich eine „Staatsvertretung“ samt Reichskanzler, namens Hans Joachim Breitkopf, einem Dipl. Ing. aus Hamburg. Nach Augsburg kam die offizielle Briefkastenadresse von GDO und VLDO (in der Sternengasse 1). Zuständig hierfür ist das GDO-Vorstandsmitglied Konrad Hofmann, ein in Wroclaw (Breslau) geborener Augsburger Rechtsanwalt. Gleich nach Entstehen der VLDO wurden Mitteilungen an die Regierungen der BRD, DDR und der Republik Österreich gesandt, die von der Existenz des neuen deutschen Staates verkündeten. Das mangelnde Medienecho deutete die GDO als Totschweigeversuch durch „weltweit[e] freiwillige[...] Gleichschaltung“¹⁸. Anfang der 90er tauchte die GDO als Unterstützerin der „Rudolf Hess“ Gedenkmärsche in Wunsiedel auf. Neben den „Nationalversammlungen“, welche die GDO regelmäßig abhält, gibt sie den GDO-Rundbrief heraus, worin Hofmann jedes noch so kleine Ereignis rund um die GDO dokumentiert. Außer dem immer wiederkehrenden Revisionismusthema tauchen hier auch Artikel über „Hintergrundmächte“ in der Welt (meist natürlich Juden), NS-Apologie sowie die Verherrlichung der Wehrmacht und ihrer Soldaten auf.

Als Ziel gibt die GDO die „friedliche Wiederherstellung des Deutschen Reichs“ in den Grenzen von 1918, inklusive des Deutschen Teils des damaligen Österreichs, sowie die Wiederinkraftsetzung der Weimarer Reichsverfassung an. Eine „außerparlamentarische Massenbewegung“ soll der GDO zum Ziel verhelfen. Bis es soweit ist sollen die „Vereinigten Länder des Deutschen Ostens“ als „Bundesstaat im Vertriebenenstand“ die Nachfolgefunktion des deutschen Reiches übernehmen. Die GDO sieht sich dabei als „öffentlich-rechtliche Körperschaft ostdeutschen Verfassungsrechts“.

Mit den offiziellen Vertriebenenverbänden steht die GDO auf Kriegsfuß, da diese als Erfüllungsgehilfen einer „Besatzungsregierung“ angesehen werden. Obwohl

17 S. 244–247, Handbuch deutscher Rechtsextremismus

18 S.53, GDO- Rundbrief Herbstausgabe 95

die GDO mit Anzeigen in Zeitschriften wie „Bauernschaft“, „Europa Vorn“, „Recht und Wahrheit“ sowie in neonazistischen Fanzines ein breites Spektrum des rechtsextremen Lager anzusprechen versucht, ist sie nie über die Rolle eines unbedeutenden Minigrüppchens hinausgekommen.

Nicht zu verwechseln ist die Augsburger GDO übrigens mit einer NPD-nahen Organisation gleichen Namens, die in Nienburg an der Weser beheimatet ist, Schulungen mit revisionistisch-nostalgischen Leitthemen veranstaltet und sich aktiv an der „Regermanisierung“ in Osteuropa beteiligt.

2.5 DIE REPUBLIKANER (REP)

Gründung: 27.11.1983
Sitz: Berlin
Mitgliederzahl: ca. 16.000

1983 gründeten sich die REP unter Federführung von Franz Handlos, Ekkehard Voigt und Franz Schönhuber. Schon vor ihrem ersten Wahlerfolg bei den bayerischen Landtagswahlen 1986, bei denen sie 3% der Stimmen erreichten, wurde F. Schönhuber Parteivorsitzender. Die Landtagswahlen in Bremen (1987, 1,2%), Baden-Württemberg (1988, 1%) und Schleswig-Holstein (1988, 0,6%) lieferten noch nicht die gewünschten Erfolge. Erst ab 1989 übernahmen sie, aufgrund von Wahlerfolgen zum Berliner Abgeordnetenhaus (7,5%) und bei der Europawahl (Gesamtdeutschland: 7,1%, Augsburg: 19,6%), die Führungsposition unter den deutschen Parteien rechts von CDU/CSU. Doch der Erfolg währt nicht lange, interne Streitigkeiten um Führung und zukünftige Richtung der Parteipolitik zerrissen die Partei, was dann auch zur Abspaltung der offiziell 1991 gegründeten „Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH)“ unter dem langjährigen stellvertretenden Vorsitzenden Harald Neubauer auf dem Ruhsdorfer Parteitag 1990 führte. Es schlossen sich Säuberungsmaßnahmen an und Rolf Schlierer wurde stellvertretender Vorsitzender. Es folgte eine Zeit des Niedergangs, einzige Ausnahmen bildeten die Landtagswahl 1992 in Baden-Württemberg (10,9%) und die Berliner Kommunalwahlen (8,3%). Ab Dezember 1992 standen die REP unter ständiger Überwachung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz. Auf dem Bundesparteitag 1993 in Augsburg, auf dem ein neues Parteiprogramm verabschiedet wurde, bahnte sich bereits die Spaltung in die Lager Schönhuber bzw. Schlierer an. Da sich die Situation der Partei auch 1994 nicht verbesserte und sich die Wahlniederlagen der REP häuften, rief Schönhuber in einer gemeinsamen Erklärung mit Gerhard Frey (DVU) zur Zusammenarbeit gegen die „Volksfront“ der bürgerlichen Parteien auf. Da sich Schönhuber nicht länger von der DVU distanzierte, hagelte es Faschismusvorwürfe sogar aus den eigenen Reihen. Dies führte letztendlich dazu, dass Rolf

Schlierer noch 1994 den Parteivorsitz übernahm, woraufhin sich die Schönhuber-Treuen unter dem Namen „Die Freiheitlichen“ abspalteten. 1995 trat Schönhuber aus der Partei aus; in der Folgezeit stabilisierten sich die REP zumindest regional wieder, wie z.B. durch Wahlerfolge in Baden-Württemberg (1996:9,1%).

Als überregionale Parteizeitung erscheint in zweimonatlichen Turnus „Der Republikaner“. Diese Zeitung wird von Rolf Schlierer erstellt und erscheint im 8-seitigen Zeitungsformat. Der grösste Teil der regionalen Zeitungen wurde eingestellt. Es existieren lediglich noch der B-W Report und der Wiesbaden Report.

Die REP vertreten einen radikalen Nationalismus, in dessen Weltbild schon das Deutschsein an sich einen Wert ausmacht, in dem sich die „Lebens-, Leistungs- und Wertegemeinschaft aller“ manifestiert; Individual- bzw. Gruppeninteressen sind diesem bedingungslos unterzuordnen. D.h. im Klartext, das Wohl des Staates geht über das der einzelnen Person. Die Programme der REP wurden mehrmals sprachbereinigt, um einer drohenden Einstufung als rechtsextrem durch den Verfassungsschutz zu entgehen. Weitere Schwerpunkte der Politik der REP sind Revanchismus („Deutschland ist grösser als BRD plus DDR“), „Innere Sicherheit – Bedrohung des deutschen Lebensraumes“. Alle innerdeutschen Probleme werden auf Nicht-Deutsche bzw. Asylsuchende abgewälzt, die so zum Feindbild Nummer Eins stigmatisiert werden. Des weiteren wird konsequent der Austritt aus der NATO gefordert.

Die Partei hat Landesverbände in allen Bundesländern. Die Mitgliederzahlen fluktuierten; Gradmesser für die Mitgliederstärke waren jeweils Wahlergebnisse bzw. interne Krisen. Nach Eigenangaben beträgt die Mitgliederzahl in den neuen Bundesländern 1992 2.899 Personen. Die meistem Mitglieder haben die Republikaner in Bayern und Baden-Württemberg. Zielgruppenorientierung besteht im Bereich der öffentlich Bediensteten („Republikanischer Bund der öffentlich Bediensteten“) und der Frauen („Republikanischer Bund der Frauen“). Zur Parteifinanzierung und zur Intellektualisierung der Partei wurde versucht, mehrere Stiftungen zu gründen, was jedoch scheiterte. Allein die „Franz-Schönhuber-Stiftung“ kam unseres Wissens zustande. Sämtliche Anstrengungen, die unternommen wurden, Jugendverbände, wie den „Republikanischen Hochschulbund“, bundesweit zu etablieren, scheiterten. Zusammenschlüsse, wie die „Republikanische Jugend“, gibt es nur in Hessen, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Berlin.

Zusammenarbeit gibt es vor allem im Bereich der Burschen- und Landsmannschaften. Intern ist die Partei bezüglich der Zusammenarbeit in zwei Lager gespalten: das eine um Rolf Schlierer orientiert sich vor allem in Richtung „Bund Freier Bürger (BFB)“ und dem „Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands“. Das andere, vor allem bestehend aus alten Schönhuber-Anhängern, orientiert sich in Richtung DLVH.

Die Republikaner waren von Anfang an eine auf Franz Schönhuber ausgerichtete Partei. Es ist fraglich, ob sie unter der Führung Schlierers wieder an die alten Erfolge anknüpfen können.

Die Spaltung der Partei lässt sich am Beispiel Augsburgs genau nachvollziehen, und nahm auch mehr oder weniger auf dem Bundesparteitag 1993 in Augsburg ihren Anfang.¹⁹

2.6 Nationale Offensive (NO)

Gründung: 03.07.1990 (verboten am 22.12.92)
Sitz: Augsburg
Mitgliederzahl: 150

Am 3. Juli 1990 gründete sich die NO in Augsburg aus ehemaligen Mitgliedern der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP), mit Organisationsschwerpunkt im Raum Augsburg-München. In Führungspositionen traten vor allem Mitglieder des „Komitees zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers“ (KAH), womit die NO als wichtigstes legales Sprachrohr des KAH, neben der FAP, fungierte. Ihre Haupttätigkeit suchte die NO im Bereich der Kaderschulung und der Mobilisierung zu neofaschistischen Aufmärschen. So organisierte sie mehrere rechtsradikale Kundgebungen im gesamten Bundesgebiet, wie zum Beispiel eine Solidaritätsaktion für den ehem. KZ-Aufseher Josef Schwammberger am 26. Juni in Stuttgart oder die Rudolf Hess Gedenkmärsche in Wunsiedel. Im ehem. Oberschlesien wurden von der NO Häuser erworben, die als Schulungszentren dienen sollten. Ab Februar 1991 wurden der Vorsitzende Michael Swierczek und Christian Malcoci der Fortführung der verbotenen Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA) angeklagt. Zur Zeit des Verbots existieren Landesverbände in Bayern, Berlin-Brandenburg und Sachsen, sowie Kleingruppen im gesamten Bundesgebiet. Das Parteiorgan trug den Namen „Deutscher Beobachter-Zeitung der Nationalen Offensive“ und erreichte eine Auflage von ca. 500 Exemplaren.

Die Hauptanliegen der NO Programmatik im Rahmen ihrer „neuen deutschen Politik“ waren die Herstellung der Blockfreiheit Deutschlands, sowie die Revision der Nachbarschaftsverträge mit Polen und anderen Staaten und die Einstellung von Wiedergutmachungszahlungen. Laut Parteiprogramm strebte sie die „Solidaritätsgemeinschaft des deutschen Volkes“ an. Integration fremder Kulturen verstand sie daher als Verstoß gegen die Menschenrechte.

Ein ideologisch wirklich einheitliches Bild bot die NO zu keiner Zeit ihrer Existenz, da sie sich selbst als „Brückenpartei“ betrachtete, die eine organisationsübergreifende Zusammenarbeit aller nationalen Kräfte erreichen wollte. Dementsprechend arbeitete sie mit allen möglichen Organisationen aus dem rechtsradikalen/neofaschistischen Kontext zusammen. Vor allem sind die Nationale Liste (NL), die FAP, die „Gesinnungsgemeinschaft der neuen Front“ zu nennen. Bei Kommunalwahlen erreichte die NO kein Ergebnis von Bedeutung (ca. 0,3%), dafür saßen ihre Vertreter mit am Runden Tisch der Stadt Weimar. Die ehemaligen Kader sind allesamt heute in anderen Organisationen aktiv, z. B: bei den Deutschen Nationalisten, sowie in Deutschen Freundeskreise, wobei sie auf die guten Kontakte der NO nach Russland, Rumänien, Kroatien und in die Ukraine zurückgreifen können.²⁰

3. Der „Schwarze Sonne-Versand“

Dieser Versand ließ sich Ende 1998/Anfang 1999 in Friedberg nieder (Adresse Postfach 1211, Friedberg/Bayern). Geführt wird er von Alexander Fayen zusammen mit René Rodriguez-Teufer, der vorher im württembergischen Raum tätig war. Das Angebot umfasst von CDs über T-Shirts und Anstecker, Aufnäher und Rudolf Hess Bronze-Bildbüsten eigentlich alles, was man so braucht. Sogar Eau de Toilette „Nationalist – Der herbe Duft vom grossen Reich“ für die Herren und „Walküre“ für die „nationale Aktivistin“.

Gründer Alexander Fayen stammt ursprünglich aus Hemsbach bei Heidelberg. Bereits in seiner Heimatstadt trat er der JN-Rhein-Neckar bei. 1997 gründete er den „Wiking-Tonträger-Versand“. René Rodriguez-Teufer wurde Ende der 90er in der NPD Augsburg Land aktiv. Alexander Fayen lebt seit 1999 in einer Wohnung in Friedberg zusammen mit der Schirmherrin des gescheiterten NPD-Ladenprojektes „Die befreite Zone“ Sabine Sperman. So ist es anzunehmen, dass die Artikel aus der „Befreiten Zone“, nun über diesen Versand ihren Absatz finden. In einem Flyer zur Ladeneröffnung der „Befreiten Zone“ wurde mit dem Satz „Heute kaufen, morgen schon verboten ist“ geworben. Es liegt die Vermutung nahe, dass diese Maxime auch für die „Schwarze Sonne“ gilt. Ebenso ist es wahrscheinlich, dass Kontakte zum internationalen „Blood and Honour“-Netzwerk bestehen²¹, da dieses



¹⁹ vgl. S. 299–302, Handbuch deutscher Rechtsextremismus

²⁰ vgl. S. 289/290, Handbuch deutscher Rechtsextremismus

große Teile des deutschen Marktes bezüglich illegaler CDs abdeckt. Diese werden über sog. „Ameisenstraßen“ an den Grenzkontrollen vorbei aus Dänemark und Schweden (dort ist NS-Propaganda erlaubt) oder Tschechien (dort ist die Herstellung billig) importiert. An der Konzeption des Versandes kann man ganz deutlich erkennen, wie versucht wird, über Subkultur politisch Einfluss zu nehmen. Als wir im Zuge unserer Facharbeit die NPD um einige Daten baten, schickte diese uns nebst einer Unmenge Flugblätter die neueste Liste der „Schwarzen Sonne“. Kontakte und politische Motivation sind somit nicht zu leugnen.

4. Exkurs: „Blood and Honour“

Die Ursprünge von B&H reichen bis 1979 zurück, als die englische „National Front (NF)“ als Gegenbewegung zur damals recht starken „Rock against racism“ die „Rock against communism (RAC)“-Bewegung ins Leben rief. Die NF konnte hierfür die damals wichtigste Neonazi-Band „Skrewdriver“ um Ian Stuart Donaldson gewinnen, der heute noch die Kultfigur der Szene ist. Auch heute noch bezeichnen sich viele Bands aus diesem Spektrum als RAC-Bands. Diese damalige Entwicklung führte 1984 zur Gründung des „White Noise Club (WNC)“, einem Netzwerk von Politfunktionären und Musikern, das es den Bands ermöglichte, professioneller als bisher zu produzieren. Nach finanziellen Streitigkeiten zwischen der NF und der Skinhead-Fraktion spaltete sich von WNC Blood and Honour ab, deren uneingeschränkter Führer Ian Stuart Donaldson war. Unter diesen Voraussetzungen wuchs B&H zu einer politischen Organisation, zu diesem Zeitpunkt jedoch noch ohne feste Mitgliedschaften („Musik ist das ideale Mittel, Jugendlichen den Nationalsozialismus näherzubringen“ – Ian Stuart Donaldson). Ab Anfang der 90er wurde B&H auch in Nordamerika bzw. Resteuropa populär. 1993 starb Ian Stuart Donaldson bei einem Autounfall, woraufhin ein Machtkampf innerhalb des B&H-Netzwerkes entbrannte, ausgelöst von Combat 18 (C 18), denen es mit Intrigen und Gewalt gelang, die Führung im B&H-Netzwerk an sich zu reißen. Unter dem Einfluss von C 18 entwickelte sich B & H immer mehr zum kulturellen Ableger, der zur Finanzierung des C 18-Terrors diente.

In Deutschland wurden B&H und die Jugendorganisation White Youth am 14.09.00 durch das Innenministerium verboten. B&H war sozusagen eines der ersten „Opfer“ der neuen . Zur Zeit des Verbots bestanden 17 B&H-Sektionen mit über 200 Mitgliedern in Deutschland. Es war üblich, dass man seinen B&H-Mitgliedsausweis nur nach Bestehen einer halb- bis einjährigen Probezeit bekam. Es

21 vgl. Exkurs B&H

darf angenommen werden, dass die B&H Sektion Deutschland ihre Arbeit nach dem Verbot im Untergrund fortsetzen wird. Bereits im Oktober 2000 (einen Monat nach dem Verbot) wurde eine Veranstaltung im früheren Klubhaus der Gruppe in Berlin-Marzan von der Polizei aufgelöst. 176 Besucher wurden vorübergehend festgenommen.

Den Freien Nationalisten und B&H ist es inzwischen sogar schon gelungen, der NPD/JN bei Aufmärschen die Show zu stehlen bzw. für verbotene NPD-Aufmärsche binnen kürzester Zeit adäquate Ersatzveranstaltungen auf die Beine zu stellen. Ein weiteres Betätigungsfeld von B&H ist die Organisation von Parties und Konzerten. Die Organisation ist dermaßen gut, dass bei zu großem Polizeiaufgebot die Konzertgäste zu einem Ersatzobjekt umgeleitet werden können, um ungestört von der Polizei „feiern“ zu können. (Konzerte mit maximal 1.500 Leuten sind normal!) Weiterhin ist es größtenteils das B&H-Netzwerk, das den deutschen Markt mit illegalen Platten versorgt. Geld verdient wird u.a. auch mit dem Verkauf von Waffen, ein Vergleich zu agierenden Rockerbanden kommt nicht von ungefähr.

Abschließend bliebe zu sagen, dass „Blood and Honour“ ein extrem mobiles, gut organisiertes Netzwerk ultrarechter Skinheads ist, das in der Szene schon einen gewissen Einfluss genommen hat. Aufgrund von B&H-nahen Kneipen und Läden, den Gewinnen aus dem CD-Schmuggel in großem Stil und dem Verkauf von Waffen ist eine nicht zu unterschätzende Finanzkraft vorhanden.

Im Bezug zu Augsburg drängt sich nun zwangsläufig der Verdacht auf, vor allem wegen des „Schwarze Sonne“-Versands, der ohne das B&H-Netzwerk nur schwerlich an die ganzen CDs kommen dürfte, die er verkauft, dass hier einige Leute aus der Szene wohl einen B&H-Mitgliedsausweis haben dürften. Die organisierten Konzerte und Parties lassen ebenso einen Rückschluss auf B&H zu, da vor allem sie über die Verbindungen zu Bands und das organisatorische Know-how verfügen. Die Mindelheimer Szene, zu der die Augsburger einen guten Kontakt haben, hat einen extrem hohen B&H-Anteil.²²

5. Wahlanalyse

Betrachtet man das Wahlverhalten der Augsburger Bürger, auf der Suche nach gutem Abschneiden der rechtsextremen Parteien, so stechen einem dabei vier Wahlergebnisse ins Auge. Dies sind einerseits die Landtagswahl von 66 und die Bundestagswahl von 69, welche die bundesweite Hochphase der NPD sowie ihren aufgrund parteiinterner Streitigkeiten folgenden Niedergang markierten. Auf der anderen Seite liegen die Ergebnisse der Europawahl 89 und der Stadtratswahl 90

22 vgl. S. 22–30 im Antifaschistischen Info; (Hsg.) Lena Mayer; AIB Verlag; Berlin; 1999

Zeugnis von kurzzeitigen Erfolgen der Republikaner ab, auf die aber sehr bald die Reise in die politische Peripherie, durch das Verschwinden der REP-Fraktion aufgrund von Übertritten, folgte. In den folgenden Zeilen soll nun, soweit dies die zusammengetragenen Daten zulassen, versucht werden sich im Kontext der zeitgeschichtlichen regionalen und überregionalen Rahmenbedingungen mit Korrelationsfaktoren sowie möglichen Bewertungen der Wahlerfolge statistisch auseinanderzusetzen. Diese Wahlanalyse soll einen Beitrag zum geschichtlichen Vergleich und Diskurs der verschiedenen „Rechtsrucks“ innerhalb der Augsburger Wählerschaft liefern. Eventuelle Interpretationsansätze und das Eingehen auf Augsburger Besonderheiten sind nicht ausgeschlossen.

5.1 Landtagswahl vom 20.11.1966

Im gesamt-bayerischen Durchschnitt erreichte die NPD 7,4%. Von den Augsburgern gaben 8,5% ihre Stimme. Zu diesem Zeitpunkt hatte die NPD in Bayern 4852 Mitglieder. Bayernweit waren es hauptsächlich der gehobene Mittelstand und die Selbständigen, die die NPD wählten. Arbeiter waren durchaus auch, allerdings schwächer vertreten. 22% der Studenten hätten damals eine „Nationale Partei bejaht“, jedoch waren nur 4% von ihnen auch NPD Anhänger. Weiterhin ist auffallend, dass Frauen ein Mitgliederkontingent von 10,3% stellten. Die CSU hatte damals nur 6,2% weibliche Mitglieder. Die NPD-Wählerschaft ist dafür ausgesprochen maskulin; 60,9% Männer stehen 39,1% Frauen gegenüber, wobei die Altersgruppe der 45–60-Jährigen mit 33,4% den höchsten, die 21–30-Jährigen mit 14,2% den niedrigsten Anteil stellen. Auch die über 60-Jährigen zeigten mit 20,6% der NPD-Stimmen keine große Begeisterung für die Partei, was auf einen relativ hohen Frauenanteil innerhalb dieser Gruppe zurückzuführen ist. Während die NPD dagegen von den 30–45-Jährigen mit einem Anteil von 31,8% profitierte.

Die Altersschichtung der Mitglieder gestaltete sich folgendermaßen: Die 18–24-Jährigen stellten 2,4%, die 21–30-Jährigen etwa 23,1%, die Altersgruppe der 30–45-Jährigen ca. 27% und die 45–60-Jährigen 31%. Lediglich 17,7% mit NPD-Mitgliedsausweis waren über 60 Jahre alt. Ein weiterer wichtiger Punkt war, dass 59,2% der bayerischen NPD-Mitglieder in Süddeutschland, hauptsächlich in Bayern geboren wurden. Mitglieder aus Nord- bzw. Westdeutschland betrug nur 2,7% oder entsprechend 4,3%. Österreicher stellten 1,3%. Nach den Einheimischen haben die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen mit 30% den höchsten Wert. Ihr relativer Bevölkerungsanteil betrug im Vergleich dazu lediglich 20%. Von den aufgestellten Bewerbern kamen 70, d.h. 34% und von den 15 gewählten Abgeordneten 7 aus dieser Bevölkerungsschicht. Auch bei den Wählern aus dieser Schicht konnte die NPD einige Sympathien gewinnen.

Ferner liegt eine Ursache der Stärke der NPD bei dieser Wahl darin, dass bei den beiden vorhergehenden, 1958 und 1961, viele NPD-Wähler daheim geblieben waren. Die restlichen Wähler rekrutierten sich aus ehemaligen GDP/BHE-, BP-, FDP- und teilweise auch CSU- und SPD-Wählern.

Hervorhebenswert ist auch, dass die NPD in protestantisch geprägten Regionen stärker ist, als in katholischen. Der Durchschnitt der NPD-Wähler steigt tendenziell mit der Größe der Städte. In der Größenordnung Augsburgs (20.000 Einwohner und mehr) liegt er bei 8,8%, Augsburg selbst mit einem Ergebnis von 8,5% etwas darunter. Das niedrigere Abschneiden in ländlichen Regionen verdankt die NPD allerdings nicht einer stärkeren Resistenz der Landbevölkerung gegenüber rechten Vorstellungen, sondern wohl eher der schlechteren Erreichbarkeit dieser Bevölkerungsschicht durch den Wahlkampf.²³

Obwohl die Wahlbeteiligung mit 78,3% angestiegen war, war die Landtagswahl vom 20.11.66 für das Gros der Parteien in Augsburg Routine bis Enttäuschung. Während die CSU (1962: 39,5%; 1966: 39,8%) im Gegensatz zur Landtagswahl vom 25.11.62 ihren Stimmenanteil geringfügig steigern konnte, SPD (1962: 45,9%; 1966: 44,3%) und BP (1962: 3,2%; 1966: 2,9%) kleinere Verluste hinnehmen mussten, war es für die Parteien FDP und GDP/BH (zum damaligen Zeitpunkt unter dem Namen GPD) das schlechteste Ergebnis bei einer Wahl in Augsburg seit 20 Jahren. Im Vergleich zur vorausgegangenen Landtagswahl hatten FDP (1962: 5,5% 1966: 3,7%) wie GPD (1962: 3,7%; 1966: 0,9%) für ihre Verhältnisse enorme Verluste zu beklagen, was für die GPD das Absinken in die politische Bedeutungslosigkeit bedeutete. Einziger wirklicher Wahlgewinner in Augsburg war mit ihren 8,5% die NPD. Zur Landtagswahl 1962 waren die Nationaldemokraten nicht angetreten, da sie zu diesem Zeitpunkt noch nicht existierten. Als einzige Vergleichsmöglichkeit bietet sich die Bundestagswahl vom 19.09.65 an. Damals hatte die NPD 2,0% der Augsburger für sich begeistern können. Das macht auf 1966 bezogen einen Stimmengewinn von 6,5% in etwas mehr als einem Jahr.

An der Spitze der Wahlkreise, die die NPD favorisierten, steht unangefochten Siebenbrunn mit 12,1% Stimmenanteil für die rechte Partei. Mit etwas Abstand steht der Bezirk Innenstadt/ St. Ulrich-Dom mit 10,9% an zweiter Stelle. Dicht gefolgt von der nördlichen Jakobervorstadt (10,8%), Spickel/Siebertisch (10,7%) und dem Rosenau- und Thelottviertel (10,2%).

Auf der unteren Seite der Wahlliste tummeln sich Rechts der Wertach (7,5%), Bleich und Pfärrle, Firnhaberau (jeweils 7,0%), Schäfflerbach (6,9%) und mit ein wenig Abstand Links der Wertach, südlich (6,1%). Als größte nicht NPD-Wähler

²³ vgl. Die NPD bei der Bayerischen Landtagswahl 1966 – Eine ökologische Wahlstudie; Willibald Fink; Günter Olzog Verlag; München; 1969

erwiesen sich die Menschen aus den Anstaltsbezirken (Gefängnisse, Krankenhäuser, Psychiatrie) mit 1,6%. Auch bei den Briefwählern konnte die NPD kaum Prozente einstreichen (6,5%).

Versucht man das Wahlverhalten innerhalb Augsburgs in statistische Abhängigkeit zu regional bedingten Korellationsfaktoren zu stellen, so steht man vor dem Problem, dass sich hier selten eindeutige Abhängigkeiten erkennen lassen. Sowohl das Wahlverhalten als auch die soziale Struktur der Wahlbezirke mit gleichem Ergebnis für die NPD oszillieren zum Teil in hohem Maße und weisen in wenigen Fällen Gemeinsamkeiten auf. Das Ergebnis in den Augsburger Bezirken koinzidiert nicht mit der Stärke oder Schwäche einer der beiden großen Parteien. Die NPD ist sowohl in einzelnen Wahlbezirken mit hohem CSU- und niedrigem SPD-Stimmenanteil wie zum Beispiel im Rosenau- und Thelottviertel (CSU: 50,4%; SPD: 29,7% NPD: 10,2%) stark wie auch in Stadtteilen, in denen sich die Proportionen umkehren, wie etwa im Hochfeld (CSU: 32,7%; SPD: 49,9%; NPD: 10,0%) oder noch extremer in Siebenbrunn (CSU: 21,6%; SPD: 60,6%; NPD: 12,1%). Aber auch in solchen Vierteln, wo sich beide Parteien einigermaßen die Waage halten, konnte die NPD Erfolge erzielen; als Beispiel sei hier die nördliche Jakobervorstadt (CSU: 38,1%; SPD: 42,8%; NPD: 10,8%) genannt. Im Mittelfeld verhält es sich ähnlich, wenn auch nicht ganz so extrem. Das Georgs- und Kreuzviertel (CSU: 49,6%; SPD: 34,1%; NPD: 8,5%), das nördliche Oberhausen (CSU: 30,4%; SPD: 56,0%; NPD: 8,5%), sowie Links der Wertach, nördlich (CSU: 40,9%; SPD: 46,8%; NPD: 8,0%) sind gute Beispiele hierfür. Nähert man sich dem unteren Drittel, so hält der Trend zwar an, doch gibt es hier einige Besonderheiten: die Wahlbezirke Firnhaberan (CSU: 35,3%; SPD: 52,0%; NPD: 7,0%) und Bleich und Pfärrle (CSU: 41,2%; SPD: 44,6%; NPD: 7,0%) führen, allerdings wieder ein Stück moderater, die bereits beobachtete Genese fort. Allerdings fehlt ein Viertel mit extrem hohem CSU- und gleichzeitig niedrigem NPD-Anteil ganz; den größten Erfolg in der Kategorie der erfolglosen NPD-Wahlbezirke verbuchte die CSU in der südlichen Jakobervorstadt (CSU: 43,7%; SPD: 41,6%; NPD: 6,9%). Die SPD hatte in allen 10 Stadtteilen mit einem NPD-Stimmenanteil unter 8,0% stets mehr als 41,0% der Stimmen auf ihrer Seite. Dafür feierten sowohl die Sozial-, wie auch die Nationaldemokraten in Siebenbrunn (CSU: 21,6%; SPD: 60,6%; NPD: 12,1%) ihren größten Wahlerfolg. Die Wähler im zweiten starken SPD-Bezirk Bärenkeller (SPD: 60,6%; NPD: 7,9%) bewiesen hingegen größere Resistenz gegenüber der NPD.

Die hohen Verluste von GPD und FDP in Augsburg nähren die Vermutung, die rechtsextreme Partei verdankte, als einziger wirklicher Sieger dieser Wahl, einen großen Teil ihres Erfolges ehemaligen Wählern dieser beiden Parteien. Auf die einzelnen Wahlbezirke aufgeschlüsselt ergibt sich beim Vergleich der NPD und FDP

Ergebnisse folgendes Bild: Bereits unter den stärksten 6 NPD-Gebieten (mit über 10%) schwankten die FDP Ergebnisse zwischen 1,5% in Siebenbrunn und 8,3% in Spickel/Siebertischwald. Die Wähler in den Gebieten mit niedrigem NPD-Aufkommen zeigten auch relativ wenig Begeisterung für die FDP. In den 10 NPD-abgeneigtesten Wahlkreisen (unter 8% der Stimmen) konnte die FDP nur in zweien, nämlich in der südlichen Jakobervorstadt (NPD: 6,9%; FDP: 4,1%) und in Schafflerbach (NPD: 7,7%; FDP: 3,8%) Ergebnisse über dem Augsburger Durchschnitt erringen. In den übrigen 8 kommen die Liberalen lediglich auf Werte zwischen 1,6% und 3,3%. Bei der GPD kann man ähnliche Beobachtungen machen. Jedoch oszillierten die Prozentzahlen dieser Partei in den einzelnen Wahlbezirken nicht so enorm, wie dies bei der FDP der Fall war. Dies ist darauf zurück zu führen, dass das Hauptwählerpotential der GPD, die Ostvertriebenen, die in Augsburg etwa 15–20% der Bevölkerung stellten, recht regelmäßig über die Stadtviertel verstreut waren. Allerdings gab es drei Ausnahmen, nämlich Hochzoll, Firnhaberan und die Hammerschmiede, wo es kleinere Ansammlungen von Ostflüchtlingen gab. Hier hatte die GPD auch gute Ergebnisse [Hochzoll (NPD: 9,7%; GPD: 2,3%); Firnhaberan (NPD: 7,0%; GPD: 1,2%); Hammerschmiede (NPD: 7,8%; GPD: 1,7%)]. In allen anderen Stimmbezirken erreichte sie Prozentanteile von 0,4 bis 1,4. Firnhaberan und Hammerschmiede bilden in doppelter Hinsicht eine Ausnahme. Sie sind in der Kategorie der 10 Viertel mit dem niedrigsten NPD Ergebnissen aus beschriebenen Anlass die einzigen mit überdurchschnittlichem GPD Aufkommen. Die Übrigen kommen auf Ergebnisse von 0,4% bis 0,7%. Während sich im Mittelfeld (GPD: 0,6%–1,4% – ohne Hochzoll) keine besonderen Beziehungen zwischen NPD- und GPD-Ergebnissen erkennen lassen, haben die NPD-treuen Stadtteile (10,0 oder mehr Prozent) durchschnittliche bis hohe GPD Ergebnisse (0,8%–1,1%).

Schlüsselt man diese Wahlbezirke nach sozialen Gesichtspunkten auf, so lässt sich keine einheitliche Struktur feststellen. Sowohl Stadtteile, in denen primär der Mittelstand beheimatet war, etwa Innenstadt/St.Ulrich-Dom oder Spickel/Siebertisch gehören zu den NPD-Hochburgen, als auch einige die hauptsächlich von Arbeitern bewohnt wurden, wie zum Beispiel Hochfeld und die nördliche Jakobervorstadt, und solche mit gemischter bis kleinbürgerlicher Struktur, wie Siebenbrunn. Ein Prototyp des NPD-Viertels existierte nicht. Daraus lässt sich der Schluss ziehen, dass es den Rechtsextremen gelang, ein breites gesellschaftliches Spektrum anzusprechen, was insofern bemerkenswert ist, als die Parteien sich damals, im Gegensatz zu heute, noch eher als Vertreter einzelner Gesellschaftsschichten verstanden. Bei Durchblick der 10 ergebnisschwächsten Stadtteile fällt auf, dass hier in allen Vierteln vor allem Arbeiter, teilweise zusammen mit Angestellten und Kleinbürgern (Kriegshaber) zu Hause waren. Dies erklärt wohl auch die geringe Begeisterung für

FDP und GPD (mit Einschränkung) sowie die durchschnittlich bis erfolgreichen Ergebnisse der SPD. In den mittleren Breiten ist die Wählerschaft wieder bunt gemischt.

Geographisch betrachtet ergibt sich ein interessantes Bild: Es kristallisiert sich ein Kerngebiet der NPD-Wählerschaft im Süden/Südosten (Siebenbrunn; Spickel; Hochfeld) heraus. Die NPD-Begeisterung nimmt dann, mit erstaunlicher Regelmäßigkeit, Richtung Norden ab, wo sie ihren Tiefpunkt erreicht (Rechts der Wertach; Firnhaberau). Das Stadtzentrum bietet ein recht zerklüftetes Bild. Hier wechseln sich NPD-starke (Innenstadt/St. Ulrich-Dom; nördliche Jakobervorstadt) und mittelstarke Gebiete (Lechviertel/östl. Ulrichsviertel; Bahnhofs-/Bismarkviertel) mit mittelmäßigen (Georg- und Kreuzviertel; Stadtjägerviertel) wie schwachen (Bleich und Pfärle; südliche Jakobervorstadt) ab. Vergleicht man die so erstellte Stadtkarte mit einer, die die Wahlergebnisse der NSDAP aufzeigt, so stellt man eine gewisse Affinität zwischen beiden Karten fest. Besonders das *NSDAP-Kerngebiet* im Süden-Südosten weist, trotz unterschiedlicher Grenzsetzung der Wahlbezirke, einige Verwandtschaft mit den *NPD-Hochburgen* an selber Stelle auf. Dies nährt die Vermutung, dass es sich bei den NPD-Wählern um Menschen aus der NS-Erlebniserzeugung handelt, die früher bereits der NSDAP ihre Stimme gaben.

Unter den 6 Erfolgsbezirken der NPD sind sowohl Viertel mit hoher, wie mit niedriger Wahlbeteiligung (73,5%–79,5%) im Vergleich zum Augsburger Durchschnitt (78,3%) anzutreffen. Selbiges gilt für die 5 Stadtteile mit den schlechtesten Ergebnissen für die NPD (76,2%–79,4%). Im Vergleich zur Landtagswahl 1962 hat sich die Augsburger Wählerschaft um mehr als 7.000 Wähler vergrößert. Es darf angenommen werden, dass die NPD einige ihrer Wähler aus dieser Schicht gewonnen hat, da die hohen Stimmverluste von GPD und FDP auch zusammen mit den kleineren von SPD, BP und der kleinen Parteien (1962: 2,2%; 1966: 1,9%) bei erhöhter Wahlbeteiligung einen NPD Sieg in solcher Größenordnung alleine noch nicht ganz erklärt.

Aufgrund der hohen konfessionellen Durchmischung der Augsburger Stadtteile ist eine getrennte Analyse eines eventuell divergierenden Wahlverhaltens von Katholiken und Protestanten heute nicht mehr möglich.

Der Steckbrief, des durchschnittlichen Augsburger NPD-Wählers aus dem Jahre 1966 hätte ähnlich ausgesehen, wie der des bayernweiten Durchschnitts: als männlicher Vertreter aus der Erlebniserzeugung des Nationalsozialismus hat er aus Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien die NPD als Ventil seines Ärgers benutzt. Wie in Gesamtbayern, so hat sich auch in Augsburg ein gewisser Wähleranteil aufgrund der sozialen und innenpolitischen Turbulenzen des Jahres 1966, die unter anderem zur Bildung der großen Koalition in Bonn führten, an die „gute alte Zeit“, in der alles so einfach war, erinnert. Dieses Protestwahlverhalten aus Parteiverdross-

senheit zeigt, dass auch beim Augsburger Normalbürger eine gewisse Anfälligkeit für rechtsextreme Lösungsvorschläge existiert. Schlagworte, wie Arbeitslosigkeit und „Überfremdung“ spielten in einer Zeit, als ausländische Arbeitskräfte nach Deutschland importiert wurden, weil es mehr Arbeit als Arbeiter gab, allerdings kaum eine Rolle. Die NPD hat es verstanden als Sammlungspartei aufzutreten und bevölkerungsschichtenübergreifend Wähler anzusprechen. Viele dieser NPD-Wähler kamen aus der Couleur der Kleinparteienwähler, vor allem aus den Reihen von FDP und GPD. Die BP spielte dabei in Augsburg eine geringere Rolle, als in Restbayern. In kleinerem Umfang gaben SPD-Anhänger und wahrscheinlich auch einige CSU-Anhänger der NPD ihre Stimme. Ein weiteres Feld, welches die NPD abschöpfen konnte, war das der früheren Nichtwähler. Über die soziale Schichtung der Wahlbezirke mit gleichem NPD-Ergebnis lässt sich folgendes sagen: Im Oberang sind wie im Mittelfeld keine allgemeingültigen Aussagen möglich, während der untere Bereich mehr oder weniger in den Händen der Arbeiter ist. Auffällig an Augsburg ist das Ballungszentrum von NPD-Wählern im Süden/ Südosten, dort wo auch schon die NSDAP gute Ergebnisse erzielte. Eine herausragende Rolle spielte Augsburg beim NPD-Erfolg allerdings nicht. Zwar liegt das Augsburger Ergebnis sowohl über dem bayerischen (7,4%), wie dem schwäbischen (7,2%) Durchschnitt, tanzt aber in der Klasse der Großstädte mit seinen 8,5% nur geringfügig aus der Reihe. Der Triumph der Nationaldemokraten in größeren Städten wie Augsburg ist darauf zurückzuführen, dass dort die Bevölkerung optimal durch den Wahlkampf erreicht werden konnte. Dies verdeutlichen im übrigen auch die minimalen Ergebnisse der Rechtsextremen in den Anstaltsbezirken, dort wo kein Wahlkampf stattgefunden hat. Somit lag Augsburg voll im Trend der bayern- und bundesweiten der Hochphase der NPD in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre.

5.2 Bundestagswahl vom 28.9.1969

Die NPD-Wählerschaft und ihr Mitgliedertypus haben sich seit der Landtagswahl 1966 kaum verändert. Selbiges gilt auch für das Wahlverhalten.

Durch Folgendes drängt sich allerdings die Vermutung auf, dass die Bundestagswahl im Vergleich zur Landtagswahl von der Bevölkerung anders bewertet wird. Die Spitzenergebnisse der NPD in Augsburg – wenn man die beiden ebengenannten Wahlen vergleicht – differieren immerhin um 5,3% (Landtagswahl 1966: 12,1% in Siebenbrunn, Bundestagswahl 1969: 6,8% in der nördlichen Jakobervorstadt). Eine weitere Möglichkeit wäre auch, dass sich die Krise um die Führungsposition in der Partei und damit um die politische Ausrichtung bereits abzeichnet. Bundesvorstand war zu dieser Zeit Adolf von Thadden.

Die *Hochburgen* bei dieser Wahl sind im Vergleich zu 1966 dieselben geblieben: 1969 liegt mit 6,8% der Stimmen an erster Stelle die nördliche Jakobervorstadt

(1966: 10,8%), dicht gefolgt von Siebenbrunn mit 6,6% (1966: 12,1%). An dritter Stelle liegt das Rosenau- und Thelottviertel mit 6,5 % der Stimmen (1966: 10,2%), darauf folgt der Bezirk Innenstadt, St. Ulrich-Dom mit 6,1% (1966: 10,9%). Der Bezirk Spickel-Siebertschwald (1966: 10,7%) ist nicht mehr mit unter den Stadtteilen mit dem höchsten NPD-Wähleranteil. Er ist nur noch ein Bezirk unter 14, der zwischen 5 % und 6 % für die NPD lag. In den restlichen 13 Bezirken fällt das NPD-Ergebnis nie unter 4%. Allein in den Anstaltswahlbezirken erreicht die Partei nur 0,8% der abgegebenen Zweitstimmen. Auffällige Korrelationsfaktoren gibt es auch diesmal nicht. In dem Bezirk Innenstadt, St. Ulrich – Dom, wo die CSU über der SPD jedoch unter dem Stadtdurchschnitt liegt (CSU 46,1%, SPD 43,4 %) erzielt die NPD ihr vierthöchstes Ergebnis. In der nördlichen Jakobervorstadt dagegen, wo die beiden Volksparteien beide etwa in ihrem Durchschnitt liegen (CSU 46,7%, SPD 41,2%) wählten – verglichen mit dem Rest Augsburgs – die meisten Leute die NPD. In Siebenbrunn errang die NPD ihr zweithöchstes Ergebnis, jedoch war dort auch die SPD runde 20% über ihrem Durchschnitt und die CSU ca. 20% unter dem ihrigen (SPD 61,4%, CSU 25,9%). Im Rosenau- und Thelottviertel (NPD 6,5%) lag nun wieder die CSU mit 51,3% ungefähr 5% über dem Augsburger Durchschnitt, die SPD wiederum um die 9% darunter (33,9%). Man kann also sagen, dass zwischen dem Wahlverhalten der NPD-Wähler und dem der Wähler der Volksparteien kein Zusammenhang besteht. Das mag auch daran liegen, dass sich nach dem Zweiten Weltkrieg die Einteilung der Stadtviertel in Arbeiter- und Kleinbürgerviertel usw. langsam auflöste. Zur FDP bliebe zu sagen, dass sie in den vier stärksten Bezirken der NPD sowohl in etwa in (nördliche Jakobervorstadt 3,4%, Augsburg 3,7%) als auch über ihrem Durchschnitt liegt (Innenstadt, St. Ulrich – Dom 5,7%, Siebenbrunn 4,6%). Im Rosenau- und Thelottviertel liegt sie mit 6,6% sogar 0,1% über der NPD.

Die GDP liegt in den NPD-stärksten Bezirken unter ihrem Durchschnitt (0,3%) außer in Siebenbrunn. Dort liegt sie 0,2% darüber. Ihr stärkstes Ergebnis hatte sie im nördlichen Hochzoll (0,8%). Die NPD hatte dort 5,7%. Die relative Unabhängigkeit der GDP-Ergebnisse von den NPD-Ergebnissen lässt sich darauf zurückführen, dass die NPD selbst ein großes Spektrum der Vertriebenenpolitik abdeckt.

Abschließend bliebe zu sagen, dass die NPD von 5 % der abgegebenen Zweitstimmen für Gesamt-Augsburg über dem Bundesdurchschnitt lag und sie somit mit einem deutschlandweiten Ergebnis von Augsburger Größenordnung sogar in den Bundestag eingezogen wäre.

Die NPD-Wähler dieser Zeit einzig und alleine zu Protestwählern zu stigmatisieren, ist unserer Meinung nach zu einer Zeit der Vollbeschäftigung falsch. Die Angst vor „Überfremdung“ kann zu diesem Zeitpunkt auch noch keine bedeutende Rolle

gespielt haben, da damals die ersten Gastarbeiter – zuerst Italiener und Jugoslawen – „importiert“ wurden. Diese kamen noch dazu ohne ihre Familien und waren nicht in die deutsche Gesellschaft integriert, sondern lebten abseits, meist in Sammelunterkünften. Dieses Wahlverhalten lässt eher auf einen Großteil ideologisch-nostalgisch beeinflusste Wähler schließen. Wahlergebnisse wie diese zeigen, wie tief die alten Vorstellungen aus der Zeit des Dritten Reichs noch in der Bevölkerung verwurzelt waren.

5.3 Europawahl vom 18.6.1989

Die Europawahl machte aufgrund der Ergebnisse der REP (19,6%) in Augsburg von sich reden. Die DVU und die NPD traten zu dieser Wahl unter einem Bündnis mit dem Namen „DVU – Liste D“ an. Sie erreichten in Augsburg 1,2 % der abgegebenen Stimmen d.h. sie wurden von 1.345 Leuten gewählt. Die Wahlbeteiligung lag in Augsburg bei 60,1 %.

Exemplarisch kann man am Beispiel des Hochfelds die Wählerschaft und deren Motive ersehen: Das Hochfeld ist ein etwas heruntergekommenes Viertel mit vielen Wohnblocks im Einheitsstil, die Mieten sind billig. Im Augsburger Schnitt waren ca. 24% der Menschen über 60 Jahre, im Hochfeld dagegen waren es 31%. Ebenso lebten dort mit 14% relativ viele Ausländer (gesamt Augsburg 11,8%). Familien mit Kindern sind die Ausnahme, nahezu jeder zweite Haushalt wurde von Alleinstehenden geführt. Der kleinste Teil der Bewohner hatte einen höheren Bildungsabschluss, 51% verdienten ihr Geld als Arbeiter, etwas mehr als ein Drittel waren Angestellte. In so einem Milieu entstehen leicht Vorurteile und Hass, es werden leicht offensichtliche politische Unwahrheiten geglaubt und vertreten. Das führte dazu, dass jeder Vierte REP wählte. Eine 66-jährige Frau glaubte beispielsweise, dass *„die Jugoslawen schon mit Lastwagen zum Stehlen nach Deutschland kommen“*; sie hätte das *„aus der Zeitung“*. Eine Rentnerin war z.B. der Auffassung, dass *„alle Ausländer hier nur fressen und saufen“*; ein junger Mann fest überzeugt davon, dass *„alle Asylanten 1.500 DM pro Monat bekommen“*. Eine 66-Jährige glaubte, dass sich *„alle nur zu uns reinhocken“* und war weiterhin der Auffassung, dass *„die Polacken und die aus der DDR 1.400 DM Krankengeld (?) bekommen“* und dass sie *„ja blöd wären, wenn sie arbeiten würden“*.

Ausgehend hiervon lässt sich der Bogen zur Politikprominenz spannen: es wurde die Meinung vertreten, dass *„man es denen da oben mal zeigen müsse“*, dass *„die Großen“* alle *„in ihre eigene Tasche wirtschaften“* und sowieso alle *„korrupt“* und *„machthungrig“* seien. Aus diesem Sammelsurium dumpfer und hohler Phrasen spricht die Angst, selbst ins komplette soziale Abseits zu rutschen, im Gegensatz zu Fremden zu kurz zu kommen. Auch soziale Randgruppen werden für die eigenen Probleme verantwortlich gemacht und kratzen offensichtlich am deutschen Ord-

nungssinn: „*Penner*“ liefen hier angeblich in Massen herum, „die könnten doch arbeiten und leben vom Staat“. Aussiedler erhielten „*neben allen möglichen Vergünstigungen*“ auch umgehend eine Wohnung vom Staat. Ein 36-jähriger Kaufmann forderte „*Die könnten doch wenigstens ein paar Stunden am Tag was tun. Straßen kehren oder so ...*“. Alle eben genannten Gruppen werden weiterhin unter dem Begriff „*Unwürdige*“ subsumiert.²⁴

Allgemein lässt sich nun sagen, dass Anfälligkeit für rechtsextreme Forderungen nicht nur bei sozial Schwachen besteht, sondern sich durch alle Schichten gleichermaßen zieht. Ferner lässt dieses Wahlergebnis den Schluss zu, dass es sich bei den meisten Leuten um „*emotionale*“ Beweggründe gehandelt hat, nicht um klassisch rechtsradikale Überlegungen, da die Ostdeutschen und die Aussiedler nicht als „*Volksgenossen*“ betrachtet, sondern mit „*den Ausländern*“ in einen Topf geworfen werden. Ein weiteres Beispiel hierfür ist auch, dass das Hochfeld vorher die klassische SPD-Arbeiterviertel-Hochburg war. Eine 66-jährige Rentnerin gab an, 40 Jahre lang „*die Sozis*“ gewählt zu haben, aber die würden mit „*denen*“ (den Ausländern – Anm. d. Verf.) nicht mehr fertig.

Des weiteren ist auffällig, dass die REP in den einzigen zwei Stadtteilen, in denen die SPD höher in der Wählergunst lag als die CSU, zwei ihrer sieben Spitzenergebnisse hatte (Hochfeld CSU 29,2%, SPD 30,7%, REP 25,4% und Bärenkeller CSU 29,3%, SPD 34,1%, REP 23,8%). Ihr höchstes Ergebnis erzielten die REP in Oberhausen-Nord, einem Viertel, das eine ähnliche soziale Struktur wie das Hochfeld aufweist (25,7%). Im Bezirk Links der Wertach-Süd erzielten die REP 23,6%, die Volksparteien hielten sich nahezu die Waage (CSU 32,8%, SPD 27,6%). In Lechhausen-Süd errangen die REP 23,8% der Stimmen und lagen damit nur 1,5% hinter der SPD. Die CSU hatte dort 35,1%. Im Wolfram- und Herrenbachviertel, wo die Volksparteien in etwa in ihrem Schnitt lagen (CSU 35,3% – CSU-gesamt 37,8% – und SPD 26,3% – SPD-gesamt 25,0%) stimmten 23,6% der Wahlberechtigten für die REP. Ihr dritthöchstes Ergebnis erreichten die REP in Haunstetten-West mit 24,4% der gültigen Stimmen. Weiterhin erreichten die REP in 15 weiteren Vierteln zwischen 19,6% und 23,0%, lagen in diesen also über den Stadtschnitt (19,6%). In 11 weiteren Bezirken und bei den Briefwählern errangen sie zwischen 16,1% und 19,5%. Der bayernweite Schnitt betrug 14,9%.²⁵ In den verbleibenden acht Stadtbezirken fielen sie nie unter 12,4%. Allein in den Anstaltsbezirken erreichen die REP nur 4,5%. In absoluten Zahlen gesprochen, hatten die REP mehr Prozent der Stimmen als die SPD in ihren Hochburgen in einigen anderen Stadtteilen. Ein Vergleich mit der FDP erübrigt sich an dieser Stelle, da sie in allen Stimmbezirken weit unter den REP lag. Im Stadtschnitt erreichte die FDP le-

diglich 3,6% der abgegebenen Stimmen. Die REP waren bei der Europawahl 1989 drittstärkste Kraft in Augsburg. Des weiteren ist auffällig, dass es sich bei den REP-Hochburgen dieser Wahl nicht mehr um die klassischen NSDAP-Bezirke von 1933 handelt, wie es bei den NPD-Ergebnissen von 1966 und 1969 durchaus der Fall war. Das zeigt zum einen die relative Nähe der NPD-Wählerschaft 1966 und 1969 zur NSDAP, zum anderen legt es den Schluss nahe, dass es sich der Europawahl 1989 eindeutig um eine „*Denkzettelwahl*“ für die etablierten Parteien handelte. Das Wahlverhalten der Bevölkerung bei Europawahlen erscheint nahezu diametral im Vergleich zu nationalen Wahlen, da dem Europaparlament so gut wie kein Einfluss zugestanden wird, da es so weit abseits liegt und der Bevölkerungsdurchschnitt sowieso nichts von seiner Tätigkeit mitbekommt.²⁶

5.4 Stadtratswahl 1990 und weitere Wahlen bis 1998

1990 zogen die REP mit 10,0% in das Stadtparlament ein. Sie erhielten sechs Sitze. In den Kreistag zogen sie mit 7,6% der Stimmen ein. Diese Wahl stadtteilbezogen zu analysieren, wäre aufgrund der Verwendung von Listen sinnlos. Man müsste nachsehen, welche Platzierungen die verschiedenen Listenplätze in allen 43 Augsburger Wahlbezirken (darin enthalten Anstalts- und Briefwahl) erreichten.

Interessant an dieser Stelle ist jedoch die relative Stimmenabnahme von 9,6% im Vergleich zur Europawahl vom Vorjahr. Das dürfte wiederum an der Bewertung einer bestimmten Wahl durch die Bevölkerung liegen. Gleichzeitig markiert diese Wahl für Augsburg den Wendepunkt vom Aufstieg zum Niedergang der REP, der auch bundesweit nachzuvollziehen ist. In etwa um diesen Zeitpunkt setzten die Kontroversen um Schönhuber und seine DVU-Verbindungen ein. Es kam auch zur Spaltung in zwei Flügel, zum einen in den um Schönhuber-Gefolgsmann Hüttl und zum anderen in den von Gärtner, der eher Anhänger des späteren Parteivorsitzenden Schlierer war. Diese internen Querelen führten zu einer konstanten Abnahme der Stimmenanteile bei allen folgenden Wahlen. Erreichten die REP bei der Europawahl 1989 noch 19,6% der Stimmen, erhielten sie 1994 nur noch 8,9%. Das selbe ist bei den Stadtratswahlen zu beobachten: hatten die REP 1990 noch 10,0% der Stimmen, so errangen sie 1996 nur noch 2,8%. Der verhältnismäßig krasse Absturz ist eventuell auf die Arbeit der Stadtratsfraktion, die zahllosen Übertritte (Buhl), die Umbenennungen (REP / DSU-Fraktion) oder die Abspaltung der „*Freiheitlichen*“ zurückzuführen. Bei den Landtagswahlen 1990, 1994, 1998 sanken die Stimmenanteile der REP von 7,3% über 6,4% auf 4,3%. Bei den Oberbürgermeisterwahlen 1990 und 1996 hatte der REP-Kandidat Einbußen von 4,4% zu verbuchen (1990 6,2%, 1996 1,8%). Von der Bundestagswahl 1990 über die

²⁴ Zitate: AZ vom 10.1.1990

²⁵ Augsburger Allgemeine Zeitung (AZ) vom 20.6.89, S. 4

²⁶ Stadtteilanalyse: Zahlen aus einer Tabelle der AZ vom 20.6.89

von 1994 sanken die Ergebnisse der REP bis zur Bundestagswahl 1998 von 6,3% über 4,3% auf 3,1%.²⁷

Frappierend daran ist, dass sie sich genau wie die NPD nach ihrer Hochphase von 1966/1969 aufgrund interner Streitereien um Parteivorsitzende (vgl. NPD: von Thadden) und den daraus resultierenden politischen Kurs aus der öffentlichen Politik verabschiedeten.

6. CHRONOLOGIE

Als Quellen für diese bescheidene Chronologie dienten die Augsburger Allgemeine Zeitung, die Schwäbische Landeszeitung, die Politischen Berichte für Augsburg und Schwaben, Angaben der NPD, sowie das Buch „Die Protest-Chronik 1949-1959“ von Wolfgang Kraushaar, erschienen im Zweitausendeins-Verlag (1. Auflage, November 1996). Sie erhebt natürlich keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit.

- 28.4.45:** Die Amerikaner besetzen Augsburg. Die Hakenkreuzfahnen verschwinden fürs erste von den Dächern der Stadt.
- 3.2.47:** 6000 MAN Arbeiter und Angestellte treten in Augsburg in Proteststreik gegen das Bombenattentat, das auf den Vorsitzenden der Nürnberger Spruchkammer und Staatssekretär Camille Sachs, der sich in der Entnazifizierung engagierte, verübt worden war.
- 1949:** Der Augsburger Ortsverband der HIAG entsteht 3 Jahre vor Gründung der bundesweiten Organisation.
- 17.04.50/20.04.50:** Am 17.04 werden der ehemalige Oberleutnant Horst Bauernfeind und der frühere „Werwolf“-Angehörige Felix Achtelek vom Schwurgericht von der Anklage freigesprochen kurz vor Kriegsende den Tod mehrerer Penzberger Bürger verursacht zu haben. Ursprünglich waren sie zum Tode verurteilt worden. Auf einer Kundgebung vor dem Stadttheater protestieren am 20.4. 12.000 Menschen für

eine Revision des Verfahrens. An der von DGB, SPD, KPD, FDP und VVN organisierten Veranstaltung nehmen auch 3 Witwen der hingerichteten Penzberger teil, die eine Fahne, in die die durchschossenen Augenbinden ihrer Männer eingenäht sind mitführen. Die meisten Augsburger Industriebetriebe stellen für die Kundgebung ihre Arbeit ein; ebenso ruht der gesamte Straßenbahnverkehr. In seiner Rede äußert der SPD Bundestagsabgeordnete Valentin Baur zum „Penzberger Schandurteil“: „Mord bleibt Mord – auch, wenn er auf Befehl begangen wurde. Die Justiz ist dazu da, den anständigen Bürger vor den Mördern zu schützen und nicht die Mörder vor dem Zugriff der Gerechtigkeit zu decken.“ Die Versammelten verabschieden einen Appell, mit dem sowohl Landesregierung, wie auch Bundestag dazu aufgefordert werden, dafür Sorge zu tragen, dass Täter gemäß ihrer wirklichen Schuld zu bestrafen seien.

- 7.1.51:** 3000: Menschen treffen sich auf Initiative des Bundestagsabgeordneten der Bayernpartei Gebhard Seelos in Landsberg, um gegen die Vollstreckung der Todesurteile an den verurteilten deutschen Kriegsverbrechern zu demonstrieren. Es sprechen unter anderem der Bundestagsabgeordnete Richard Jaeger (CSU), der eine Umwandlung der Todesurteile in Gefängnisstrafen fordert, und der bayerische Landtagsabgeordnete Franz Michel. Dieser appelliert an das amerikanische Volk, Gnade walten zu lassen und dankt jenen Amerikanern, die sich für die Häftlinge in Landsberg eingesetzt haben. Während Seelos Rede kommt es zu Zwischenfällen. Etwa 300 jüdische Displaced Persons, die gerade eingetroffen sind, rufen: „Nieder mit den Mördern!“. Die Polizei schreitet ein und umkreist die Zwischenrufer. 3 von ihnen werden unter „Juden raus“-Sprechchören aus dem Publikum abgeführt. Unter Beifall setzt Seelos seine Rede mit den Worten fort, er wende sich gegen die „von den Nationalsozialisten an 5 Millionen Juden begangenen Verbrechen“, wie gegen das „unmenschliche Hinhalten der zum Tode verurteilten Nazis“.
- Tags zuvor hat der Zentralrat der Juden eine Resolution verabschiedet: „Der Zentralrat der Juden in Deutschland erinnert in der Stunde der Demonstration und der Appelle für die Landsberger Mörder daran, dass die Männer, für die Kirche und politische Parteien sich einsetzen, Massenmörder sind, die den Tod von Hunderttausenden auf dem Gewissen haben. Männer, die wie Ohlendorf, Pohl und Genossen nach einer erst jüngst abgegebenen Erklärung von höchster amerikanischer Stelle bis zu den Ellenbogen mit Blut besudelt sind, haben auf Gnade keinen Anspruch. Kein politischer Opportunismus rechtfertigt Nachgiebigkeit gegenüber brutalsten Gewaltverbrechern.“ Es befinden sich im Landsberger Gefängnis noch 465 Verurteilte aus den Dachauer und 85 aus den Nürnberger Prozessen. 28 von ihnen erwarten ihre Todesstrafe.
- 7.6.51:** In der Nacht zwischen 1 Uhr und 2.30 Uhr werden in Landsberg der SS-Oberführer Oswald Pohl, Rapportführer im KZ-Nebenla-

ger Mühldorf Georg Schallermeier, SS-Hauptscharführer vom Wachbatalion des KZ Buchenwald Hans Schmidt, SS-Brigadeführer Otto Ohlendorf, SS-Oberführer Erich Naumann und die SS-Standartenführer Werner Braune und Paul Blobel vom amerikanischen Militär gehenkt. Pohl wurde am 3. November verurteilt. Er war für die Zerstörung des Warschauer Ghettos und den Tod von mehr als 56.000 Juden zuständig. Schallermeier und Schmidt waren für zahllose Morde an KZ-Häftlingen verantwortlich. Ohlendorf, Naumann, Braune und Blobel befehligten die „SS-Einsatzgruppen“, welche im Rücken der Front operierten. Sie wurden wegen der Massentötung von Juden, Zigeunern und anderen Menschen am 10. April verurteilt. Vizekanzler Franz Blücher (FDP) und Finanzminister Fritz Schäfer (CDU) haben die Ehre, der letzten offiziellen Vollstreckung von Todesurteilen auf deutschem Boden beizuwohnen. Die zwei Regierungsvertreter kritisieren die Hinrichtung mit der Begründung, dass in Deutschland einem Land ohne Todesstrafe auch die Amerikaner keine Hinrichtungen mehr durchführen sollten. Die Washington Post kommentiert: „Die Farce, die die Bonner Regierung aus dem Fall gemacht hat, ist ein Skandal mit üblem Beigeschmack. Auf jeden Fall erfordert die Rolle, die Bundeskanzler Adenauer hierbei spielte, indem er einen auf unrichtigen Voraussetzungen beruhenden Gefühlsstreit aufbaute, eine genauere Untersuchung... Die wirkliche Erklärung ist, dass die Adenauerregierung mit dem neuen deutschen Nationalismus liebäugelt, der in Wirklichkeit ein Wiederaufleben des Nazismus darstellt ... Dass die Adenauerregierung die Extremisten unterstützt ... ist uns eine Warnung für einen sehr gefährlichen Kurs in Deutschland. Es ist höchste Zeit für Hochkommissar John McCloy, diesen Vorkommnissen Beachtung zu schenken.“

15./16.11.52: Die rechtsextreme Deutsche Gemeinschaft hält im Ludwigsbau einen Parteikongress ab. 300 Deligierte aus ganz Deutschland erscheinen. Zur Feier des Tages erklingen Fanfaren und die erste Strophe des Deutsch-

landliedes wird gesungen. Der Vorsitzende August Haußleiter meint in seiner Rede, das deutsche Volk neige nicht zum Radikalismus, es hätten schon übergroße Dummheiten gemacht werden müssen, um das „unrevolutionärste Volk Mitteleuropas“ zu radikalisieren. Die DG werde sich „niemals an den Kreuzzügen der Wallstreet oder an den Expansionskämpfen des Weltkommunismus beteiligen.“

22./23.7.56: Bei einem Monarchistentreffen in Aichach erscheinen statt der angekündigten 1.500 Teilnehmer lediglich 100 Personen, darunter nicht einmal die als Ehrengäste geladenen Otto von Habsburg und Prinz Louis Ferdinand von Preußen.

1.8.59: Die HIAG Augsburg plant an diesem Tag unter Mitwirkung ihres Bundessprechers Generalmajor a.D. Kurt „Panzermeyer“ Meyer ihr 10-jähriges Bestehen mit Musik und Tanz zu feiern. Auf Intervention des DGB hin kündigt der Wirt der Stadiongaststätte die Räume. Ein HIAG-Sprecher erklärt daraufhin, dass es an jenem Tag weder in Augsburg noch sonstwo in Bayern ein Treffen der HIAG geben werde. Allerdings findet ein mehr oder weniger geheimgehaltener „Kameradschaftsabend der örtlichen HIAG-Kriegsgemeinschaft“ im Riegele-Bräu-stüberl am Hauptbahnhof statt, der von 250-300 Gästen besucht wird. Neben „Panzermeyer“ tragen auch der erste Sprecher der hiesigen HIAG Willy Helfer, sein Stellvertreter Hans Axmann und der ehemalige Kommandeur der SS-Leibstandarte „Adolf Hitler“ Sepp Dietrich Reden vor. Letzterer erklärt, die HIAG-Gemeinschaft sei „nicht so leicht auseinander zu brechen.“ Sie ließe sich „nicht in die Gosse schmeißen“. Es sind auch Augsburger Vertreter anderer Soldatenverbände, zum Beispiel des „Stahlhelms“, der „Gesellschaft für Wehrkunde“, des „Traditionsverbandes ehemaliger Fallschirmjäger“ und des „Deutschen Soldatenbundes“ anwesend. Einzig die geladenen Bundeswehrvertreter sagen dankend ab. Das Treffen erregt auch überregional öffentliches Interesse.

30.12.59: In Allenberg werden 8 Gebäude, darunter die katholische Pfarrkirche sowie eine Christbaumschmuckfabrik, deren Besitzer jüdi-

scher Herkunft seien soll, von Unbekannten mit Hakenkreuzen und anderen nazistischen Emblemen beschmiert.

24./25.9.60: HIAG und Rotes Kreuz veranstalten zusammen ein Treffen, das über die Schicksale vermisster Kameraden Klarheit bringen soll. Zu dem Suchdiensttreffen werden ausschließlich die noch übrigen Angehörigen der II. SS-Panzerdivision „Das Reich“ aus dem ganzen Bundesgebiet eingeladen.

Anf. April 65: Emil Maier-Dorn, Mitglied im NPD-Parteivorstand, spricht anlässlich der Gründung des Kreisverbandes Augsburg-Stadt vor circa 100 Zuhörern. In seiner Rede greift er massiv die Bundesregierung an und lässt sich über die höhere Effizienz des Autobahnbaus und über die höhere gesellschaftliche Anerkennung von Soldaten im 3. Reich aus.

14.-16.05.65: Unbekannte verziern Ortsschilder, Häuser- und Garagenwände entlang der Straße zwischen Inningen und Kaufbeuren mit mehreren Dutzend Hakenkreuzen. Allein Kaufbeuren kommt auf einen Score von 10 Hakenkreuzen.

20.11.66: Mit 7,4% zieht die NPD in den bayerischen Landtag ein. In Augsburg erreicht sie 8,5%.

10.4.67: Monsignore Morgenschweis, päpstlicher Hausprälat und ehemaliger Gefängnispfarrer von Landsberg, sagt seinen Vortrag „Wahrheit und Gerechtigkeit“ auf einer NPD-Versammlung in Augsburg auf Wunsch von Bischof Dr. Stimpfle ab.

Anf. Sep.68: Die NPD-Abordnung singt auf dem Westfriedhof die 1.Strophe des Deutschlandliedes bei Feierlichkeiten zum „Tag der Heimat“.

28.10.68: Ein einzelnes Hakenkreuz, an ein Geschäft in der Konrad-Adenauer-Allee gemalt, erregt damals noch öffentliches Aufsehen. Die Augsburger Allgemeine widmet der Schmiererei einen ganzen Artikel.

Mitte Jan. 69: Die Mitglieder von vier NPD-Kreisverbänden wählen in Gersthofen den 69 Jahre alten Direktor Paul Damm aus Augsburg zum Bundestagskandidaten für den Wahlkreis Augsburg-Land.

10.4.69: Stellvertretender Bundesvorsitzender und Fraktionschef der NPD Dr. Pöhlmann

spricht im Saalbau „Neustadt“ in Lechhausen zu dem Thema „Sicherheit durch Recht und Ordnung“. Unter den 400 Teilnehmer sind vor allem Mitglieder von SPD, DKP, Gewerkschaften, und dem Republikanischen Club, weshalb die Veranstaltung zur Saalschlacht wird!

26.9.69: Bei der Bundestagswahl scheidet die NPD mit 4,3% nur knapp am Einzug in den Bundestag. In Augsburg erreicht sie 4,3% der Erst- und 5,0% der Zweitstimmen. Während des Wahlkampfes werden über 400 NPD Plakate zerstört, sowie NPD-Wahlhelfer attackiert.

17.9.69: Der Parteivorsitzende der NPD Adolf von Thadden spricht auf einer Kundgebung auf dem Elias-Holl Platz hinter Panzerglas. Während 300 Gegendemonstranten versuchen, die Veranstaltung zu stören, findet auch auf dem Rathausplatz eine von 2.500-3.000 Menschen besuchte Gegendemonstration statt, nachdem eine DGB-Kundgebung auf selbigem Gelände schon im Vorfeld verboten wurde. Bei Zusammenstößen werden 5 Polizisten verletzt.

Ende Juli 70: Der NPD Abgeordnete und Geschäftsführer seiner Partei im bayerischen Landtag, Helmut Heinze (32), bewirbt sich um die Position des Polizeipräsidenten von Frankfurt. Er ist von Beruf Polizeibeamter in Gersthofen und Sprecher seiner Fraktion für Sicherheitsfragen im Landtag.

Sept. 70: Bundeskanzler Brandt besucht das AZ-Haus. NPD-Mitglieder organisieren eine Demonstration dagegen, welche nicht angemeldet wird. Die mutmaßlichen Organisatoren werden freigesprochen, da ihnen nichts bewiesen werden kann.

19./20.12.70: Nach einer Weihnachtsfeier der NPD kleben Plakate mit der Aufschrift „Volksverräter an die Wand – Widerstand“ an einigen Gebäuden im Stadtgebiet, darunter auch am AZ-Haus. Die Täter, die auch das DGB-Haus um einige Scheiben mit Ziegelsteinen erleichtern, werden gefasst.

1971: Die Augsburger JN gründet sich. Sie besteht bis in die Mitte der 80er Jahre, als sie sich aus Mitglieder-mangel wieder auflöst.

Anf. Jan. 72: Der NPD-Kreisverband Augsburg-Land löst sich aufgrund parteiinterner Ausein-

andersetzungen auf. In Augsburg-Stadt gibt es einige Austritte von Funktionären. Streitpunkt ist die damalige Ostpolitik der Regierung.

11.5.73: In der Gaststätte zum Ochsen in Bobingen spricht Karl Feitenhansl, der Bundesgeschäftsführer der NPD zum Thema „Die Genossen Kapitalisten“ über den „Funktionärskapitalismus“ prominenter SPD- und Gewerkschaftsmitglieder.

Juni 74: Die AZ findet heraus, dass auch in Augsburg Trödler und Antiquare mit Hitlerbüsten und rechten Emblemen Handel treiben. Der Kommentator eines Händlers: „Wenn ich so etwas hereinbekomme habe ich schon meine Stammkunden dafür...man muss halt wissen, wem man so etwas gibt.“

17.8.76: Vor den Toren der Firma Höchst in Bobingen versuchen zwei türkische Linke die Arbeiterzeitung „Gercek“ (Wahrheit) zu verkaufen. Dabei werden sie von 15-20 türkischen Nationalisten überfallen. Diese schlagen mit Stöcken und Ketten auf die Zeitungsverkäufer ein. Der Pfortner ruft die Polizei um Hilfe, welche auch sogleich kommt und die 2 linken Türken festnimmt. Auf dem Bobinger Polizeirevier werden beide vollständig entkleidet und eine Leibesvisitation durchgeführt. Nach der Feststellung der Personalien wird der eine wieder entlassen. Der andere kommt erst nach 44 Stunden und einer Kaution von 800 DM frei.

Mitte Juni. 77: Der Augsburger Polizeibeamte Theodor Mehling ist Initiator eines Motorradfahrer-Treffens im fränkischen Hafenlor. Die 30-50 Teilnehmer sollen nach Aussage des Hafenloher Bürgermeisters Georg Engelhardt mit Stahlhelmen, Hakenkreuzflaggen, brennenden Fackeln und Nazigegröl durch das Örtchen gezogen sein. Der von besorgten Bewohnern alarmierten Polizei hätten sie entgegengerufen: „Ihr steht auf der schwarzen Liste; ihr werdet abgeknallt.“

Mitte Juli 77: In Hochzoll/Süd und Friedberg/West werden über mehrere Tage verteilt einige Autos mit Hakenkreuzen verziert oder gleich angezündet. Am 21.06.77 wird eine Garage in Brand gesteckt.

7.10.78: 1.000 Menschen demonstrieren gegen

- eine Kundgebung des NPD-Kreisverbandes im Rathaus mit dem Landesvorsitzenden Walter Bachmann.
- 24.11.78:** Im Schnapperbräu referiert der Bundesvorsitzende der „Aktion Neue Rechte Deutschösterreichs“ Dr. Bruno Haas aus Wien über das Thema: „Deutschland ist größer als die Bundesrepublik“. Die Veranstaltung wird von JN und NHB organisiert.
- 22.7.79:** Im Mozartsaal der Kongresshalle findet der Landesparteitag der NPD statt. 600 gehen dagegen auf die Straße.
- 18.12.79:** Im Interview mit der AZ äußert der Augsburger Polizeipressesprecher Bernd Brachert, der Polizei seien keine in der Lechstadt aktiven rechtsradikalen Gruppen bekannt. „Die NPD und ihre Jugendorganisation „Junge Rechte“ bezeichnen wir als rechtsstehend.“ (Kleine Anmerkung: egal ob rechtsstehend oder rechtsradikal, die NPD-Jugendorganisation heißt auch zum damaligen Zeitpunkt schon „Junge Nationaldemokraten“ (JN) und nicht „Junge Rechte“).
- Mitte Nov. 80:** Vor dem Amtsgericht München wird ein 53-jähriger Stadtberger Sammler von Nazi-Relikten zu einer Strafe von 2.000 DM verurteilt. Er hatte einige „Nostalgiegegenstände“ mit Hakenkreuz, wie zum Beispiel einen SS-Dolch, über ein Münchner Auktionshaus versteigern lassen. Einige Gegenstände hatte er einem Nachbarsjungen, der damit spielte, abgekauft. Der Sammler hätte nicht gewusst, „dass man Gegenstände mit dem fraglichen Emblem nicht herumzeigen oder damit spazieren gehen dürfe.“
- 22/23.11.80:** Diesmal veranstaltet die NPD ihren Bundesparteitag in Augsburg. Zur Gegendemonstration kommen 10.000 Menschen
- 25.3.81:** Im Rahmen einer bundesweiten Aktion durchsucht die Polizei auch in der Stadt Augsburg 2 Wohnungen und 1 im Landkreis. Es werden dabei mehrere verbotene rechtsradikale Zeitschriften und antisemitische Rundbriefe gefunden. Die Polizei war über die Bezugslisten eines rechten Verbandes auf die 3 Personen aufmerksam geworden.
- 4.5.81:** Die Hilfsgemeinschaft „Freiheit für Ru-

- dolf Hess“ veranstaltet in der Kongresshalle eine Kundgebung anlässlich des 40-jährigen Jubiläums des Hess-Fluges nach Schottland vom Flugplatz Haunstetten. Die politischen Hintergründe dieses Fluges sind immer noch nicht vollständig geklärt. Vor 500 Besuchern protestierte Sohn Wolf Rüdiger Hess gegen die „unmenschliche Haft“ seines Vaters in Spandau. Der Rechtsanwalt Alfred Seidl, CSU-Landtagsabgeordneter und bis 1978 bayerischer Innenminister, schildert seine Bemühungen zur Freilassung des ehemaligen Hitlerstellvertreters. Ein kleines Grüppchen Gegendemonstranten erregt kaum Aufsehen, im Gegensatz zu 50 spanischen Faschisten, die in uniformähnlicher Tracht und mit „Rudolf Hess Libertad“-Abzeichen zu einer Gedenkminute für den „größten Märtyrer unserer Zeit“ und „Beispiel für die Jugend in Europa“ versammeln. Sie werden erst in die Halle eingelassen, nachdem sie ihre nach Ansicht der Polizei „paramilitärische Uniformierung“ durch Jacken „zivilisieren“.
- 6.6.81:** Ein von der NPD geplanter Infostand erregt beim DGB erhebliches Aufsehen.
- 27.1.82:** Die Verbotungsverfügung der „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit“ (VSDB/PdA) wird dem Vorsitzenden Friedhelm Busse im Landsberger Gefängnis zugestellt. Busse war am 21.10.81 in München verhaftet worden. In Schwaben, Nieder- und Oberbayern werden mehrere Wohnungen von Funktionären der Partei durchsucht.
- 10.2.84:** Ein Rentner wird zu einer Geldstrafe von 1.800 DM verurteilt. Der 72-jährige Augsburger hatte durch die Zeitung erfahren, dass eine Schülerin des Lindauer Gymnasiums an einem Aufsatz zum Thema „Alltag im Nationalsozialismus“ arbeitete und hatte ihr daraufhin, nach eigenen Angaben um „das Mädchen auf[zuklären und ihm [zu] ermöglichen sich ein ausgewogenes Bild von der tatsächlichen Lage zu machen,“ „das was die Medien seit Kriegsende verschweigen“ unter dem Pseudonym Aron Silberstein zugeschickt. Da es sich dabei aber um rechtsextreme und antisemitische Schriften handelte, wird der Mann wegen Volksverhetzung vom Augsburger Landgericht

- belangt.
- Juli. 84:** Unter Vorsitz der 61-jährigen Julika Leinewetter wird der Bezirksverband Augsburg der Republikaner gegründet.
2. Stellvertreterin wird die frühere Vorsitzende der Frauenunion Mering Etha Schallmeier. Klaus Taschner, ebenfalls Ex-CSU, bekommt den Posten des Nachwuchsbeauftragten.
- Anf. Okt. 84:** Bei seinem ersten Auftritt in Augsburg fordert Franz Schönhuber vor 120 Zuhörern eine „Generalamnestie im Zusammenhang mit den Naziverbrechen“. Julika Leinewetter erklärt: „Wir wollen kein Ausländerstaat werden, wir wollen Deutsche bleiben“.
- 25.11.84:** Am Totensonntag trifft sich die „Wiking Jugend“ auf dem Landsberger Gefängnisfriedhof, um den hingerichteten Kriegsverbrechern zu gedenken. 60 „Wikinger“ aller Altersgruppen kommen. Es wird ein Kranz mit der Aufschrift: „Heil Euch! Die Wiking Jugend!“ niedergelegt.
- Mitte Jan. 86:** Bezirksvorsitzende Julika Leinewetter tritt mit einigen anderen Augsburgern aus den Republikanern aus weil unter Schönhubers Führung „eine demokratische Diskussion nicht möglich ist“.
- Herbst 1986:** Die NPD verzichtet auf den geplanten Bundesparteitag in Augsburg, da sie die Belegung der Halle nicht vor einem Gericht durchprügeln will.
- 3.12.86:** Nach massiven Protesten von 40 Gruppierungen und Einzelpersonen (u.a. DGB, Einzelpersonen von SPD, Grüne) sagt die Uni einen Vortrag des Kulturrats der Bonner Botschaft Südafrika Prof. Dr. Daniel Morkel ab. Der Vertreter des Apartheidsregimes sollte dort einen Vortrag über den „Wandel in Südafrika“ halten.
- 21.11.87:** Zum Wahlkampfauftakt sprechen vor 300 Menschen Franz Schönhuber, sowie das REP-Kreisvorstandsmitglied Siegfried Winkler, der ein „Zuviel an Vergangenheitsbewältigung“ feststellt.
- 15.01.88:** NPD-Präsidiumsmitglied Heinz Vorsatz spricht in der Spinnereiwirtschaft Pfersee, Käntnerstr. 8. Vorsatz nimmt dabei auch zur Klage der Partei gegen die Stadt Augsburg Stel-

- lung. Die Stadt verweigert den Rechtsextremen, einem politischen Grundsatzbeschluss aus dieser Zeit, der die Aussperrung der NPD aus städtischen Einrichtungen zum Ziel hat, folgend, das Nutzungsrecht der Kongresshalle für ihren Europakongress. Obwohl die Stadt laut dem Augsburger Verwaltungsgericht dazu verpflichtet ist, der NPD die Halle zu vermieten, findet weder der Europakongress noch ein für 1987 geplanter Parteitag statt.
- 26.4.88:** Das Augsburger GDO-Mitglied Konrad Hofmann handelt sich eine Anzeige wegen Amtsmaßnahme ein, als er bei der Einreise aus Österreich seinen Diplomatenausweis der „Verinigten deutschen Länder des Deutschen Ostens im Deutschen Reich“ (VLDO) vorzeigt. Die Anzeige wird bald wieder fallengelassen. Es folgt jedoch ein längerer Briefwechsel zwischen Hofmann, der seinen „Diplomatenpass samt klappbarer Klarsichthülle“ wiederhaben will und der Grenzpolizei, bis er schließlich glücklich beides wieder in Händen hält. Für die Nachwelt festgehalten wurde das ganze im Dokument „Diplomatenpass“, das bei der GDO bestellt werden kann.



- Juni 88:** 7 Nazi-Skins randalieren vor dem Flüchtlingsheim in der Göggingerstraße. Da die Türen des Heims abgeschlossen sind, kommt es nur zur Gewalt gegen Sachen. Die Skinheads werden später gefasst und wegen Hausfriedens-

bruch und Sachbeschädigung verurteilt.

22.10.88: Auf dem Bezirksparteitag in Königsbrunn beschließen die Republikaner unter Bezirksvorsitzenden Siegfried Winkler, dass der Schwerpunkt des kommunalpolitischen Engagements in Augsburg liegen soll. Hier wollen die Republikaner mit einer eigenen Liste bei den Kommunalwahlen antreten. Außerdem wollen sie für die Stadtratswahlen in Gersthofen und Neusäß den Augsburgers und Aichacher Kreistag kandidieren, „um den Kreis um Augsburg zu schließen“.

Anf. Feb. 89: Anton Knipfer der Sohn von FBU-Chef Hermann Knipfer wird auf der Republikaner-Liste kandidieren.

20.3.89: Nachdem sämtliche Augsburgers Festwirte sich weigern, den REPs ihr Bierzelt zur Verfügung zu stellen, spricht Schönhuber in Reutern vor einem begeisterten Publikum in dem überfüllten Bierzelt der Holzwinkler Musikanten. Von den 300 Zuhörern muss die Hälfte draußen bleiben, weil im Zelt kein Platz mehr ist. Im Zelt fallen Worte wie: „die SPD will mit den Türken gegen Deutschland regieren“.

1.4.89: Zu einer DVU-Kundgebung im Rahmen der Europawahl im großen Saal der Kongreßhalle kommen 1.400 Besucher und 3.000 Gegendemonstranten. Die Stadt verlangt 200.000 DM Kautions als Sicherheitsprämie für die Halle. In der Halle selbst werden rechts-extreme Utensilien, teilweise mit Hakenkreuzen verkauft. Darauf hingewiesen, stellt die Polizei lediglich die Personalien der Nachrichtenüberbringer fest. Das Bundesvorstandsmitglied der Deutschen Nationalzeitung, Bruno Wetzel, kündigt an, an der OB-Wahl in Augsburg teilzunehmen.

11.5.89: Nachdem die Eissporthalle den REPs verwehrt bleibt, spricht Schönhuber in der Sporthalle vor 3.000 Leuten. Die Polizei verhindert eine Schlägerei, nachdem REP-Ordner gegen Gegendemonstrationen vorgehen. 7 Leute werden bei den Tumulten verhaftet. Ein Ordner bekommt eine Strafanzeige wegen Körperverletzung

Anf. Juni 89: Die Vorwürfe der CSU, der Landratskandidat für Aichach/Friedberg der REP

habe über die Juden gesagt: „es ist mir egal, was vor 50 Jahren passiert ist“, erweisen sich als falsch. Modlinger tritt allerdings Mitte Juni, nachdem Republikaner-Geschäftsführerin Centa Hirsch sein Wahlergebnis von 10,8% als zu niedrig bezeichnet hatte wegen „Hintenrumgeratsche“ in der Partei aus.

8.6.89: Auf einer DVU-Veranstaltung zur Europawahl im Ziegleraal in Aichach spricht Gerhard Frey vor 260 Zuhörer. Vor dem Saal sammeln sich 150 Gegendemonstranten.

18.0.89: Bei der Europawahl erlangen die Republikaner mit 19,6% einen fulminanten Wahlerfolg in Augsburg. NPD und DVU kommen im Bündnis auf 1,2%.

Mitte Juli 89: Bei einer Tagung in Augsburg stimmt der schwäbische Bezirksverband der Rückkehr des Parteimitbegründers Ekkehard Voigt zu den REP zu.

16.9.89: Im Gegensatz zur REP-Veranstaltung auf dem Martin-Luther-Platz wird ein antifaschistischer Infomarkt unter dem Motto „Keine Faschisten ins Rathaus“ nicht genehmigt.

26.9.89: In Königsbrunn entsteht unter Ex-CSU Mann Alfred Teichner ein REP-Ortsverband. Vor dem Gründungsort, dem Hotel Zeller, sammeln sich einige Gegendemonstranten.

23.11.89: In Mittelstättten wird Frank Mayer zum REP-Vorsitzenden des Landkreis Augsburg-Süd gewählt.

Anf. Dez. 89: Ein 22-jähriger Jugendlicher, dem auf der REP-Veranstaltung im Mai ein Messer mit einer 10 cm langen Klinge abgenommen wurde, erklärt vor Gericht: „Ich versuche völlig gewaltfrei zu leben“. Das Gericht kauft ihm sein Unwissen ab und setzt eine Strafe von 400 DM für das „Brotzeitmesser“ fest.

Mitte Dez. 89: In der Stadthalle Augsburg werden die Kandidaten der eigenen Liste der REPs für Augsburg Land zur Kommunalwahl vorgestellt.

Mitte Dez. 89: Die kurze Amtszeit des REP-Vorsitzenden Landkreis Augsburg-Süd Frank Mayer beendet dieser selbst mit seinem Parteiaustritt. Mayer war erst 3 Wochen in sein Amt gewählt worden. Als Grund gibt er an, dass ihm die Aufnahme von Ex-CSUlern auf die Liste der REPs stören. Ebenfalls tritt der Schwab-

münchener Ortsvorsitzende Adolf Schober aus Kritik am „inneren Machtkampf“ und „Filz“ aus.

Anf. Jan. 90: Im Wahlkampf wirft die CSU dem Gablinger Bürgermeister Pius Kaiser (CSM) vor, er habe versucht in Gablingen einen Verband der Republikaner aufzuziehen. Kaiser, früher selbst CSU, stellt seinen früheren Parteigefährten ein Ultimatum die Anschuldigungen zurückzunehmen, sonst wolle er seinen Rechtsanwalt einschalten.

26.1.90: Auf einer Veranstaltung der REPs im Grünen Kranz bezeichnet Harald Neubauer, bayerischer Landesvorsitzender, den Bundespräsidenten Weizsäcker als „personifizierte Kummerkasten für inhaftierte Terroristen“. Hüttl äußert zur ablehnenden Haltung der Partei zum Ausländerwahlrecht, dass sich die Republikaner „schützend vor die Ausländer stellen und sie davor bewahren als Stimmvieh misbraucht zu werden“. In den Redepausen unterhalten die Faschingsgesellschaften Hollaria und FFC die Rechtsextremen. Der REP-Ordner Günter Götting fällt dadurch auf, dass er sich auf die Anfrage eines Gegendemonstranten hin mit seinem Polizeiausweis ausweist und den Demonstranten daraufhin durchsucht. Diesem Verhalten folgt eine Prüfung des Polizeipräsidiums Schwabens auf „Verquickung von Amt und Partei“.

18.3.90: Die Republikaner erringen bei der Kommunalwahl mit einem Stimmenanteil von 10% sechs Mandate im Augsburgers Stadtrat. Vier der sechs Stadträte sind Polizeibeamte. Als neue Fraktion bekommen die Republikaner auch einen Sitz im Ausländerbeirat.

Anf. Mai. 90: Albert Teichner wird in Bobingen vor 24 Leuten zum REP Landtagskandidaten gekürt. Die Veranstaltung war aus Angst vor Gegenaktionen unangekündigt gewesen

Anf. Mai. 90: Der Stellvertretende REP-Vorsitzender des Kreisverbandes Augsburg-Land Robert Watson tritt aus. Damit kommt er Disziplinarmaßnahmen der Partei zuvor. Watson hatte die Aussage Glassauers „die Polen sind zu faul zum arbeiten“, kritisiert. Somit verbleiben 4 REPs im Kreistag.

Mitte Mai. 90: In der wahlkampffreien Zone auf dem Rathausplatz angebrachte REP-Plakate werden von der Stadt entfernt.

24.6.90: Nach den parteiinternen Querelen sagen die Schönhuber-treuen Augsburgers Republikaner den Landesparteitag in Neusäß eigenmächtig ab.

3.7.90: Die Nationale Offensive wird in Augsburg gegründet.

4.8.90: Der Augsburgers Wolfgang Hüttl wird bayerischer Landesvorsitzender der REPs.

24.8.90: Die beiden REP-Kreisräte Albert Teichner und Hermann Gumpert treten aus ihrer Partei aus und sogleich zu Hermann Knipfers „Augsburgers Bürger Union“ über. Sie tauchen nun auch auf Listen der ABU zur Landtagswahl als Direktkandidat für Augsburg Land-Süd beziehungsweise als Listenkandidat für den Landtag auf. Kurz später wird von ihnen die „Partei Deutscher Demokraten“ gegründet.

Anfang 91: Der stellvertretenden Bundesvorsitzende der NO Constantin Mayer zieht von Diedorf nach Dresden und betätigt sich nun dort für seine Gruppe. Der frühere Vorsitzende des FAP-Kreisverbandes Mayer ist unter anderem der Herausgeber der rechten Postille „Der Stiefelträger“ und des Faltblattes „Der Sturm-mann“.



- Jan. 91:** Ein Antifa wird beim Aufkleberentfernen von drei rechten Skins mit einem Knüppel attackiert. Er wusste sich jedoch zu helfen.
- 1991:** Im Ulrichsviertel werden gezielt Autos von Ausländern beschädigt.
- 2./3.2.91:** Auf dem Bundesparteitag der REPs in der Schwabenhalle brechen die Streitereien um Vorsitzenden Schönhuber wieder auf. Von 825 geladenen Funktionären erscheinen 550. Vor der Halle stehen 5 Gegendemonstranten.
- 14.2.91:** Aus Protest gegen die Wiederwahl Schönhubers zum Bundesvorsitzenden treten beide Neusäßer REP-Stadträte, Harald Scherer und Johann Striebel, zurück
- Anf. Feb. 91:** Der Kreisvorsitzende Augsburg-Land der Republikaner Otto Schmidt tritt zur CSU über. Als Grund nennt der Gerthofer Stadt- und Kreisrat den rigiden Führungsstil Schönhubers. Nach seinem Ausscheiden bleibt Hermann Bauer aus Meitingen als einziger von ursprünglich 5 Republikanern im Kreistag seiner Partei erhalten.
- März 91:** Bei einer Schlägerei zwischen 10 rechten Skins und 4 Türken ziehen sich mehrere Beteiligte Körperverletzungen zu.
- Mitte März 91:** Kurz nach dem Rücktritt des Landsberger REP-Vorsitzenden Detlef Piczewicz folgt nun auch sein Nachfolger Christian Ortleb seinem Beispiel.
- Mitte März 91:** Auf dem Parteitag des Bezirksverbandes Schwaben der REPs begrüßt Hüttl ausdrücklich die Parteiaustritte der äußersten Rechten um Glassauer und Neubauer. Johann Gärtner aus Kissing wird in seinem Amt als geschäftsführender Bezirksvorsitzender bestätigt.
- 17.5.91:** Die Stadtratsabgeordneten der Republikaner Edmund Buhl und Siegfried Kapfert verlassen die REPs. Mit ihrem Übertritt zu Knipfers „Freier Bürger Union“ bekommt nun dessen Fraktion die Sitze in den Gremien der Stadt, die bisher die Republikaner inne hatten.
- 28.5.91:** Edmund Buhl tritt aus den Republikanern aus.
- 23.7.91:** In einer Neusäßer Kneipe findet eine Veranstaltung mit David Irving unter dem Motto „Freiheit für Schwammberger“ statt. Dieser NS-Kriegsverbrecher wurde von Argentinien ausgeliefert; anschließend fand sein Prozess in Stuttgart statt. Initiator der Veranstaltung war die NO.
- 3.8.91:** Der Schönhuber-treue Wolfgang Hüttl wird auf dem REP-Parteitag in München zum bayerischen Landesvorsitzenden gewählt.
- 19.9.91:** Auf einem Diskussionsabend im Grünen Kranz über die „allgemeinen Ursachen und Auswirkungen der Asyl-Problematik“, unter Leitung der REP-Stadträte Steinböck und Hüttl, wird die Gründung einer Bürgerinitiative beschlossen.
- 8.10.91:** Die Bürgerinitiative (BI) gegen die Überbelegung des geplanten Asylheims in der Wartburgerstraße gründet sich unter Vorsitz des kaufmännischen Angestellten Adolf Gareis. 70 Anwesende wählen neben dem letzten Mieter im künftigen Asylheim, der ehemaligen Gaststätte zu den Linden, den Republikaner Wolfgang Hüttl zum Stellvertreter.
- Nov. 91:** Die Augsburgs Polizei durchsucht einige Wohnungen von Personen aus dem NO-Umfeld und nimmt dort einige Schachteln von NO-Material (vor allem Aufkleber). Nach Angaben der Polizei wird geprüft, ob die Aufkleber strafrechtlich einwand frei sind.
- 15.11.91:** Nach einer REP-Demonstration in München gegen das schlechte Bild der Partei in den Medien spricht Schönhuber am Abend im Grünen Kranz in Lechhausen unter großem Beifall der 300 Anwesenden. Vor der Wirtschaft skandieren approxima 80 Leute „Nazis raus!“. Zum Abschluss überreicht die Faschingsgesellschaft „Hollaria“ Schönhuber ihren „Sempre-Roma-Orden“.
- Mitte Nov. 91:** Der Faschingsprinz der Hollaria Volker Brosch tritt wegen des Auftritts der Faschingsgesellschaft bei der Schönhuberveranstaltung zurück. Der Exprinz will keine „Vermengung von Fasching und Politik“.
- 29./30.11.91:** Vor der Hindenburgkaserne werden 2 Flüchtlinge von Faschoskins überfallen
- 14./15.12.91:** Ein 16-jähriger Skin greift 4 irische Bauarbeiter mit Pfefferspray an. Nach einer kleinen Jagd flüchtet er sich zur Polizei, mit der Begründung, diese solle ihn vor den gefährlichen Ausländern schützen. Das Ereignis steht im Zusammenhang mit mehreren Vorfällen, die sich um die Szenekneipe „Sonne“ ereigneten.
- 5.12.91:** Polizeichef Pfrogner sagt in der AZ: „wir haben die [rechte] Szene im Griff, sind aber wachsam.“ Seinen Angaben zufolge hat es zwischen der Polizei und Verantwortlichen im rechten Lager sowie mit Naziskins „Einzelgespräche“ gegeben, um „sie von evtl. gesetzwidrigen Aktionen abzuhalten.“ Pfrogner habe „auch den persönlichen Eindruck gewonnen, dass diese Personen das jetzt wissen und sich danach richten.“
- Mitte März 92:** Die Staatsanwaltschaft stellt das Verfahren wegen Veruntreuung von Spenden gegen die REP-Funktionäre Hüttl und Steinböck ein. Das Verfahren war von dem Ex-Republikaner Edmund Buhl kurz nach dessen Übertritt zur FBU ausgelöst worden. Hüttl und Steinböck hatten Spenden lediglich zu ihrem persönlichen Wahlkampf verwendet, was laut Staatsanwaltschaft zulässig ist.
- 19.3.92:** Im „Grünen Kranz“ in Lechhausen findet eine NO-Gedenkfeier mit Auschwitzleugner David Irving zum Thema „Bomben auf Dresden“ statt. Dieser war zu dieser Zeit auf einer Referatsreihe durch die BRD unterwegs, obwohl er mit einem partiellen Redeverbot und Einreiseverbot belegt war. Die 30 Zuhörer müssen die Gaststätte durch den Hinterausgang verlassen. Vor der Tür machen 30 Demonstranten ihrem Unmut Luft. Es sind lediglich 20 Polizeibeamten vor Ort.
- Anf. Mai 92:** Auf Einladung der Republikaner spricht Komunalreferent Reinhold Wenninger (CSU) auf einem Landestreffen der Republikaner über die Augsburgs Müllpolitik.
- 8.7.92:** Der SPD-Kreisverband veranstaltet in Aichach eine Talkrunde zum Thema: „Liegt die Zukunft rechts?“ Neben einem Vertreter des Kreisjugendrings, einer jungen Türkin und SPD- und CSU-Sprechern sind auch ein Vertreter der DVU und ein Republikaner geladen. Das Thema Asyl gerinnt sehr schnell zum Schwerpunkt der aufgeheizten Diskussion. Die Vertreter der rechten Parteien nutzen die gebotene Plattform gerne, um sich darzustellen, was bei dem 200 Leute zählenden Publikum auch gut ankommt.
- 15.7.92:** Auf einer Republikaner-Veranstaltung in der Gaststätte Lerchenkrug in Oberhausen sprechen der ehemalige Würzburger SPD-Oberbürgermeister Klaus Zeitler und Landesvorsitzender Hüttl. Etwa 30 Antifaschisten werden zunächst nicht in den Saal gelassen. Nach Intervention der Polizei und einer Abstimmung im ca. 200 Leute zählenden Publikum dürfen sie allerdings doch eintreten. Eine Gruppe rechter Skinheads muss allerdings draußen bleiben. Zeitler stellt die REPs als „sozialpatriotische Bewegung“ dar. Eine Antifaschistin, die sich in der Diskussion zu Wort meldet, wird niedergebrüllt. Später kommt es noch zu Auseinandersetzungen zwischen Antifaschisten und den draußen wartenden Skins, die mit Knüppeln, Leuchtkegeln und Tränengas ausgerüstet waren.
- 7.8.92:** Vor der Flüchtlingsunterkunft in Mering kommt es zu einer Schlägerei zwischen 2 deutschen Jugendlichen und 3 jugoslawischen Flüchtlingen. Laut Polizeiangaben sollen die Jugendlichen mit Worten wie: „Ihr blöden Deutschen!“ provoziert worden seien. Dem Gesetz der Logik folgend unterliegen die 2 Mann gegen die 3 Mann und werden verhaften. Um beim nächsten Mal ein bisschen bessere Chancen zu haben trommeln die Jungen 15 Freunde zusammen und ziehen erneut vor das Heim und wollen sozusagen die Schlappe aus dem Hinspiel wieder wett zu machen. Leider stellt sich ihnen allerdings die Friedberger Polizei in den Weg. „Sechs Streifenwagen, zwölf Beamte und ein Diensthund konnten die Wogen glätten und eine Eskalation der Gewalt verhindern.“ (AZ)
- 10.8.92:** Zwei polnischen Autos werden in Langweid Hakenkreuze in den Lack gekratzt.
- Sept. 92:** Ein Augsburgs Polizist wird wegen Volksverhetzung angeklagt, weil er rassistische Flugblätter auf der Wache verteilt hat.
- 11.8.92:** Nach Aussagen Steinböcks findet an diesem Tag ein Gespräch zwischen ihm und Buhl im Wienerwald am Jakobertor statt, da Buhl angeblich zu den Republikanern zurückkehren will. Buhl bestreitet später, dass es solch ein Treffen je gegeben haben soll.

29.8.92: In Pöttmes (Kreis Aichach) werden angeblich Schüsse auf eine Asylunterkunft abgegeben.

18.9.92: Die Republikaner versammeln sich im „Grünen Kranz“ unter den Augen von 60 Gegendemonstranten.

19./20.9.92: Auf das Asylbewerberheim in Gersthofen wird ein Brandanschlag verübt, dieser scheitert jedoch. Die Täter werden nicht gefasst. Es findet eine Demonstration mit 300 Teilnehmern statt.

25.9.92: In Ecknach bei Aichach spricht Schönhuber in einer mit 2.000 Leuten gefüllten Halle. Einige der Zuhörer lassen sich nicht lumpen und zeigen den Hitlergruß. Anwesende Antifaschisten müssen die Polizei darauf hinweisen, dass das Zeigen von Hitlergrüßen einen Straftatbestand darstellt.

26.9.92: Rechte Jugendliche wollen in Lützelburg (Augsburg Land) ein von Flüchtlingen bewohntes Haus angreifen. Die Rechtsradikalen sind teilweise extra aus Augsburg und Kempten angereist. Doch sie kommen zu spät, in dem Haus wohnen gar keine Flüchtlinge mehr. Das hindert sie allerdings nicht daran, unter Verstärkung ortsansässiger Kameraden das Haus mit Steinen und Eisenstangen anzugreifen und dabei „Heil Hitler!“ zu rufen. Bei Ankunft der Polizei gelingt es den Angreifern zu fliehen. Die Fahndung nach den Tätern dauert ganze 15 Minuten, dann legt die Polizei den Fall als „jugendliche[n] Streit“, der „nicht so ernst zu nehmen“ sei, zu den Akten.

17.10.92: Nach Verbot durch Stadtdirektor Heinz Wimmer darf eine geplante Pressekonferenz der REP mit Schönhuber, Hüttl, sowie einigen ehemaligen DSU Mitgliedern nicht im Rathaus stattfinden. Themen wären die Übertritte einiger DSU-Mitglieder, sowie die Augsburger Stadtratsarbeit der Republikaner gewesen.

Anf. Nov. 92: Vor Gericht wird Buhl vom Vorwurf freigesprochen; seine Stellung als Polizist missbraucht zu haben und Steinböcks Eintragung im Polizei Computer abgerufen und an Hüttl weiter gegeben zu haben. Steinböck wird als „politisch motivierter Täter“ im Computer

geführt. Da die Anzeige gegen Buhl kurz nach dessen Anzeige gegen Hüttl und Steinböck erfolgte, liegt die Vermutung nahe, dass es sich hierbei um einen Racheakt seitens der beiden REP-Funktionäre handelt.

Dez. 92: Die Buchläden Gondrom, Pustet und Comic Time stellen den Verkauf des Comics „Von Herzen gern“ nach Beschwerden von Kunden ein. Der Comic eines renommierten französischen Verfassers war durch fremdenfeindliche Witze zum Beispiel über Äthiopien oder die Konzentrationslager aufgefallen. In der Vorweihnachtszeit hatte sich der Comic gut verkauft.

22.12.92: Am Tag des Verbots der NO veranstaltet die Polizei 11 Hausdurchsuchungen bei NO-Funktionären in 7 deutschen Städten. In und um Augsburg sind davon 2 Wohnungen im Stadtgebiet, 3 in Augsburg Land und eine in Rain am Lech betroffen. Es werden Aufkleber mit Aufschriften wie: „Schlagt die Linken, wo ihr sie trefft!“, Kassetten, Disketten, Formulare, ein Stahlhelm, eine Gaspistole und Übungsmunition beschlagnahmt. Die Aktion war eigentlich für den nächsten Tag geplant, wurde aber vorgezogen, nachdem bekannt wurde, dass in Augsburg Beweismaterial vernichtet wurde

16./17.6.93: In der Nacht wird das Haus des REP-Fraktionsvorsitzenden Anton Steinböck mit Parolen besprüht.

18.–20.6.93: Ein kleiner Anschlag hat doppelte Wirkung. Jedenfalls laut Bericht der AZ: „Mit einem Ziegelstein haben unbekannte Täter am Wochenende zwei Schaufensterscheiben eines Küchenstudios in Kissing demoliert, das dem Republikaner Johann Gärtner gehört.“ (AZ 22.6.93)

26/27.6.93: Auf dem REP-Bundesparteitag in der Schwabenhalle verabschieden 600 Delegierte ein neues Programm. Von 2000 Teilnehmern einer Protestkundgebung auf dem Rathausplatz bewegen sich 700 zur Stadthalle. Nachdem die städtische Schwabenhalle GmbH den Republikanern im Vorfeld gekündigt hatte, setzen die REP ihr pluralistisches Recht vor Gericht durch. Die Schwabenhalle GmbH wird zur Vermietung der Halle gezwungen.

12.1.93: Fünf Skinheads aus der rechten Szene verprügeln einen Passanten in Oberhausen.

2.6.93: Ein Fahrradfahrer wird von Faschoskins überfallen, ihm werden 800 DM geraubt

Mitte Juni 93: An den Toilettenwänden der Bebo-Wager-Berufsschule verschönern „Sieg Heil“-Schmierereien den Schülern die Notdurft und wünschen „Türken ins Gas“. Die Stadt hat angeblich kein Geld diese entfernen zu lassen, obwohl die Schule immerhin den Namen eines Augsburger Widerstandskämpfers im Dritten Reich trägt. Nachdem die AZ darüber berichtet, reagiert Schullehrerin Elfriede Ohrenberger und lässt die Schmierereien entfernen.

4/5.6.93: Auf das Lebensmittellager des Anmelders einer Anti-REP-Demonstration anlässlich des Bundesparteitages 1993 wird ein Brandanschlag verübt und mehrere Hakenkreuzschmierereien angebracht. Die Polizei fand die Türe unter Gewaltanwendung aufgebrochen vor, negiert aber jede Gewaltanwendung.

12.6.93: Im Ulrichsviertel findet ein versuchter Brandanschlag auf ein von türkischen und assyrischen Familien bewohntes Haus statt. Der Vorfall taucht in Berichten der Polizei nicht auf.

Mitte Okt. 93: Der Oktober ist bestimmt von dem Streit, um die von dem Ex-Republikaner, Ex-FBU, Ex-Parteilos Edmund Buhl am 5.10. initiierte Bildung einer REP-/ DSU-Fraktion im Augsburger Stadtrat, nach seinem Eintritt in die DSU. Am 12.10.93 beantragt die DSU-Gesellschaftsstelle am Landgericht, den Stadträten Edmund Buhl (DSU) und Wolfgang Hüttl (REP-Chef Bayerns) die Abkürzung DSU im Fraktionsnamen zu verbieten. Die Rechtsfraktion reagiert dahingehend, dass sie sich, mit Zustimmung Buhls wieder in „Die Republikaner“ umbenennt. Der Konflikt gipfelt in dem Parteiausschluss Buhls aus der DSU, der sich trotz vorhergehenden Streitereien bereit erklärt, in einer REP-Fraktion mitzuarbeiten, obwohl er gar kein Parteimitglied ist. Dem steht jedoch ein Vorstandsbeschluss der REP entgegen. Zitat REP-Fraktionsvorsitzender Anton Steinböck: „Ich glaube nicht, dass die Partei derzeit an einer Mitgliedschaft von Herrn Buhl große Freude hätte.“

16.11.93: Es findet im „Grünen Kranz“ eine REP-Veranstaltung mit Franz Schönhuber statt.

Anf. Dez. 93: Knapp ein Jahr nach Verbot der NO, steht die Polizei wieder vor der Tür des ehemaligen Chefs der Organisation Michael Swierczek. Sie durchsucht Swierczeks Wohnung. Der NO-Vorsitzende hatte sich seit dem NO-Verbot für die Wiederzulassung eingesetzt. Gegen ihn wird wegen der Unterstützung von verbotenen Organisationen ermittelt.

Mitte Dez. 93: Auf der Bundesstraße zwischen Augsburg und Donauwörth starten 3 rechte Skins mit ihrem Auto eine Verfolgungsjagd auf einen Türken. Sie versuchen seinen Wagen von der Straße zu drängen und beschießen ihn mit einer Schreckschusspistole.

Mitte Dez. 93: Vor den Türen eines Augsburger Lokals wird ein Gast von 3 Neonazi zusammengeschlagen

31.12.93: Um die 70 Neonazis feiern im Bärenkeller Silvester. Die Polizei verstärkt den Schutz der Flüchtlingsunterkünfte vor Ort. 70 Polizisten sind im Einsatz.

11.3.94: Ca. 50 junge Leute protestieren mit Flugblätter und Sprechchören im Zeughaus gegen eine REP-Parteiveranstaltung mit dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden am gleichen Ort. Nachdem sie von den REP-Ordnern des Saals verwiesen werden, blockieren sie die Fuggerstraße durch eine Sitzblockade. Die Ordner weiten derweil eigenmächtig ihr Hausrecht auf das ganze Zeughaus aus und kontrollieren nun auch die Besucher von Volkshochschulkursen und einem Jazzkonzert aufs Genaueste.

27.5.94: Nachdem Schönhuber absagt, sprechen Alexander Hausmann, Anton Steinböck, der Polizist Günther Götting und Landesvorsitzender Wolfgang Hüttl auf dem Rathausplatz. 2000 Menschen kommen zur Gegendemonstration.

7./8.6.94: Nachts ereignet sich ein Einbruch in das Büro der schwäbischen Republikaner. Der Täter wird aufgrund der inneren Streitigkeiten im REP-Umfeld vermutet.

19.10.94: Der Selbsteretzungsprozess der REP geht weiter: Landesvorsitzender Hüttl lässt den

schwäbischen REP-Chef Gärtner (Kissing) aller seiner Ämter entheben. Letzterer war mit öffentlicher Kritik an Parteichef Schönhuber wegen dessen Kontakten zur DVU innerparteilich in die Schusslinie geraten. Gärtner will die Absetzung nicht hinnehmen und das Schiedsgericht anrufen.

1995: Die JN Augsburg gründet sich neu.

Mitte Jan. 95: Der letzte REP-Abgeordnete des Gersthofer Stadtrats, der Polizist Manfred Kögl, wechselt zu den Freien Wählern.

22.1.95: Hüttl wird auf dem Landesparteitag in Ingolstadt als Landesvorsitzender zugunsten des Ex-CSUlers Alexander Hausmann abgewählt.

28.1.95: Der ehemalige Landesvorsitzende Hüttl, Kreisvorsitzender Steinböck, Stellvertreter Götting und ein Kreisvorstandsmitglied treten aus den Republikanern aus, lösen die Stadtratsfraktion auf und formieren sich als „Die Freiheitlichen“ im Stadtparlament neu.

4.2.95: Als neuer Kreisvorsitzender wird Gerhard Blaschke von Kamen als Ersatz für Anton Steinböck gewählt.

Mitte Feb. 95: Die ehemaligen REP-Stadträte haben jetzt auch einen Bezirksverband Augsburg-Schwaben „Der Freiheitlichen“ gegründet. Vorsitzender ist, wie bei der gleichnamigen Stadtratsfraktion der Polizeibeamte Günther Götting. Zu Stellvertretern werden laut einer Pressemitteilung Stadtrat Erwin Schneider, ebenfalls Polizist, und der Baufacharbeiter Josef Diebold gewählt. Die Freiheitlichen verstehen sich als „gesellschaftsverändernde Kraft“, die, so Götting, die „Befreiung der Bürger von den politischen Parteien in die Wege leiten“ will.

3.3.95: Das Augsburger Verwaltungsgericht untersagt eine Veranstaltung der „Deutschen Nationalisten“. Es handelt sich hierbei um ehemaligen Anhänger der verbotenen FAP und Nationalen Liste (NL) in Gundelfingen. Die Veranstaltung hätte, so das Gericht, das FAP-Verbot unterlaufen.

9.4.95: Auf einer Veranstaltung im Waldhorn bezeugt der neue REP-Landesvorsitzende Alexander Hausmann seine Partei würde nur die alte Strauß/CSU-Politik konsequent fortführen. Er selbst ist lange Zeit bei JU und CSU aktiv ge-

wesen und verstehe sich gut mit Thomas Goppel und Peter Gauweiler. „So jemand könne doch wohl kein „Radikaler“ sein.“ (Angriff)

Nov. 1995: Alexander Hausmann tritt als REP-Landesvorsitzender zurück. Er wirft dem Bundesvorsitzenden Schlierer vor, „extreme Tendenzen“ innerhalb der Republikaner zu dulden. Auf seinen Posten rückt der Kissinger Johann Gärtner nach.

2.12.95: Ein Treffen von rechten Skins aus ganz Süddeutschland findet in einer Gaststätte in Stadtbergen statt. Die Polizei hindert einige besoffene Skins daran, grölend durch Stadtbergen zu ziehen, indem sie sie wieder in die Gaststätte zurückschickt. Verhaftungen finden bloß aus Trunkenheitsgründen statt. Die Gastleute, bei denen das Treffen als Geburtstagsfeier angemeldet war, müssen einen Tag schließen, um das Lokal zu säubern.

Ende 1995: Als erste Partei in Augsburg ist die NPD im Internet vertreten. Unter dem Pseudonym Ernst Ellert führt ein Augsburger NPD-Funktionär die Zeitschrift „Aufbruch“ nun im Internet fort.

5.3.96: Horst Kiesewetter (REP) auf Listenplatz 8 für die Stadtratswahl, ist 5 Tage vor der Wahl am 10.3. aus der Partei ausgetreten.

7.3.96: Johann Gärtner, REP-Landesvorsitzender, kündigt Verfahren wegen Untreue gegen Ex-Landesvorsitzenden und Mitglied der Augsburger Stadtratsfraktion, Wolfgang Hüttl an.

20./21.07.96: Der 1. Nationale Internetkongress findet unter Regie der NPD in Augsburg statt. Es nehmen unter anderem Betreiber mehrerer Thule-Mailboxen teil.

2.8.96: Eine DVU Veranstaltung unter dem Motto „Demokratie und Freiheit schützen, Grundrechte verteidigen“ anlässlich des Todestags von Rudolf Hess wird verboten.

9./10.11.96: 40 rechte Skins tauchen bei einer Musikveranstaltung in Schwabmünchen auf. Auf anonyme Warnung hin schützt die Polizei 2 Asylunterkünfte.

9.3.97: Ein JN-Landesparteitag soll in einem Lokal in der Stadt abgehalten werden. Nachdem der Besitzer kündigt, findet der Kongress unangemeldete außerhalb statt. Danach folgt eine

unangemeldete Demo mit 16 Leuten zum Stadtplatz unter „Reisser und die Polizei – in Augsburg herrscht die Tyrannei“-Rufen gegen Ordnungsreferent Willi Reisser. Die Demonstration wird von Polizisten aufgelöst

Mitte April 97: Der Augsburg/Schwaben hat nun auch einen Bezirksverband des „Bund Freier Bürgers“. Nachdem es bereits Kreisverbände in Augsburg Stadt und Land (vormals nur unter dem Namen „Die Freiheitlichen“) gibt, findet nun die Gründungsveranstaltung des Bezirksverbandes statt. Vorsitzender wird Anton Steinböck.

5.5.97: Das JN-Mitglied Joachim Schorath (Spitzname: Stahl) steht wegen Volksverhetzung und Landfriedensbruch vor Gericht. Der Beschuldigte hat bei einem Infostand auf dem Moritzplatz volksverhetzende Aufkleber ausgelegt, bei einem Skinheadtreffen ein Gauabzeichen getragen, seinen Nachbarn als Judensau beschimpft und mit mehreren anderen auf dem Bahnhofplatz eine Gruppe Ausländer angegriffen. Er wird zu 120 Arbeitsstunden verurteilt. Gerüchten zufolge hat der Rechtsradikale seinen prägnanten Spitznamen von einer Wehrsportübung mit nach Hause gebracht, weil er dort immer mit einem Stahlhelm herumgesprungen ist.

21.6.97: 12 Naziskins versuchen einen auf Haftbefehl gesuchten Kameraden aus dem Zentralklinikum zu „befreien“. Er (23) war auf dem Weg zu einer in Aichach als Geburtstagsfeier geplanten Sonnwendfeier, die dann allerdings in Horgau stattfand, mit dem Auto verunglückt. Der „Befreiungsversuch“ misslingt, es kommt zu mehreren Festnahmen im Krankenhaus.

16.8.97: 6 angebliche Angehörige der „Nationalpolitischen Aktion Augsburg“ verteilen Flugblätter anlässlich des Hess-Todestages. Die unangemeldete Aktion wird von der Polizei aufgelöst und 3 der Verteiler nach Flucht in der Stadt festgenommen.

3.9.97: 40 Zuschauer stürmen den Fußballplatz des TSV Ingenried beim Spiel Schongau-Landsberg nach einer Rangelei auf dem Spielplatz, an der ein schwarzer Spieler beteiligt war.

Es fielen Rufe wie: „Hitler muss wieder her“, „aufhängen“, „alle Neger ausweisen“. Der Spieler hatte sich schon im Vorfeld den Zorn der Fans durch seine gute Leistung auf dem Platz zugezogen.

28.11.97: Bei einem Mitglied der NPD, welches unter dem Pseudonym „Ernst Ellert“, die Internetseite Aufbruch betreibt, findet eine Hausdurchsuchung statt. Auf der Internetseite ist unter anderem ein Link zur amerikanischen Stormfront-Homepage, auf der verfassungsfeindliche Symbole und Inhalt zu finden sind. Nach Angaben der Polizei gibt es im Jahr 1997 39 Straftaten mit rechtsextremen Hintergrund im Bereich der Dienststelle Augsburg.

10.1.98: Naziskins überfallen, unter Beteiligung einiger Personen des heute verbotenen „Skinheads Allgäu e.V.“, eine Geburtstagsfeier in Pfersee.

23.1.98: „Ernst Ellert“ erhält vom Augsburger Amtsgericht einen Strafbefehl über 4200 DM (bzw. 60 Tage Gefängnis) wegen des Stormfront-Links.

31.1.98: In Oberschöneberg-Dinkelscherben werden mit roter Farbe angedeutete Hakenkreuze auf Hauswände und Straße gesprüht.

Mitte Feb. 98: Ein 15-jähriger Jugendlicher steht in Augsburg vor Gericht. Er hat auf dem Schulhof wiederholt den Hitlergruß gezeigt und einen Mitschüler mit dem Messer bedroht. Zu seiner Verteidigung sagt er: „Das war halt ein Spass mit dem Hitler-Gruß. Weil's halt alle so gemacht haben.“ Der Jugendliche, der angeblich nicht zur rechten Skinheadszene gehört, bekommt 120 Arbeitsstunden.

9.5.98: Der Friedberger Funktionär der NPD Alexander von Webenau macht Schlagzeilen als er auf einer Gedenkfeier für Sandro Weilkes in Neuhaus am Rennweg (Thüringen) Adolf Hitler zitiert: „Von nun an wird zurückgeschossen; von nun an wird Bombe mit Bombe vergolten.“ Weilkes wird 95 bei einer Auseinandersetzung mit Linken erstochen.

17.5.98: Vier Jugendliche versuchen in Aichach eine Asylunterkunft anzuzünden. Eine Heimbewohnerin entdeckt den brennenden Fußballtreter und kann das Feuer noch rechtzeitig lö-

schen. In der Holzbaracke leben ca. 30 Flüchtlinge. Die Täter waren am Vorabend schon einmal da und haben die Scheiben des Heims eingeschmissen. Während einer antifaschistischen Mahnwache tauchen ebenfalls rechtsradikale Jugendliche auf.

Anf. Juni 98: Auf einer Stimmkreisversammlung des BFB werden 2 neue Kandidaten nominiert: Josef Diebold (58) für den Landtag und Robert Rauschert (41) für den Bezirkstag

Mitte Juni 98: Der BFB stellt die schwäbischen Listen für die Landtagswahl und Bezirkstagswahl auf. Listenplatz Nr.1 hat Anton Steinböck. Es folgen Diebold (Augsburg) und Rauschert (Augsburg). Vorsitzender Manfred Brunner fordert auf der Veranstaltung den Rücktritt von Ministerpräsident Stoiber wegen des „Umfallens in der Euro- und Sudetenfrage“.

Anf. Okt. 98: REP-Stadtrat Gerhard Blaschke von Kamen, 1996 als einziger der Rechtspartei ins Rathaus gewählt, hat die Partei bereits verlassen und kommt damit dem bereits eingeleiteten Ausschlussverfahren zuvor.

31.10.98: Für die Eröffnungsparty der „Befreiten Zone“, einem Platten/Klamotten/Propagan-



dausilien-Laden in der Reese-Kaserne wird mit Flyern, auf denen Slogans wie „Seid schneller als der Staatsanwalt – heute kaufen, was morgen schon verboten sein kann“ zu lesen sind, geworben. Es erscheinen auch einige Jugendliche, um dem versprochenen Freibier zu frönen. Allerdings wird die Freude durch eine Gegenkundgebung vor den Toren der Kaserne ein wenig getrübt. Schließlich lenkt auch der Vermieter, das Bundesvermögensamt, auf den öffentlichen Druck ein und kündigt der Mieterin Sabine Spermann (NPD) den Mietvertrag.

8.11.98: Wenige Stunden vor Beginn einer Gedenkveranstaltung in der Holocaustgedenkstätte in Landsberg werden mehrere Grabsteine mit gelber Farbe beschmiert.

20.11.98: Am KZ Außenlager Kaufering VII wird ein Holzschild, auf dem ein Hakenkreuz und SS-Runen aufgemalt sind, angebracht. Der zu lesende Text verhöhnt Bundespräsident Herzog und „Nazi-Jäger“ Simon Wiesenthal.

25.11.98: Ein NHB Treffen in Aichach, zum Gedenken des rumänischen Faschisten Codreanous, auf dem Gerd Zikeli und Reinhold Oberlercher sprechen sollten, findet nicht statt. Da der Zieglerwirt nach einem Bericht in der Zeitung seine Zusage zurückzieht mussten die NHBler auch auf den anschließenden Balladenabend mit dem nationalen Barden Veit verzichten.

Im Jahre 1998 stellt die Polizei 48 rechtsextreme Straftaten in und um Augsburg fest.

1999: Seit Anfang des Jahres ist der „Schwarze Sonne“-Versand in Friedberg ansässig. Geführt wird der NPD-nahe Versand von Rene Rodriguez-Teufer und Alexander Fayen.

10./11.1.99: Der Friedberger Alexander von Webenau wird in Klingenberg auf dem JN-Bundeskongress zu einem stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

13.1.99: Der NPD-Bezirksvorsitzende Klaus Haase macht der CSU-Schwaben ein Angebot: die NPD wolle der CSU bei ihrer Unterschriftenkampagne in Augsburg und anderswo mit Hilfe und Unterstützung zur Seite zu stehen. CDU und CSU sammelten damals mit großer Hingabe in ganz Deutschland Unterschriften

gegen einen Gesetzentwurf der Regierung zur doppelten Staatsbürgerschaft gestartet.

18./20./25./27.1.99: In vier Etappen findet der Prozess gegen die Brandstifter von Aichach statt. Strenge Sicherheitsvorkehrungen gelten, Besucher des Gerichtssaales werden von der Polizei durchsucht. Von den vier Jugendlichen, die zwischen 16 und 24 Jahre alt sind, gehört lediglich einer zur rechtsextremen Skinheadszene. Dieser gesteht vor Gericht: „Ja, ich wollte sie schon umbringen“. Wegen „heimtückischen Versuchten Mordes in 20 Fällen“ und „versuchter schwerer Brandstiftung“ wurden sie zu Haftstrafen von 5 bis 7 Jahren, beziehungsweise Psychiatrie verurteilt.

30.8.99: Der jüdische Friedhof in Fischach wird geschändet. 8 Grabsteine werden umgeworfen wodurch 2 der Steine kaputtgehen und ein Gerätehaus wird mit roter Farbe beschmiert. Die Polizei schließt ein politisches Motiv aus.

4.9.99: Am Nachmittag findet eine DVU-Versammlung in Augsburg statt.

Mitte Juni 99: Auf der Augsburger BFB-Jahresversammlung werden sowohl Vorsitzender Anton Steinböck wie auch seine Stellvertreter Josef Diebold und Robert Rauschert wiedergewählt. Thomas Straub wird beauftragt, im Landkreis ein BFB-„Bürgerbüro“ aufzubauen.

12.6.99: Auf einer Versammlung der DVU spricht Pressesprecher Bernd Dröse in Augsburg.

27.7.99: Jugendrichterin Maria Lengle verurteilt das Vorstandsmitglied der JN von Webenau wegen „öffentlicher Aufforderung zu Straftaten“ zu einer Geldstrafe von 1800 DM, weil dieser auf einer Veranstaltung im Mai 98, auf der er sich für die Todesstrafe aussprach, zum Abschluss Adolf Hitler zitierte.

22.9.99: Der Bundesgerichtshof bestätigt die Urteile im Aichacher Brandstifter-Prozess.

24.8.99: Die DVU lädt zum „politischen Fröhchoppen“ ins „Eiserne Kreuz“ nach Diedorf. Bernd Dröse spricht zum Thema: „Ein Jahr ROT-GRÜN, was hat sich geändert?“

Dez. 99: Der Bundesvorsitzende des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB) und stellvertretende Bundesvorsitzende der JN Alex-

ander von Webenau (22) legt sämtliche Parteiämter nieder und erklärt seinen Austritt aus der NPD. Nachfolger im Amt des NHB-Vorsitzenden wird Dietmar Engelhard (27) aus Nürnberg.

20.11.99: Der stellvertretende DVU-Bundesvorsitzende Bruno Wetzel ist Redner auf einer DVU-Versammlung in Augsburg.

4.12.99: In der Gaststätte Waldhorn findet eine spärlich besuchte NPD-Veranstaltung mit dem nationalen Publizisten Jürgen Schwab statt. Das Thema des Vortrags lautet: „Die Meinungsdictatur. Wie „demokratische“ Zensoren die Freiheit beschneiden“. In der Einladung heißt es: „Die Meinungsfreiheit ist in Deutschland im Grundgesetz verbriefte, doch die Realität ist weit von diesem Ideal entfernt. Immer mehr Bürger werden aufgrund von Meinungsäußerungen verurteilt. Diese Entwicklung kann uns alle treffen, egal ob man Hochschulprofessor, Skinhead oder normaler Professor ist.“ Vor der Gaststätte liefern sich einige Gegendemonstranten eine Schneeballschlacht mit der Polizei.

1999: 20 rechtsradikale Straftaten werden 1999 im Großraum Augsburg von der Polizei registriert.

26.1.00: Eine Gruppe mit Namen „Initiative Mahnmal für die Millionen Opfer der Kirche“, die der Sekte „Universelles Leben“ nahesteht, lädt zu einer Veranstaltung unter dem Motto: „2000 Jahre blutige Kirchengeschichte und die neue Inquisition“. Der Referent Prof. Dr. theol. Hubertus Mynarek, ein ehemaliger katholischer Theologieprofessor, gilt als einer der bekanntesten rechten und spirituellen Kirchenkritiker.

5.2.00: Nach einem Trinkgelage im örtlichen Bauwagen provoziert der Rechtsradikale Florian E. auf einer Faschingsfeier in Griesbeckerzell eine Schlägerei mit einem Ungarndeutschen. Er unterliegt jedoch. Doch so schnell gibt sich ein stolzer Deutscher nicht geschlagen. Mit Wehrmachtstahlhelm und Karabiner bewaffnet macht sich der angetrunkene 19-Jährige auf den Weg nach Aichach. Er will dort aus Rache alle Ausländer erschießen und später im Kugelhagel der Polizei sterben. Auf seinem Weg trifft er den deutschstämmigen Ungarn wieder. Als

der deutschnationale Streetfighter versucht, seinen Bezwinger zu erschießen gelingt es diesem, ihm die Waffe zu entreißen und zu fliehen. Der Ungarndeutsche bekommt dabei einen Streifschuss an der Schläfe ab. Jetzt, nur noch mit Kriegshelm bewaffnet, versucht der missglückte Massenmörder lediglich sein eigenes Leben zu beenden. Doch nicht einmal dabei hat der Rechtsextreme Glück. Nachdem er einige Zeit erfolglos versucht Autos zu entwenden, um damit gegen einen Baum zu fahren, nimmt ihn die mittlerweile verständigte Polizei fest.

30.3.00: Aufgrund hoher Nachfrage holt die „Initiative Mahnmal für die Millionen Opfer der Kirche“ Prof. Dr. theol. Hubertus Mynarek noch einmal nach Augsburg. Diesmal zu einem Podiumsgespräch im Zeughaus unter dem Motto: „Jetzt: Kirchenaustritt! Argumente für Unentschlossene“.

Ende März 00: In einer Kneipe in der Innenstadt begrüßen sich ein paar Jugendliche originellerweise mit dem Hitlergruß, nachdem sie anfangen rechtes Liedgut zum besten zu geben, benachrichtigen zwei Frauen die Polizei. Diese greift ein. Gegen 3 der Jugendlichen wird ein Verfahren wegen „Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen“ eingeleitet.

26.3.00: In der Diedorfer Gaststätte „Eisernes Kreuz“ findet eine DVU-Veranstaltung mit der DVU-Fraktionsvorsitzenden des brandenburgischen Landtags Liane Hasselbarth statt; Thema: „Schiebung, Bestechung, Korruption – Gibt es noch einen politischen Ausweg?“. Etwa 70 Nationalisten, darunter auch ein Dutzend rechter Skinheads, reisen aus Südbayern und Baden-Württemberg an. Vor der Halle veranstaltet das Antifaschistische Aktionsbündnis Augsburg eine Gegenaktion unter dem Motto „Gemeinsam gegen Nazis!“

12.4.00: In Griesbeckerzell wird ein parkender roter VW von Unbekannten mit einem 8x10 cm großen Hakenkreuz „verzert“.

Aug. 2000: Ernst Ellert (39) stellt den Betrieb der Augsburger NPD-Internetseite auf Compuserve ein.

3.8.00: Laut Polizei hat es in diesem Jahr bereits 26 rechtsextrem motivierte Straftaten im Raum

der Polizeidirektion Augsburg gegeben. Polizeichef Klaus Waltrich betont, dass es in Augsburg keine organisierte rechtsextreme Szene gebe, abgesehen von NPD und den Republikanern, die aber beide nicht durch besondere Aktionen auffallen würden.

22.9.00: 18 Skinheads aus Frankfurt an der Oder, unter ihnen einige aus der rechte Szene, versuchen in der Jugendherberge Augsburg ihre angemieteten Zimmer zu beziehen. Dies scheitert jedoch, aufgrund ihres Verhaltens wird den betrunkenen Skins Hausverbot erteilt. Aus der Herberge geworfen, beginnen sie davor zu randalieren. Erst die gerufene Polizei sorgt für Ruhe. Diese begleitet die Skins zu ihrem Bus, mit dem sie anschließend in Richtung München abrücken. Ziel ist das Oktoberfest. Allerdings wird ihnen auch dort Betretungsverbot erteilt, so dass sie in Begleitung der Polizei Bayern in Richtung Heimat verlassen müssen.

7.10.00: Im Festzelt am Bärenbergl lädt der Bund Freier Bürger zu einer Veranstaltung mit Anton Steinböck und Dr. Rolf Schlierer.

7./8.10.00: 15 Skinheads besuchen eine Party in Waltershofen. Der Veranstalter ruft die Polizei, die ein Platzverbot gegen die mutmaßlichen Neonazis ausspricht. Der Abend verläuft friedlich.

10.10.00: REP-Bürgersprechstunde in der Gaststätte Hochfeld nach Telefonsprechstunde am Vortag.

Mitte Okt. 00: Die Augsburger Sektion der Partei „Bund Freier Bürger – Die Freiheitlichen“ löst sich auf. Bis auf eine Ausnahme tritt der gesamte Kreisverband (39 Mitglieder) zu den Republikanern über. Darunter auch der stellvertretende BFB-Landesvorsitzende Anton Steinböck, der schon einmal REP-Mitglied war.

5.11.00: Bürgersprechstunde der Republikaner im „Hochfeld“.

9.11.00: Bei der Polizeidirektion Augsburg gehen 2 Anrufe ein, die verkünden, im Neusäßer Gemeindesaal sei eine Bombe versteckt. Dort will der Vorsitzende der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Gernot Römer einen Vortrag unter dem Motto „Hitlers Helfer – Hitlers Gegner“ halten. Die Polizei räumt den Saal, findet aber

keine Bombe. Der Vortrag findet trotz des Boykottversuchs statt.

10.11.00: Wieder eine Bombendrohung. Diesmal gegen die Gedenkveranstaltung des Frauenforums zur Reichspogromnacht in Friedberg. Auch diese Drohung erweist sich als Ente. Allerdings darf die Polizei erstmal den Veranstaltungsort, die evangelische Kirche durchsuchen um das herauszufinden. Es wird keine Bombe gefunden, dafür begleitet eine Gruppe

von ca. 10 Naziskins den anschließende Gedenkmarsh mit „Wir kriegen euch alle!“ Rufen.

13.12.00: Der Rechtsradikale Griesbeckerzeller Florian E. der im Februar einen misslungen Amoklauf unternommen hat, steht vor dem Augsburger Jugendgericht. Das Gericht folgt der Forderung der Staatsanwaltschaft und schickt den Maurerlehrling fünfeinhalb Jahre hinter die Gefängnismauern des Jugendknast.

Nicht jeder Ausländer ist willkommen
Augsburg begann als erste Stadt mit der Ausweisung unliebsamer Ausländer

Die Stadt Augsburg hat bei einem gewissen Kreis von Ausländern einen schlechten Ruf. Natürlich nicht bei denen, die als gern-gesehene Urlaubsbesucher in die alte Reichsstadt am Lech kommen. Auch bei den in Augsburg oft schon seit vielen Jahren ansässigen Ausländern ist keinerlei Antipathie gegen die Stadt, die ihnen zur zweiten Heimat wurde, vorhanden. Es gibt nun aber in Augsburg leider noch einen gewissen Kreis von Ausländern, der den Bürgern im Gegensatz zu den beiden anderen Gruppen durchaus unwillkommen ist. Das sind die Streuner und Verbrecher, die von Ort zu Ort ziehen, Schwarzhandel treiben, Einbrüche verüben und auch vor einem Mord nicht zurückscheuen. Bei diesen lichtscheuen Elementen hat sich Augsburg einen eigenen Ruf erworben: Es ist nämlich bekannt geworden, daß hier gegen solche Leute besonders streng vorgegangen wird. So mancher erhielt hier schon sehr gegen seinen Willen die letzte Fahrkarte auf deutschem Boden – die Ausweisung.

Augsburg hat ja auch auf diesem Gebiet seine Tradition. In früheren Jahrhunderten wurde mit landfahrenden Dieben genau so schnell und kurz verfahren wie mit Raubrittern: man hängte sie an den Galgen oder machte sie einen Kopf kürzer. Als bewährtes Radikalmittel aber hatte der weise Rat den Brauch der Massenausweisung nichtszünftiger und verdächtiger Elemente eingeführt. Alljährlich zwischen dem St. Gallentag, dem 16. Oktober, und Simon und Judae, 28. Oktober, wurden die „Leute, die vil verunt und nichts würkent“, auf einem Platz zusammengesammelt und dann, nach Androhung strenger Strafen für den Fall der unerlaubten Wiederkehr, aus der Stadt hinausgetrieben. Das geschah unter dem Geläut der Glocken und dem Gejohle der Jugend. Ganz so feierlich geht das heute allerdings nicht mehr vor sich, wenn ein Ausländer aus Augsburg und damit gleichzeitig aus dem Bundesgebiet ausgewiesen wird. Im Amt für öffentliche Ordnung wird ihm die Ausweisung bekanntgegeben, wobei es oft zu wilden Ausbrüchen kommt, und dann geht es unter polizeilicher Bedeckung an die Grenze.

Die Bestimmungen der Ausländerpolizeiverordnung, vor dem Kriege erlassen, sind wieder in Kraft. Danach müssen im Bundesgebiet sämtliche Ausländer registriert werden, und diese müssen ausreichende Ausweisepapiere vorweisen können. Diese Paßpflicht für Ausländer ist bindend, ebenso wie die Bestimmung, daß kein Ausländer im Bundesgebiet eine Arbeit aufnehmen darf, bevor er die Aufenthaltserlaubnis beantragt und erhalten hat. Besuchsreisende aus dem Ausland müssen sich zwar im Rahmen der allgemeinen Reichsmeldeordnung polizeilich anmelden, brauchen aber erst bei einer Besuchsdauer von mehr als einem Vierteljahr eine Aufenthaltserlaubnis. Entsprechend der Ausländerpolizeiverordnung sind zur Zeit in Augsburg 3100 Ausländer registriert, davon 1200 „heimatlose Ausländer“. Das sind zu 90 vom Hundert Polen, Russen, Tschechen, Ungarn und Rumänen, die aus politischen Gründen nicht mehr in ihr Heimatland zurückkönnen oder auch gar nicht heimkehren wollen. In ihre, von deutscher Seite ausgestellten „Internationalen Reiseausweise“ wird keine Staatsangehörigkeit eingetragen. In rund 200 Fällen ist die „Doppelstaatlichkeit“ gegeben. Sie liegt etwa vor, wenn eine deutsche Frau nach dem seinerzeitigen „Anschluß“ einen Oesterreicher geheiratet hat. Sie kann sich sowohl als Deutsche als auch als Oesterreicherin bezeichnen und ist dementsprechend mit doppelten Ausweisen ausgerüstet.

Die Ausländerpolizeiverordnung ist nun gut anderthalb Jahre wieder voll in Kraft. Damit ist auch die Möglichkeit der Ausweisung wieder gegeben. Augsburg begann nach dem Wiederinkrafttreten dieser Bestimmungen als erste Stadt im Bundesgebiet damit, 35 solcher unerwünschter Ausländer wurden bisher vom Amt für öffentliche Ordnung offiziell ausgewiesen. Die Zahl derer aber, bei denen dies formlos geschehen konnte, weil bei den vorliegenden Ausweisungsgründen eine gewisse Grenze nach oben nicht überschritten war, beträgt ein Mehrfaches davon. Diesen Leuten wurde der dringende Rat gegeben, schleunigst zu verschwinden, widrigenfalls... worauf sie das erstere vorzogen. —e.

7. Schwarz-braun ist die Zirkelnuss – Augsburger Rechtsextremismus im Spiegel der (Nachkriegs)zeit

Rechtsextreme hat es in Augsburg auch nach 1949 zu jeder Zeit gegeben. Doch sind 65 Jahre Nachkriegsgeschichte weder an ihnen, noch an der Stadt selbst spurlos vorbeigegangen, so dass im Laufe dieser Jahre sowohl das rechte Erscheinungsbild, wie auch die Haltung der Bevölkerung den Rechtsextremen gegenüber steten Wandlungen unterzogen waren. In den frühen Jahren nach dem 2. Weltkrieg war es zunächst logischerweise die Erlebnisgeneration alter „Kameraden“, die sich zu organisieren begannen; zumindest derjenige Teil, der nicht im benachbarten Landsberg seine Strafe absaß. Die Augsburger Spruchkammer hatte ihre Entnazifizierungsarbeit gerade eingestellt, da gründete sich im Jahre 1949 bereits der Augsburger HIAG-Verband, drei Jahre bevor sich der Verein im ganzen Bundesgebiet organisiert. Aufsehen erregte er mit seiner 10-Jahresfeier Ende der 50er und der Organisation eines Suchdiensttreffens in Augsburg. Da zu diesem Zeitpunkt 75% der Augsburger HIAG-Mitglieder gleichzeitig Gewerkschaftsmitglieder waren, ist es wohl ein Stück Ironie der Geschichte, dass der Verein der ehemaligen SS-Männer im DGB seinen größten Widersacher fand. Die wiederholten Beteuerungen der HIAG, dass sie sich als Soldatenverband im Kontext des neuen, demokratischen Staates verstehe überzeugten den Augsburger Gewerkschaftsverband nicht. 1959 gelang es ihm den Pächter der Stadiongaststätte davon zu überzeugen, seine Zusage zur Ausrichtung der 10-Jahresfeier der Hilfsgemeinschaft zurückzuziehen. Bemerkenswert ist im übrigen auch, dass sich die Stadt Augsburg zum damaligen Zeitpunkt bereit erklärte, im Falle einer Klage seitens der HIAG, die Zahlung eventueller Bußgelder für den Pächter der Stadiongaststätte zu übernehmen.

Neben der HIAG existierten in Augsburg damals noch ein anderer rechtsextremer Soldatenverband, der weniger aktive „Stahlhelm“, sowie zahlreiche nicht ganz so eindeutig politisch ausgerichtete Gruppen und Vereine ehemaliger Wehrmachtssoldaten. Außerdem gab es da noch die Ostvertriebenen, deren Bevölkerungsanteil mit 15-20% in Augsburg im bayerischen Durchschnitt lag. Natürlich waren nicht alle Personen dieser Bevölkerungsgruppe im rechten politischen Lager zu finden, dennoch leisteten deren Erlebnisse von Flucht und Vertreibung oft rechten Vorstellungen Vorschub. Und so gab es, neben anderen national ausgerichteter Parteien wie der DP („Deutsche Partei“), auch einen Augsburger Ableger der BHE-DP („Deutscher Gemeinschaftsblock der Heimatvertriebenen und Entrechteten“).

Ebenso fanden rechte Thesen auch in den konservativen Parteien wie der CSU und der BP oftmals Gehör.

Trotz teilweise reger Beteiligung der Bevölkerung an antifaschistischen Aktionen demokratischer und sozialistischer Verbände, wie 12.000 Gegendemonstranten gegen das „Penzberger Schandurteil“ (siehe Chronologie) verdeutlichen, erzeugten all die oben genannten Personengruppen und Organisationen zusammengenommen in Augsburg, wie in der Bundesrepublik, ein rechtskonservatives Milieu, das den (ehemaligen) Nationalsozialisten die Integration in die Nachkriegsgesellschaft erleichterte. Dass jenes durchaus auch in Stadtverwaltung und lokaler Öffentlichkeit seinen Niederschlag fand, kann man in einem Artikel der „Schwäbischen Landeszeitung“ aus dem Jahre 1953 nachlesen. Dort lobt der Autor in journalistischer Neutralität das rigide Vorgehen der Stadt gegen „unliebsame Ausländer“²⁸.

Dieses Umfeld hatte bis weit in die Sechziger Jahre Bestand. Auch an der Gründung der Augsburger NPD und deren Erfolg in Augsburg, wie in der gesamten BRD, war es nicht ganz unschuldig. Die Wahlerfolge der NPD in Augsburg in den Jahren 66 und 69 sind mit 8,5% und 5,0% zwar beachtlich, liegen aber im Vergleich mit anderen bayerischen Großstädten voll im damaligen Trend. Hauptsächlich waren es Menschen, die den Nationalsozialismus bereits miterlebt hatten und der „guten alten Zeit“ angesichts politischer Turbulenzen ein wenig hinterher trauerten. Dies lässt sich an Augsburg ganz gut ablesen. Die NPD hatte in denselben Stadtvierteln die meisten Wähler, wie bereits 30 Jahre davor die NSDAP. Da NPD-Erfolge auf regionaler Ebene ausblieben, drängt sich der Schluss auf, dass die Ursachen der hohen Ergebnisse eher in der innenpolitischen Instabilität in der BRD, die eine allgemeine Politikverdrossenheit zur Folge hatte, zu suchen waren, als in regional bedingten Ursachen. Nichtsdestotrotz erhöhte die Partei, deren Spitze zu 75% NS-belastet war in diesen Jahren ihre Präsenz in der Lechstadt durch vermehrte Auftritte auf der politischen Bühne. Auffällig ist allerdings die Häufung von Vandalismus mit rechtsextremen Hintergrund während der Hochphase der Nationaldemokraten. Zielobjekt war unter anderem das Haus des DGB, dessen Mitglieder sich teilweise, wie schon gegen die HIAG, nun auch gegen die NPD engagierten. Anfang der 70er zeichnete sich eine Krise innerhalb der Augsburger NPD ab, die in der Auflösung des Kreisverbandes und einiger Austritte in Augsburg-Stadt gipfelte. Aporem der Auseinandersetzung war die Außenpolitik Willy Brands, die eine Aussöhnung mit der DDR und Polen beinhaltete.

Im national bürgerlichen Lager übernahm zu der Zeit in Augsburg die FDP-Abspaltung DU, die später in der „Aktion für eine vierte Partei“ aufging, die Nachfolge von GBH und BP. Auslöser des Niedergangs dieser beiden Parteien waren un-

²⁸ vgl. Schwäbische Landeszeitung vom 2.12.53 – Ein Auszug davon ist dokumentiert auf Seite 57

ter anderem die NPD-Erfolge. Nachdem viele Ex-Wähler dieser Parteien die NPD gewählt hatten, kehrten sie nicht mehr zu ihnen zurück, sondern machten ihre Kreuze künftig auf den Wahlzetteln der großen Parteien.

Eine kleinere Hochphase erlebte die NPD Ende der 70er/ Anfang der 80er, als sie unter anderem zwei Parteitage in Augsburg ausrichtete.

Trotz innerer Streitereien, Austritten und längerer politischer Funkstille Mitte der 70er blieb die NPD die einzige maßgebliche rechtsextreme Kraft in Augsburg bis in die Mitte der 80er.

Ende der Achziger versuchte die NPD noch einmal in Augsburg Fuß zu fassen, da sie sich damals Schwaben (Teile Bayerns und Badenwürttemberg) als „operatives Feld“ ausgesucht hatte. Zur gleichen Zeit fällt die Stadt allerdings einen Grundsatzbeschluss, der die Aussperrung dieser Partei aus öffentlichen Einrichtungen der Stadt Augsburg vorsah. So verweigerte die Stadt der NPD die Nutzung ihrer Hallen für mehrere geplante Treffen und Parteitage in den Jahren 1986 bis 1988, obwohl sie laut Verwaltungsgericht dazu verpflichtet gewesen wäre. Zunächst lenkte die NPD ein, erstattete 1988 aber Anzeige gegen die Stadt. Diese fand im darauffolgenden Jahr eine geschickte Lösung für das Problem, sie verlangte von nun an von allen rechtsextremen Parteien eine Sicherheitskaution für eventuelle Beschädigungen der Einrichtungen. Dies galt dementsprechend auch für den DVU-Vorsitzenden und Multimillionär Gerhard Frey, der sich das Eintrittsgeld für die Fuggerstadt allerdings ohne Probleme leisten konnte und so Augsburg ab 1989 hin und wieder beehrte.

Die Zeit Anfang der Neunziger gehörte allerdings weder seiner Partei, noch der NPD, sondern einer dritten Partei, die seit 1984 auch in Augsburg existierten. Die Rede ist von den Republikanern. Mit 19,6% bei der Europawahl 1989 und dem Einzug in den Augsburger Stadt- sowie Kreistag wurde die Fuggerstadt zu einer Hochburg der rechtsextremen Partei. Im Stadtparlament wurden sie bald von der CSU als Mehrheitsbeschaffer für unpopuläre Entscheidungen, wie den Bau der Müllverbrennungsanlage und der Fuggerstraße oder der Senkung der Gewerbesteuer, entdeckt. Bald fanden ständige Gespräche zwischen beiden Fraktionen statt. Diese Praxis der stillen Kooperation widersprach eigentlich einem Beschluss der Augsburger CSU, nachdem „die CSU [...] mit allem Nachdruck“ feststellte, „dass eine Koalition, sowie eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit mit der Republikaner Partei in der Kommunalpolitik Augsburgs ausgeschlossen wird“²⁹. Glaubt man einer Aussage Göttlings, so hätten viele CSUler im Stadtrat „gerne offen“ mit den REPs zusammengearbeitet, aber dies aus Rücksicht auf CSM-Kollegen unterlassen. Vorschub in Sachen Zusammenarbeit leistete dabei die CSU-

Hardlinerin Margarete Rohrhirsch-Schmid, wegen der der Vorstand des Ausländerbeirats geschlossen zurücktrat, nachdem sie unter anderem auf einem Sitz der REP-Fraktion in jenem Gremium bestanden hatte. Sie war mit den Stimmen der Republikaner zur Sozialreferentin gewählt worden und deren Wunschkandidatin gewesen. Im Kommunalparlament versuchten die Republikaner durchaus selbst aktiv am politischen Geschehen teilzunehmen, einige ihrer Vorschläge ließen aber realpolitische Umsetzungsmöglichkeit vermissen. Als Beispiel sei hier nur die Forderung nach einer Ausländerquote von maximal 13% an Augsburgs Schulen und Kindergärten genannt. Die Rechtsextremen wurden im Stadtrat durchaus als politische Kraft anerkannt und unterhielten schließlich Kontakte zu allen Fraktionen mit Ausnahme der Grünen. Eine stetige politische Zukunft verbauten sie sich selbst. Wie auf Bundesebene, so war auch das Innenleben der Augsburger Republikaner geprägt von inneren Auseinandersetzungen und Machtkämpfen, die schließlich in zahlreichen Aus- beziehungsweise Übertritten zu anderen Parteien endeten. Eine besondere Rolle kam dabei dem ehemaligen Augsburger CSU-Vorsitzenden Herrmann Knipfer, den Schönhuber in den 80ern eigentlich gerne unter den Republikanern gewusst hätte, und seiner rechts-konservativen Partei Freie Bürger Union zu. Nachdem es ihm bereits 1990 gelang zwei REP-Kreisräte abzuwerben, folgten 1991 zwei Stadträte. Die übrig gebliebenen 4 Stadträte hielten noch eine Weile bei den REPs durch, bis sie 1995 einen Bezirksverbandverband der „Freiheitlichen“ gründeten. Von ursprünglich 5 Republikaner-Kreisräten war bereits 1991 nur mehr einer bei der Partei. Die übrigen waren bei den Parteien FBU, CSU oder den Freien Wählern untergekommen. So ist es nicht verwunderlich, dass auch die Wahlergebnisse stetig zurückgingen.

Allgemein trat Anfang der 90er in Augsburg ein recht breit gefächertes rechtsextremes Spektrum zu Tage, das sich nicht immer überschneidet. Neben den bereits genannten Parteien bildete sich mit der Nationalen Offensive (NO), die 92 wieder verboten wird, ein Sammelbecken für militante Rechtsextreme und Neofaschisten.

Neben der NO tauchte eine jugendliche rechte Subkultur auf, die beispielsweise mit den Republikanern recht wenig Kontakt pflegte. Diese orientierte sich unter anderem auch am bundesweiten Trend der Zeit von Rostock und Hoyerswerda und versuchte das Asylheim in Gersthofen (92) in Brand zu stecken. Ähnliches ereignete sich im Ulrichsviertel (93). Außerdem brannte das Lebensmittellager eines türkischen Anmelders einer Anti-REP Demonstration (93). In den Fällen Ulrichsviertel sowie des Lebensmittellagers stehen die Aussagen von Anwohnern beziehungsweise Flüchtlingen in diametraler Konkurrenz zu denen der Augsburger Polizei, besonders ihres Chefs Pfrogner, es hätte in keinem der Fälle Gewalteinwirkung stattgefunden. Ob hierbei Nachlässigkeit oder etwa eine allgemeine Sorge um das Ansehen der Stadt eine Rolle spielte, kann heute nicht mehr einwandfrei geklärt wer-

29 AZ vom 2.3.92

den. Jene altbekannte Sorge um Ruf und Ansehen taucht auch in den Zeitungen jener Zeit immer wieder auf. Im Falle der beiden Anschläge zeichnete sich die AZ dadurch aus, dass sie die öffentlichen Verlautbarungen der Augsburger Polizei allzu leichtgläubig und ohne weitere Recherche übernahm.

Seit der Neugründung der JN trat auch die NPD wieder vermehrt in Augsburg auf. Besonders zu nennen ist hierbei der Kreis, dem auch der Friedberger Alexander von Webenau, der seit 1999 dem Bundesvorstand der JN angehörte. Dieser machte bereits 1997 Schlagzeilen, als er gegen seine vorzeitige Entlassung aus der Bundeswehr klagte. 1998 war das JN- und NHB-Mitglied Bundestagskandidat. JN und NPD können heute bei ihrer Betätigung auf eine Gruppe aus der Szene zurückgreifen, die einen durchaus ernst gemeinten Politikansatz verfolgt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in Augsburg so ziemlich jede Couleur an Rechtsextremen irgendwann einmal zu Hause war. Von den ehemaligen Nationalsozialisten ausgehend hat sich ein breites Spektrum rechtsextremer Gruppen, besonders ab Mitte der 80er Jahre entwickelt. Dabei haben die einzelnen Gruppen nicht zwangsläufig gute Kontakte untereinander. Zum Beispiel sind die Republikaner in der Neonaziszene teilweise verpöhnt, da sie als zu bürgerlich gelten. Außerdem sind an dieser Stelle die in Augsburg stets zahlreich vorhandenen Parteien rechts von CSU und FDP zu nennen. Neben den bereits genannten waren und sind das vor allem die DSU in den 70ern, die ÖDP und der rechtspopulistische BFB, dessen Anhänger jetzt eine neue Heimat bei den REPs fanden. Die Augsburger Abteilung dieser Partei trat Ende 2000 geschlossen zu den Republikanern über. Mit seiner bunt-braunen Parteienvielfalt ist Augsburg ein gutes Beispiel für den fließenden Übergang zwischen dem demokratischen und dem rechtsextremen Lager.

Eine weitere Augsburger Auffälligkeit ist, wie häufig Polizeibeamte innerhalb des Rechtsextremismus auftauchen. Die Spannbreite reicht dabei vom Gersthofer Polizisten Helmut Heinze, der als Sprecher für Sicherheitsfragen in den 60ern für die NPD im Landtag saß, bis hin zu einem Augsburger Beamten, der in den 90ern eine Anzeige wegen Volksverhetzung erhält weil er rassistische Flugblätter auf der Wache ausgelegt hat. Ebenso hat die Tatsache, dass vier der sechs REP-Stadträte Polizeibeamte waren Anteil daran, dass die Augsburger Republikaner den Ruf einer „Polizisten-Partei“ (AZ) genossen. Auch rigide Vorgehensweisen der Augsburger Polizei, wie im Falle der Stürmung des Asylheims in der Proviantbachstraße 1993, dürften unter Rechtsextremen einigen Beifall gefunden haben. Dennoch ist es verfrüht, von einer generellen Tendenz der Augsburger Polizei nach rechts außen zu sprechen. Aber bemerkenswert bleibt es allemal, wie oft die Extremisten in Uniform auch im organisierten Rechtsextremismus auftauchen.

Wie das Erscheinungsbild der Rechten, so hat sich auch das Bild der Gegenaktivisten im Laufe der Zeit verändert. War es in den 50er Jahren noch ein breites

Bündnis von FDP und SPD über Gewerkschaften bis hin zur KPD, welches Gegenaktionen organisierte, so blieben bereits in den 70ern hauptsächlich nur noch Gewerkschaftler und Kommunisten. Spätestens nach der REP-Hochphase Anfang der 90ern verlor auch der DGB allmählich das Interesse. Heute ist es hauptsächlich linksradikalen und autonomen Gruppen vorbehalten Gegenaktionen durchzuführen. Dieser Prozess ging mit einem stetigen allgemeinen Rückgang an öffentlichem Interesse an solchen Veranstaltungen einher. 12.000 Gegendemonstranten gegen das „Penzberger Schandurteil“, inklusive Solidaritätsstreik in den meisten Augsburger Betrieben, wären heute illusorisch, genauso wie ein voller Rathausplatz auf einer Anti-NPD Veranstaltung 1969.

Das Verhalten von offizieller Seite gegenüber den Rechtsradikalen lässt sich nicht vereinheitlichen. Auf der einen Seite lässt sich durchaus sagen, dass die Stadt (vor allem in den 50ern und den 80ern) kein gesteigertes Interesse an einem organisierten Rechtsextremismus hatte und beim Versuch, den Rechten das Leben in der Fuggerstadt zu erschweren, durchaus ihre legalen Möglichkeiten zumindest streckte. Dem gegenüber steht allerdings der teilweise rigide Kurs von Stadt und Polizei gegenüber Ausländern und Antifaschisten. Auch die allgemeine Akzeptanz der Republikaner im Stadtparlament spricht eine andere Sprache.

Schluss: (Hat zwar nichts mehr direkt mit dem Thema zu tun, wir wollten euch diesen Schluss auf keinen Fall vorenthalten.) – Nach getaner Arbeit stellt sich die Frage: War der Aufwand die Mühe wert? Oder waren die langen Stunden in den Archiven etwa vergebens, so wie die schlaflosen Nächte vor dem Computer? Der Zyniker in mir gibt mir die Antwort: „Das wird sich erst bei der Notenvergabe zeigen!“ Doch ein anderer Teil von mir sagt mir, dass ich auf das, was ich im letzten Jahre erreicht habe, wohlgenut zurückblicken kann. Und tatsächlich, ich hätte es zwar nie für möglich gehalten, aber ich habe auch etwas fürs Leben mitgenommen, seien es Einzelheiten über ein interessantes Thema, sei es das Erlernen wissenschaftlicher Herangehensweise, oder sei es einfach nur die Erfahrung, wie knapp Zeit manchmal sein kann.

Unser Dank gilt folgenden Organisationen die uns in ihren Archiven wühlen ließen, uns mit Infos versorgen, oder sonst irgendwie weiterhelfen: Rambazamba-online • Berichte aus Augsburg und Schwaben • Verein zur Förderung der Gegenkultur • VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) Augsburg • Anarchistische Antifa Augsburg • a.l.d.e.n.t.e. (Autonome Gruppe mit Biss) • Infoladen Augsburg • AA-BA (Antifaschistisches Aktionsbündnis Augsburg) • PDS Augsburg • BfG (Bund für Geistesfreiheit) Augsburg • ÖTV Augsburg • Kreisjugendring Augsburg • DGB Augsburg • SPD Diedorf • Verein der Ehemaligen des Holbeingymnasiums • AZ (Augsburger Zeitung) Archiv • Stadt- und Staatsarchiv Augsburg • Statistisches Bundesamt • NPD-Augsburg • Sowie allen eifrigen Helfern und Sammlern, ohne deren tatkräftige Unterstützung wir ziemlich im Wald gestanden wären.



Der im letzten Jahr gegründete Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung in Bayern e.V. ist ein parteinaher Verein in Bayern, der in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V. politische Bildung fördert.

Dazu gehören Themen wie die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, die internationale Verständigung und Antimilitarismus sowie die Aufarbeitung der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung.

Kurt Eisner Verein

Der Verein sieht sich den Traditionen des demokratischen Sozialismus und Internationalismus, der Arbeiterbewegung und der Frauenbewegung, des Antifaschismus und des Antirassismus verpflichtet. Er fördert politische Bildung und Kultur sowie internationale Verständigung und Solidarität. **Ein wichtiger Schwerpunkt ist die kritische Analyse des modernen Kapitalismus und seiner wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Herrschaftsformen.** Zu diesem Zweck führen wir in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung verschiedene Veranstaltungen wie Symposien, Konferenzen und Seminare durch.

Der Kurt-Eisner-Verein hat sich als einen seiner Schwerpunkte Veranstaltungen zur alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik gewählt, die sich speziell an **Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter** in Bayern richten sollen. Nach einem erfolgreichen Auftakt mit dem 3-Tages-Seminar im Mai 2000 "Schöne Neue Arbeitswelt. Herausforderungen für eine fortschrittliche Gewerkschaftspolitik" folg(t)en verschiedene **Abendveranstaltungen** mit Referenten der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (u.a. Herbert Schui, Margit Schratzenstaller und Jörg Huffschmid).

Weitere Schwerpunkte bilden aktuelle Veranstaltungen zu friedens- und sozialpolitischen Themen. Darüber hinaus bieten wir allen Initiativen und sozialen Bewegungen in Bayern die Mitarbeit an. Unter anderem führten wir im Januar 2001 zusammen mit den Naturfreunden Oberfranken ein Internet-Seminar durch.

Unsere kulturellen Veranstaltungen finden schwerpunktmäßig in Coburg unter dem Motto "**Kultur im Büro**" statt. Geboten werden hier Tucholsky-Lesungen, politisches Kabarett, aber auch aktuelle Buchvorstellungen durch die Autoren und das alles in einem echten Bundestagsabgeordnetenbüro.

In diesem Jahr wurden verschiedene lokale Gesprächskreise mit ca. 4 bis 5 Veranstaltungen im Jahr zu einem bestimmten Thema begonnen. So das **Sozialpolitische Signal Aschaffenburg**, das **Friedenspolitische Signal Würzburg** und die an GewerkschafterInnen gerichteten **Bamberger Gespräche**.

Über eine reges Interesse an unserer Arbeit, über Anregungen und auch über eine kontinuierliche Mitarbeit bei der Planung und Durchführung von Seminaren und Veranstaltungen würden wir uns freuen.

Ich hätte gerne weitere Infos zum Kurt-Eisner-Verein

Ich würde gerne weiterhin über Veranstaltungen des Vereins informiert werden.

Name:

Anschrift:

email:

Kurt-Eisner-Verein
Judengasse 56
96540 Coburg

Tel.: 09561 / 511294

Fax.: 09561 / 511222

Email: kev@kurt-eisner-verein.de